

ANGRIFF AUF DEN WESTEN

Decolonize
This Place

Beiträge und Positionen
zum Postkolonialismus
in Wissenschaft, Politik
und Gesellschaft

ANGRIFF AUF DEN WESTEN

Beiträge und Positionen
zum Postkolonialismus
in Wissenschaft, Politik
und Gesellschaft

AUF EINEN BLICK

- › Folgt man der postkolonialen Theorie, ist der Westen bis heute von kolonialen Kontinuitäten geprägt.
- › Die postkoloniale Theorie blendet die Komplexität der Wirklichkeit aus, betreibt essentialisierende Identitätspolitik und buchstäbliches Schwarz-Weiß-Denken. Ihr Anspruch auf absolute Deutungshoheit attackiert die Fundamente kritisch-autonomer wissenschaftlicher Arbeit und Freiheit.
- › Mit ihrer Kritik am „schwierigen Erbe der europäischen Aufklärung“ greifen postkoloniale Aktivisten den Westen und seine Werte an.
- › Für Vertreter der postkolonialen Theorie ist der Universalismus ein Instrument der Europäer zur fortgesetzten Kolonialisierung und Ausbeutung des sogenannten globalen Südens.
- › Deswegen fordern sie, Menschen, Räume, Institutionen wie Universitäten, Ministerien und Museen, aber auch alltägliche Praktiken und das Denken zu „dekolonisieren“.
- › In einer Allianz mit Islamisten bestreiten Linksidentitäre die Existenz von israelbezogenem Antisemitismus, fördern ihn stattdessen und gefährden damit jüdisches Leben weltweit.
- › Diese Formen postkolonialer Identitätspolitik sind kaum mit dem Selbstverständnis liberaler, rechtsstaatlich verfasster Demokratien vereinbar.

INHALT

- 7 - **Einführung**
Norbert Lammert
- 11 - **Die Ursprünge des Postkolonialismus und der Geist des Antisemitismus**
Alan Posener
- 23 - **Postkolonialer Antisemitismus: Edward Saids intellektuelle Brandstiftung**
Marcel Matthies
- 33 - **Antisemitismus bei der postkolonialen Linken und der völkischen Rechten**
Andreas Büttner
- 39 - **Postkolonial und antiwestlich**
Andreas Jacobs
- 49 - **„Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft“**
Heiko Heinisch
- 61 - **(Post-)Schuld und Postkolonialismus in Deutschland**
Dani Kranz
- 73 - **From Rebellion to Hamas: Zur Symbiose von „wokem“ Linksextremismus und Islamismus**
Rudolf van Hüllen
- 87 - **„Islamophobie“, „antimuslimischer Rassismus“ und „rassistisch-kolonialer Westen“?**
Susanne Schröter
- 101 - **Kapitalismus und koloniale Expansion**
Werner Plumpe
- 115 - **Die Eindimensionalität der Kolonialismusdebatte und ihre Auswirkungen auf die deutsche Afrikapolitik**
Stefan Friedrich
- 127 - **Die Psychologie des postkolonialen und woken Weltbilds**
Esther Bockwydt
- 139 - **Postkolonialismus, Geisteswissenschaften und Wissenschaftsfreiheit**
Carola Freiin von Villiez
- 151 - **Dekolonialisierung und Gewalt: Postkoloniale Studien in den USA**
Sarah Pines

EINFÜHRUNG

Norbert
Lammert

Die Geschichte der Weltreiche, die die Menschheit seit Jahrtausenden und bis heute prägen, ist lang und lehrreich. Sie reicht vom Reich der Sumerer über das ägyptische, babylonische und persische Reich, das römische Imperium und byzantinische Reich bis hin zu politischen Gebilden unserer Zeit mit offensichtlichen Weltmachtambitionen.

Postkoloniale Theoretiker setzen sich mit dieser facettenreichen Geschichte kaum auseinander. Stattdessen kennzeichnet postkoloniale Werke eine auffällige Fixierung und Fokussierung auf die imperiale Geschichte europäischer Mächte. Eroberungen, Ausbeutungen und Sklavenhandel durch nicht-europäische Mächte finden im Diskurs kaum statt. Europa – oder auch „der Westen“ oder „der globale Norden“ – wird aufgrund seiner imperialen Vergangenheit als der allein verantwortliche Schuldige für alles Übel der Welt dargestellt, der bis heute weite Teile der Welt unterjöche und in Knechtschaft halte.

Die postkoloniale Theorie verdrängt, dass Ausbeutung, Sklavenhandel und Diskriminierung in vielen Regionen der Welt bereits weit vor Beginn der westlichen beziehungsweise europäischen Kolonialisierung stattgefunden haben. Dabei wird nicht nur großzügig hingenommen, dass der eurozentrische Fokus der historischen Betrachtung anderer Länder wesentliche Teile ihrer eigenen Geschichte ausblendet. Es wird auch billigend in Kauf genommen, dass die Fundamentalkritik am Westen jenen autoritären Mächten in die Hände spielt, die gegenwärtig die liberale Weltordnung nicht nur mit Propaganda, sondern mit expansionistischen und revisionistischen Zielen untergraben.

Das einseitige Geschichtsbild postkolonialer Akteure ist mittlerweile der theoretische Unterbau eines Aktivismus, der – statt sich auf eine reine Diskursanalyse zu beschränken – die „Dekolonisierung“ von Institutionen, von Räumen, von alltäglichen Praktiken, der Sprache und des Denkens fordert, weil sich angeblich nur so eine diskriminierungs- und rassismusfreie Gesellschaft herstellen lasse.

In dieser Form ist der Postkolonialismus mit dem Selbstverständnis liberaler, rechtsstaatlich verfasster Demokratien ebenso wenig vereinbar wie die Verirrungen westlicher Staaten in deren Kolonialgeschichten. Die Konstruktion sowohl angeblicher Mehrheitsgemeinschaften als auch von Minderheiten in Verbindung mit der dominanten Zugehörigkeit eines jeden Menschen zu einer

Gruppe aufgrund ausgewählter Merkmale wie Alter, Hautfarbe oder Geschlecht betrachtet diese nicht als autonom handelnde und selbstverantwortlich agierende Subjekte, sondern definiert sie als Gruppenmitglieder, vorzugsweise als Täter oder Opfer.

Wenn Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus wirksam bekämpft werden sollen, wenn wir uns mit dem Nationalsozialismus, mit Kolonialverbrechen und unserem historischen Erbe konstruktiv auseinandersetzen wollen, dann braucht es nicht nur Unvoreingenommenheit in der Debatte, sondern auch ein Be-kennen zur empirisch arbeitenden Wissenschaft, zum Rechtsstaat, zu einer Politik mit Augenmaß – eine auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten basierende gemeinwohlorientierte Politik für alle Menschen und gegen jedwede Extremisten.

Der vorliegende Reader versammelt Beiträge einer politisch heterogen besetzten Autorenschaft über die postkoloniale Identitätspolitik. Damit wollen wir auch konträre Sichtweisen zur postkolonialen Perspektive zur Diskussion stellen und den Raum für substanzelle Kritik an postkolonialen Ansätzen innerhalb einer stark polarisierten Debatte eröffnen. Die Artikel ordnen dazu ein, erläutern Zusammenhänge und erklären, was hinter einzelnen Diskursen, Symptomen und Forderungen steckt – und wie sich das auf Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auswirkt.

Prof. Dr. Norbert Lammert ist seit Januar 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zwölf Jahre war er Präsident des Deutschen Bundestages, dem er von 1980 bis 2017 angehörte. In den Regierungen von Helmut Kohl amtierte er als Parlamentarisches Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, für Wirtschaft und schließlich für Verkehr sowie als Koordinator der Bundesregierung für die Luft- und Raumfahrt. 2003 erhielt Lammert einen Lehrauftrag für Politikwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

DIE URSPRÜNGE DES POSTKOLO- NIALISMUS UND DER GEIST DES ANTISEMITISMUS

Alan

Posener

Eine Genealogie

Auch wenn er sich vorgeblich dagegen positioniert, ist der Postkolonialismus, eine der einflussreichsten geistigen Strömungen unserer Zeit, ein Produkt westlichen Denkens. Alan Posener verortet den Postkolonialismus in der Tradition antiliberaler Gesellschaftskritik und beschreibt den Antisemitismus als Schlüsselement der postkolonialen Theorie.

Die Philosophen, so Karl Marx, hätten bislang die Welt nur interpretiert. Es komme aber darauf an, sie zu verändern. Ein Anspruch, der in und an der Wirklichkeit des entwickelten Kapitalismus gescheitert ist, im real existierenden Sozialismus aber die Philosophie zur Hure der Mächtigen gemacht hat. Und schon stockt der Autor. Darf man „Hure“ noch sagen? Vor allem abwertend? Ist das nicht eine Beleidigung der Sexarbeiter:innen, Ausdruck einer männlich-chauvinistischen, christlich-bigotten Sexualmoral?

Dieses Stocken ist einerseits Ergebnis einer gesellschaftlichen Entwicklung hin zu größerer Liberalität; andererseits des Siegeszugs poststrukturaler Positionen. Denn auf das Scheitern der 68er beim Versuch, mit Marx die Strukturen der Gesellschaft zu verändern, folgte der lange Marsch der Theorien Michel Foucaults und seiner Adepten durch die Institutionen. Es komme nicht darauf an, die Welt zu verändern, so der Poststrukturalismus, sondern darauf, sie anders zu interpretieren. Erst wenn man anders über die Welt spreche, sie gar nicht anders denken könne denn als unendliche Verschachtelung von Diskursen, die Herrschaft zementieren und alle Äußerungen der Kultur durchdringen, könne sie sich vielleicht verändern.

Was bei Foucault ein Programm unabsließbarer Selbtkritik war, wird in der Verflachung der postkolonialen Theorie – einer vom Poststrukturalismus abgeleiteten Ideologie – selbstgerecht als Waffe gegen die vermeintliche Allgegenwart kolonialer Denk-, Fühl-, Ausdrucks- und Verschweigungsweisen in der westlichen Welt eingesetzt. In dieser Lesart ist alles, was der Westen hervorgebracht hat, von der Erbsünde des Kolonialismus und Rassismus affiziert. Auch und gerade jene Bewegungen, die sich universalistisch gerierten und gerieren, von der Aufklärung und den amerikanischen und französischen Revolutionen über den Liberalismus und die Arbeiteremanzipation bis hin zum Feminismus und den LGBTQ+-Aktivisten, sofern sie sich nicht dem antikolonialen Imperativ unterordnen.

Weißsein: Eine Daseinsform a priori?

Jemand wie der Autor, Kind eines jüdisch-deutschen Vaters und einer englischen Mutter, aufgewachsen in der damaligen britischen Kolonie Malaya (später Malaysia), privilegiert, weiß und inzwischen alt – so jemand könnte schlechterdings nicht empfinden, was es heißt, kolonisiert aufzuwachsen und auf Schritt und Tritt mit kolonialem Denken konfrontiert, ständig gemessen zu werden an Kriterien, die weiße Männer wie der Autor über Generationen als selbstverständlich tradiert haben. Er müsste das Weißsein verlernen, und auch das kann ihm nie vollständig gelingen.

Das stimmt. Und es hilft wenig, wenn der Autor vorbringt, die Argumentation erinnere ihn an seine Studentenzeit in den 1970er-Jahren, als er Mitglied einer radikalen maoistischen Sekte war und sich als „kleinbürgerlicher Intellektueller“ ritueller Reinigung durch Kritik und Selbtkritik unterziehen musste. Dadurch ist er ja auch nicht Proletarier geworden.

Auf die Beziehungen und Parallelen zwischen der heute an Universitäten und in Kultureinrichtungen modischen postkolonialen Theorie und dem in den 1970ern in den gleichen Institutionen modischen Marxismus kommen wir noch zurück. Vorweg aber gilt es festzuhalten: Selbstverständlich gibt es Klassen, Klassenunterschiede und Klassenkampf. Selbstverständlich gibt es Rassismus, der sich täglich in Diskriminierungen aller Art und zuweilen in mörderischen Angriffen äußert. Selbstverständlich kann jemand, der sich einbildet, für die Arbeiter zu sein, durch eine Ideologie – wie den Marxismus – verführt werden, die den Arbeitern schadet. Selbstverständlich kann jemand, der glaubt, von Rassismus frei zu sein, einem rassistischen Vorurteil unterliegen oder einer Ideologie – wie dem Postkolonialismus – verfallen, die den *People of Color* und den Völkern des „globalen Südens“ schadet.

Kritik der postkolonialen Vernunft

Und ebenso stimmt es, dass auch diejenige, die sich sicher vor antisemitischen Ressentiments wähnt, ja gerade sie, einer antisemitischen Trope verfallen kann; und dass niemand, der nicht „als Jude gelesen“ wird, wirklich wissen kann, was es bedeutet, auf Schritt und Tritt dem Antisemitismus und Antijudaismus zu



begegnen, der – wie der Historiker David Nirenberg nachgewiesen hat – alle Äußerungen der westlichen Kultur durchdrungen hat: auch und gerade die postkoloniale Theorie.

Denn das gehört ja zu den Widersprüchen dieser Theorie: Sie ist durch und durch westlich, auch in ihrer Kritik am westlichen Denken. Ihre Säulenheiligen, von Frantz Fanon über Edward Said bis hin zu Achille Mbembe und Judith Butler, sind Produkte der westlichen akademischen Tradition; ihre Kritik des westlichen Universalismus ist westlich und universalistisch; sie können sich gar nicht anders verstehen als mit Begriffen, die von westlichen Köpfen entwickelt wurden, und selbst in ihrer Verneinung, das wissen wir seit Hegel, sind diese Begriffe „aufgehoben“.

Es gibt eben keinen archimedischen Punkt außerhalb des europäisch-westlichen Denkens, von dem aus man dieses Denken aus den Angeln heben könnte. Denn der Synkretismus gehört zu seinen Besonderheiten seit den Tagen des frühen Christentums, das alle Einflüsse der damaligen Welt, jüdische Heilsverwaltung, hellenistische Philosophie, römisch-imperialen Universalismus, mediterrane Mysterienkulte und Helden sagen und kleinasiatische Muttergottheiten in sich aufnahm.

Der Wille zum Antiimperialismus

Wenn im Zuge der kolonialen Expansion der Globus europäisiert wurde, so wurde doch auch der Westen globalisiert; eine Tendenz, die sich heute vor allem durch Immigration verstärkt. Schon vor Jahrzehnten vermerkte der britische Autor Anthony Burgess, Autor einer bitterbösen Romantrilogie über das kulturelle Scheitern der Briten in Malaya, dass die früheren Kolonialbeamten kein Heimweh mehr haben müssten nach dem verlorenen Paradies in Afrika oder Asien, da es nun zu ihnen nach Hause komme.

Die Postkolonialen aber erkennen diese Wechselwirkung nicht; erkennen weder, wie flexibel das westliche Denken ist, noch wie sehr ihr eigenes Denken westlich geprägt ist. So ist gerade die Vorstellung eines „globalen Südens“, der im Kampf gegen den Imperialismus vereint ist, eine Erfindung des europäischen Revolutionärs Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. Da die von Marx vorausgesagte internationale proletarische Revolution ausblieb, brauchte die Sowjetunion Verbündete. 1920 riefen die

Bolschewisten auf dem „Kongress der Völker des Ostens“ in Baku die kolonisierten Völker zum „Heiligen Krieg“ gegen Großbritannien und Frankreich auf.

In den 1960er-Jahren erklärte sich das kommunistische China Mao Zedongs zum Führer der „unterdrückten Völker und Nationen“. Bis heute kleidet Peking seine imperialen Ambitionen in das Gewand einer antiimperialistischen Front, wie es übrigens auch die japanischen Imperialisten im Zweiten Weltkrieg taten.

In West-Berlin, Paris und New York begeisterten sich die „68er“ für China und den „Kampf der Dritten Welt“, nicht zuletzt, weil sie – zuhause eine isolierte Minderheit – sich dadurch als Teil einer mächtigen weltweiten Bewegung empfinden konnten. Dabei hätte man sie wegen ihrer antiautoritären Ansichten und libertären Lebensweise in Peking, Hanoi oder Havanna ins Gefängnis gesteckt oder liquidiert.

Antisemitismus als postkoloniales Dispositiv

Die heutige postkoloniale Bewegung im Westen hat ähnliche psychische Ursachen und erfordert ein ähnliches Aushalten kognitiver Dissonanz: Rassismus ist abzulehnen, aber der Hass auf Menschen, die als Weiße gelesen werden, wie etwa Juden, ist nicht Rassismus, sondern Ausdruck der Emanzipation der *People of Color*. Der ethnisch begründete Nationalismus ist in Europa rückschrittlich, aber im „globalen Süden“ antikolonial, also fortschrittlich. Religion ist Opium fürs Volk und Aberglaube im Dienst der Herrschenden, außer wenn es sich um Schamanen oder andere kulturelle Äußerungen angeblich „indigener“ Völker handelt; der Islam ist zu respektieren, auch wo er intolerant ist, die Unterordnung der Frau und die Unterdrückung von Schwulen propagiert, weil Muslime zu den rassistisch unterdrückten Gruppen zählen. Frauen sollen sexuell und beruflich emanzipiert sein, aber etwa in Palästina im Interesse der Einheit im Kampf gegen Israel Kopftuch tragen und Kinder großziehen. Denn darauf hinzuweisen, dass im jüdischen Staat Frauen und LGBTQ+-Personen mehr Freiheiten genießen als in jedem muslimisch geprägten Staat, wäre „Pinkwashing“ des „Siedler-Kolonialismus“. Der Antisemitismus ist nämlich als Rassismus abzulehnen, aber das Ansinnen, den Nahen Osten „from the River to the Sea“ judenrein zu machen, ist Kernpunkt des postkolonialen Bekenntnisses.



Um den eigenen Antisemitismus vor sich selbst zu maskieren, greift der Postkolonialismus zu einer Reihe ideologischer Täuschungsmanöver. Sie dienen allesamt der Delegitimierung des jüdischen Staates.

Da unterstellt wird, es gäbe diesen Staat nicht ohne den Holocaust, muss zunächst die „Singularität“ der Schoah bezweifelt werden. So wird der Antisemitismus als eine Form des Rassismus charakterisiert, der wiederum als pseudowissenschaftliche Rechtfertigung der kolonialen Unterdrückung, Versklavung und Ausrottung nicht weißer Menschen entwickelt wurde. Die Ursünde ist in diesem Narrativ der Kolonialismus. Der deutsche Theoretiker des Postkolonialismus Jürgen Zimmerer brachte das in seinem vielzitierten Essay *From Windhoek to Auschwitz?* zum Ausdruck, wobei das Fragezeichen lediglich davon ablenken soll, dass er die damalige Kolonie Deutsch-Südwest als Modell und Vorgänger für Auschwitz sieht.

Das erinnert an den nach rechts gedrifteten Historiker Ernst Nolte, der 1986 ebenfalls die Singularität des Holocausts anzweifelte und das Prinzip des Gulags als Modell betonte. Während Nolte die Fokussierung auf den „Zivilisationsbruch“ des Judenmords als Ausdruck einer linken Strategie kritisierte, die vom Kampf gegen den Kommunismus ablenkte, wird diese Fokussierung von postkolonialen Denkern – etwa vom Deutsch-Australier Dirk Moses – als „deutscher Katechismus“ verspottet, der als Teil einer rechten Strategie die deutschen kolonialen Verbrechen verschleiern und die deutsche Unterstützung des angeblichen israelischen Genozids an den Palästinensern rechtfertigen soll.

Divergenz von Rassismus und Antisemitismus

Dabei übersehen die Postkolonialen erstens, dass sich zwar der Antisemitismus im 19. Jahrhundert des Vokabulars und der Methoden des Rassismus bediente, aber als Antijudaismus in die christliche Kultur des Abendlands eingeschrieben ist. Das rassistische Konzept der Verschiedenheit des „Bluts“ findet sich bereits im frühneuzeitlichen Antisemitismus, etwa bei der Spanischen Inquisition, die nach der Vertreibung der Juden und Muslime von der iberischen Halbinsel die verbliebenen *Conversos* wegen fehlender *limpieza de sangre* unter Generalverdacht stellte.

Zweitens aber behauptet der gewöhnliche Rassismus – übrigens auch jener der Araber etwa im Sudan gegenüber der schwarzen Bevölkerung oder der Türken und Perser gegenüber Arabern und Kurden – eine Überlegenheit der eigenen Ethnie. Sie rechtfertige die Unterdrückung „minderwertiger Rassen“. Der Antisemitismus aber schreibt „dem Juden“ geradezu übermenschliche, ja diaabolische Kräfte zu, die es ihm ermöglichen, die anderen Völker zu unterjochen oder gar, wie die Nazis behaupteten, auszurotten. Deshalb erscheint der Judenmord im Narrativ der Nationalsozialisten – wie bei den periodischen christlichen Massenmorden an den Juden im Mittelalter – als putative Notwehr und als Erlösungstat. Ein solches Narrativ findet sich nirgends sonst in den langen und blutigen Annalen rassistischer Untaten. Das – und nicht die absolute Zahl der Opfer oder die angeblich „industrielle“ Durchführung des Massenmords – ist das „Singuläre“ am Holocaust.

Schon gar nicht ist mit der Singularität gemeint, wie einer der Urväter des Postkolonialismus, Frantz Fanon, behauptete, dass erstmalig „Weiße“ von jenen Methoden betroffen worden seien, die sonst den Kolonialvölkern galten. Denn erstens galten die Juden den Antisemiten nicht als Weiße, sondern eben als „Semen“. Wobei den anderen Semiten – den Arabern etwa – keine Vernichtung angedroht wurde. Zweitens aber hatten Lenin und Stalin schon – worauf Nolte hinwies – Millionen Weiße auf dem Gewissen, von den Millionen Opfern des Ersten Weltkriegs abgesehen.

Tatsächlich hatten die Nazis den unterworfenen slawischen Völkern das gleiche Los zugeschrieben wie den kolonialen Völkern, nein eigentlich ein schlimmeres, denn die Vorstellungen der Nazis vom Kolonialismus waren eine überzeichnete Karikatur der wirklichen Verhältnisse. Doch dieser innereuropäische Kolonialismus erregte und erregt, anders als Fanon meinte, bis heute außerhalb Osteuropas viel weniger Abscheu als der außereuropäische Kolonialismus; schon gar nicht bei den Postkolonialen.

Jedoch hatte das Ansinnen, die genetische Spur der Juden aus dem Buch der Geschichte zu tilgen, keinen kolonialen Vorgänger, weil er weder ökonomisch noch machtpolitisch motiviert war; der Holocaust war ein Verbrechen sui generis.



Holocaust und postkolonialer Kitsch: Kontinuitäten

Wenn aber die Postkolonialen einerseits den Antisemitismus als gewöhnlichen Rassismus und den Holocaust als quasi-koloniales Verbrechen relativieren, so schreiben sie das antisemitische Narrativ der Nationalsozialisten fort, wenn sie den jüdischen Staat als ein „weißes Siedler- und Apartheidsregime“ analog den früheren Regimes in Rhodesien oder Südafrika bezeichnen. Hier erscheinen die Juden als fremde Invasoren und Unterdrücker; die Araber jedoch, zu „Palästinensern“ verklärt, den angeblich autochthonen oder indigenen Bewohnern Palästinas, vereidigen den Zusammenhang von „Blut und Boden“. Völkischer Kitsch in Gestalt knorriger Bauern mit Eselskarren, die der von Israel repräsentierten „Zivilisation“ die Stirn bieten, trifft auf die Mär von der Allmacht der Juden, die dank ihrer Beherrschung der Medien und ihrer Ausschlachtung des schlechten Gewissens der Europäer ihr Projekt der ethnischen Säuberung Palästinas betreiben.

Dass der im „globalen Süden“ und besonders unter Muslimen grassierende Antisemitismus ein europäischer – nicht nur deutscher – Exportschlager war; dass mithin jene, die vom Verschwinden Israels und einem Palästina träumen, in dem die Juden bestenfalls *Dhimmis* wären, abhängig vom Wohlwollen der arabischen und muslimischen Mehrheit, realistisch gesehen aber zu Millionen fliehen würden, um der Endlösung der Judenfrage im Nahen Osten zu entgehen, lediglich jene Träume recyceln, die schon die Nazi-Strategen hegten und mithilfe des Großmufti von Jerusalem verwirklichen wollten – für diese Zusammenhänge sind die Postkolonialen willentlich blind.

Israel ist aber kein Vorposten des Imperialismus, keine Nachhut des Kolonialismus. Der Zionismus war eine antiimperialistische, antikoloniale nationale Befreiungsbewegung und ist eine der wenigen, vielleicht die einzige, der es gelungen ist, ein demokratisches, liberales, ökonomisch erfolgreiches, wissenschaftlich, technisch und sozial fortschrittliches Gemeinwesen zu errichten. Vielleicht ist es diese ungeheure narzisstische Kränkung, die den maßlosen Hass auf Israel provoziert. Schon beim alten Judenhass spielte der Neid auf den Erfolg der Juden eine wesentliche Rolle. „Jawohl, sie halten uns in unserem eigenen Land gefangen, sie lassen uns arbeiten in Nasenschweiß, Geld und Gut gewinnen, sitzen dieweil hinter dem Ofen, faulenzen, pompen und braten Birnen, fressen, sauffen, leben sanft und wohl von unserm

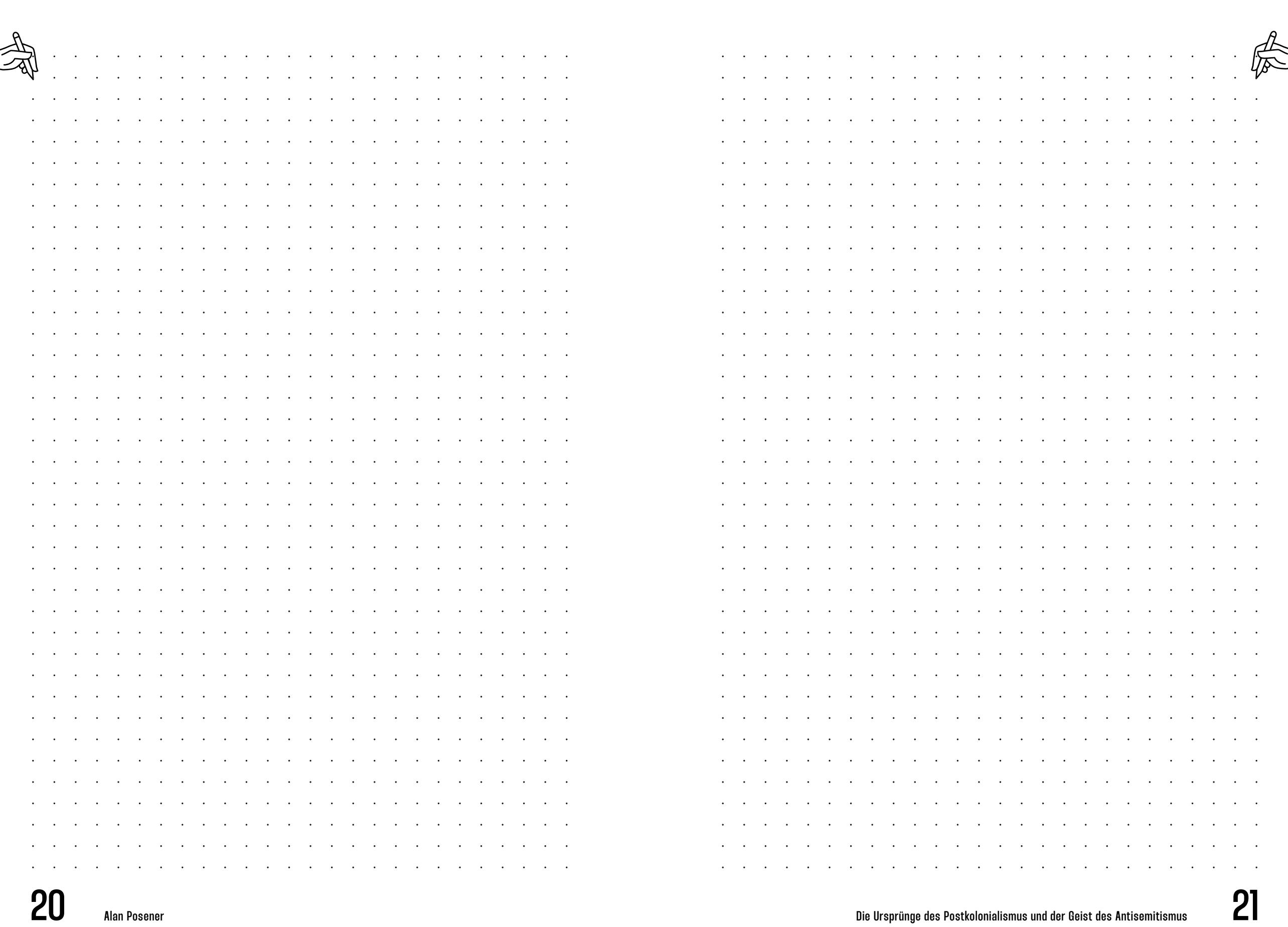
erarbeiteten Gut, haben uns und unsere Güter gefangen durch ihren verfluchten Wucher, spotten dazu und speien uns an, das wir arbeiten und sie faule Juncker lassen sein [...] sind also unsere Herren, wir ihre Knechte.“ So Martin Luther in seiner genozidalen Hetzschrift wider die Juden. Das klingt wie so manches postkoloniale Pamphlet gegen die Zionisten.

Alan Posener ist ein britisch-deutscher Journalist und Autor.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/postkolonialismus-postkoloniales-denken-antisemitismus





POSTKOLONIALE ANTISEMITISMUS: EDWARD SAIDS INTELLEKTUELLE BRANDSTIFTUNG

Marcel
Matthies

Über den Geschichtsrevisionismus,
den antizionistischen Aktivismus
und die antiisraelische Rhetorik des
wichtigsten Wegbereiters der post-
kolonialen Studien

Edward W. Said, bis 2003 Professor für Englische Literatur und Komparatistik an der Columbia University in New York, gilt als einflussreichster Wegbereiter des Postkolonialismus. Weil er die Existenz des Judenstaats für illegitim erklärt und weil seine Werke die Grundlage für den Israelhass linker Aktivisten bilden, soll hier die Frage nach dem Zusammenhang von Saids Denkschule und der antizionistischen Agitation an Universitäten diskutiert werden.

Die erste Solidaritätserklärung mit dem Blutrausch der Hamas am 7. Oktober 2023 wurde an der Columbia University in New York verfasst. Dort ist das Zentrum der antiisraelischen Proteste. Schließlich ist die Eliteuniversität die Geburtsstätte des Postkolonialismus. Wegbereiter dieser Lehre ist Edward W. Said. Er war hier von 1963 bis 2003 als Professor tätig, um eine Denkschule zu begründen, die sich in diesen Tagen vielfach als akademische Grundlage des Israelhasses erweist. Mit seinem Hauptwerk *Orientalism* veröffentlichte er 1978 das Gründungsdokument der postkolonialen Studien. Ein Jahr später erschien *The Question of Palestine*, das zur Kampfschrift eines dezidiert antizionistisch motivierten Aktivismus geworden ist. Bereits 1989 wurde Said in der Zeitschrift *Commentary* daher als „Professor of Terror“ bezeichnet und vor seiner Lehre gewarnt: Ob die Bezeichnung Said treffend charakterisiert, ist bis heute umstritten. Doch die bekannte Fotografie, die Said dabei zeigt, wie er im Jahr 2000 an der Grenze von Libanon zu Israel einen Stein auf einen israelischen Kontrollposten wirft, macht deutlich, dass er seine Tätigkeit als Professor untrennbar mit der Rolle eines antizionistischen Aktivisten verknüpft.

Diesem Beitrag liegt die These zugrunde, dass Saids auf einer beachtlichen Komplexitätsreduktion basierende intellektuelle Brandstiftung dazu beiträgt, dass sich heute eine zum Selbstzweck gewordene jihadistische Gewalt als legitime Form der Dekolonialisierung inszenieren lässt. Alan Posener gibt in seinem Beitrag des vorliegenden Bands einen Überblick über viele fragwürdige Aspekte des Postkolonialismus, ohne aber danach zu fragen, ob eine „Denkschule“ akzeptabel ist, die auf Aktivismus hinausläuft und eine Anleitung für ein Denken in Schablonen darstellt. Was es heißt, wenn Said als deren Begründer davon ausgeht, dass Wahrheit, Wissen und Erkenntnis vor allem Ausdrucksformen von Macht seien, soll hier an seiner Weltanschauungsfolie vorgeführt werden.

Schlussstrich unter die Gedächtniszeit des Holocaust?

Der Israelhass vieler Linker wird in der Gegenwart durch einen Antirassismus begründet, der von zutiefst tendenziösen „Studien“ (wie den Critical Whiteness Studies, der Critical Race Theory, den Settler Colonial Studies, den Decolonial Studies und nicht zuletzt von den Postcolonial Studies) inspiriert ist. Sie teilen die Welt in Schwarz und Weiß auf und sprechen dem Judenstaat trotz einer äußerst heterogen zusammengesetzten Gesellschaft das Existenzrecht ab, eben weil er als „weiß“, kolonialistisch und rassistisch gilt. Kennzeichnend für die auf politischen Aktivismus hinauslaufende Ideologisierung sind ein sehr selektiv ausgerichtetes Wissen, ein kreatives Verhältnis zur Wahrheit und eine Umdeutung der Geschichte. Es geht dabei weniger um wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn als vielmehr um die Durchsetzung politischer Interessen.

Darüber hinaus wird Juden das Privileg einer negativen Erwähnung aufgebürdet, die sich, wie der deutsch-israelische Historiker Dan Diner zeigt, für den Postkolonialismus aus dem Glauben an ein Aufmerksamkeitsprivileg – einem jüdischen Exzessionalismus – speist: Weil der Holocaust in der Gedächtnisgeschichte prioritätär behandelt werde, würde kolonialen Verbrechen angeblich zu wenig Bedeutung beigemessen werden, wodurch Juden aufs Neue zum Hassobjekt der Völker gemacht werden. So verurteilt schon Said in seinem Palästina-Buch das Gros der Intellektuellen und die gesamte [!] Medienindustrie in den USA dafür, dass die Bedeutung von Israel und dessen ideengeschichtlichen Umfelds mit keinem anderen Anliegen verglichen werden könne. Auch die erstmals 1978 ausgestrahlte TV-Serie *Holocaust* wird von Said abgelehnt, weil sie zumindest teilweise eine Rechtfertigung des Zionismus intendiere.

Dass die britische Kolonialmacht während des Zweiten Weltkriegs eine Einreise von Juden in das Mandatsgebiet Palästina ermöglicht habe, stellt für Said bereits ein irreversibles Unrecht dar: „Ich denke, europäische Juden hätten in anderen Ländern untergebracht werden können, etwa in den USA, Kanada und England. Ich gebe den Briten immer noch die Schuld daran, dass sie Juden nach Palästina kommen ließen, anstatt sie woanders unterzubringen.“ Neben einer absoluten Ignoranz gegenüber dem Projekt der Kibbuzim zeigt sich hier Saids unerbittliche Einstellung gegenüber der ausweglosen Situation von Juden während des Zweiten



Weltkriegs. Er verkennt zudem, dass die britische Mandatsmacht damals aus Rücksichtnahme auf die arabische Bevölkerung sehr rigide Einreisebeschränkungen über das Mandatsgebiet Palästina verhängte, was die Rettung von unzähligen Juden auch hier unmöglich gemacht hat.

Saids Dämonisierung des Zionismus

Said sieht Israel von einer „kolonialen Apartheidpolitik“ durchdrungen. Doch er meint im Zionismus nicht „nur“ eine schlichte Reproduktion des europäischen Kolonialismus nach Art des 19. Jahrhunderts zu erkennen. Der Zionismus sei viel mehr als ein ungerechtes koloniales Herrschaftssystem, denn mithilfe der zionistischen Organisationen werde das Territorium auch heute noch illegal betreten, besiedelt und vereinnahmt, so Said. Denn der Zionismus habe sich selbst *niemals* eindeutig nur als jüdische Befreiungsbewegung verstanden; vielmehr hätten die kolonialen Siedlungsprojekte im Orient Priorität gehabt. Das heißt, Said sieht in der Nationalbewegung der Juden primär ein parasitäres Projekt.

Saids antiisraelische Rhetorik zeichnet sich durch geschichtsrevisionistische Verzerrungen aus. In einem 2004 veröffentlichten Essayband schreibt er, dass Palästinenser unter israelischer Besatzung genauso machtlos seien wie Juden in den 1940er-Jahren. Studenten an der Columbia University stigmatisieren Israel daher nicht zufällig etwa als „das neue Nazi-Deutschland“. Die Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus hat bei Said Methode. Beide will er als gleichermaßen kolonialrassistisch verstanden wissen. Paradigmatisch ist eine Aussage in einem Interview, das der jüdische Israeli Ari Shavit im Jahr 2000 mit ihm geführt hat: Said antwortet auf dessen Frage, ob es aus seiner Sicht nicht unvermeidbar sei, Israelis zu hassen, mit der vielsagenden Gegenfrage, ob dieser denn die deutschen Nazis hasse. Von einer ähnlich absurden Verharmlosung der NS-Barbarei zeugt auch Saids Reaktion auf die zurückgezogene Einladung der Sigmund-Freud-Gesellschaft im Jahr 2001: Wie Freud aus Wien verjagt worden sei, weil er Jude war, sei jetzt er verjagt worden, weil er Palästinenser ist.

In einigen Passagen in *The Question of Palestine* wird Israel als satanischer Terrorstaat mit genozidaler Absicht dargestellt, etwa wenn Said über die „Entmenschlichung des Arabers“ durch die Zionisten schreibt. Er unterstellt „den Zionisten“, dass sie „nach

1948 die größten Anstrengungen unternahmen, um die arabischen Palästinenser tatsächlich zu eliminieren“. Indem er die NS-Analogie terminologisch fortsetzt, inszeniert er die früheren Opfer der Nazis als Wiedergänger der einstigen Massenmörder: „Nothing was spared the Arabs, from torture to concentration camps [!], deportation, razed villages, defoliated fields [...], destroyed houses, confiscated lands, ‚transferred‘ populations numbering well into the thousands.“ Das kollektive Leid von Juden in den 1940er-Jahren setze sich laut Said in den Leiden des palästinensischen Volkes fort. Angesichts dieser Gleichsetzung von Leiden ist es nur konsequent, dass Said Entschädigungen für die sogenannte Nakba fordert und ausgerechnet in den israelischen Forderungen gegenüber Deutschland den unmittelbaren Präsidentenfall dafür vorliegen sieht, wie er in seinem Buch *Frieden in Nahost?* ausführt. Dass die Flucht und Vertreibung der Palästinenser eine Folge des Angriffs fünf arabischer Armeen auf den neu ausgerufenen Judenstaat war, blendet Said aus.

Über die Wiederkehr der Judenfrage in der Chiffre „Dekolonialisierung“

Das zweifelhafte Verdienst von Saids Schrift *The Question of Palestine* besteht darin, ein Modell im Akademiker-Milieu salopp gemacht zu haben, das die Faktizität jüdischer Staatlichkeit nicht anerkennt. Die „lustvolle Selbstbarbarisierung“ (Jan Philipp Reemtsma), mit der an Universitäten zur Abschaffung Israels aufgerufen wird, macht deutlich, dass „Dekolonialisierung“ im Kontext des Nahostkonflikts eine wissenschaftsförmige Chiffre für den Drang ist, die Judenfrage neu zu stellen. Insbesondere im Postkolonialismus wird bis heute ignoriert, dass das Vorgehen antizionistischer Terrororganisationen außerhalb einer zweckrationalen Logik steht: Um Israel in einen möglichst langen Krieg zu verwickeln, hat die Hamas am 7. Oktober 2023 239 Geiseln nach Gaza verschleppt. Wer die sogenannte Gewaltspirale im Nahen und Mittleren Osten zu begreifen sucht, ohne dabei zu reflektieren, dass die Zerstörung Israels über dem Selbsterhaltungsprinzip transnational agierender Mörderbanden steht, verfehlt die Dynamik dieses Kriegs. Demgemäß wird dabei das Leid der ins Kriegsgeschehen verwickelten Bevölkerung von der Hamas und der Hisbollah einkalkuliert.



Said ist Stichwortgeber eines Geschichtsrevisionismus, der dadurch gekennzeichnet ist, *erstens* die Existenz des Judenstaats für illegitim zu erklären, *zweitens* den Hass auf Israel im Westen zu einem wichtigen Anliegen des Aktivismus zu machen, *drittens* historisch blind für die Auschwitz zugrunde liegenden Besonderheiten zu sein und *viertens* diese Blindheit zum Zweck der Hetze gegen Israel zu wenden. Damit dichtet Said den Postkolonialismus systematisch gegen die Erfahrung ab, dass die zentrale Ursache des arabisch-palästinensisch-israelischen Konflikts die vollständige Negation des Zionismus auf der arabischen Seite war und bis heute ist. Derweil wird in Columbia, Harvard und andernorts geerntet, was Edward Said gesät hat.

Dr. Marcel Matthies ist Literaturwissenschaftler an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie Ideologiekritiker. Er wurde 2023 mit seiner Dissertationsschrift *Literarische Gestaltung jüdischer Identität bei Maxim Biller und Doron Rabinovici. Vier Romane im Schatten der Shoah und im Widerschein Israels* promoviert.

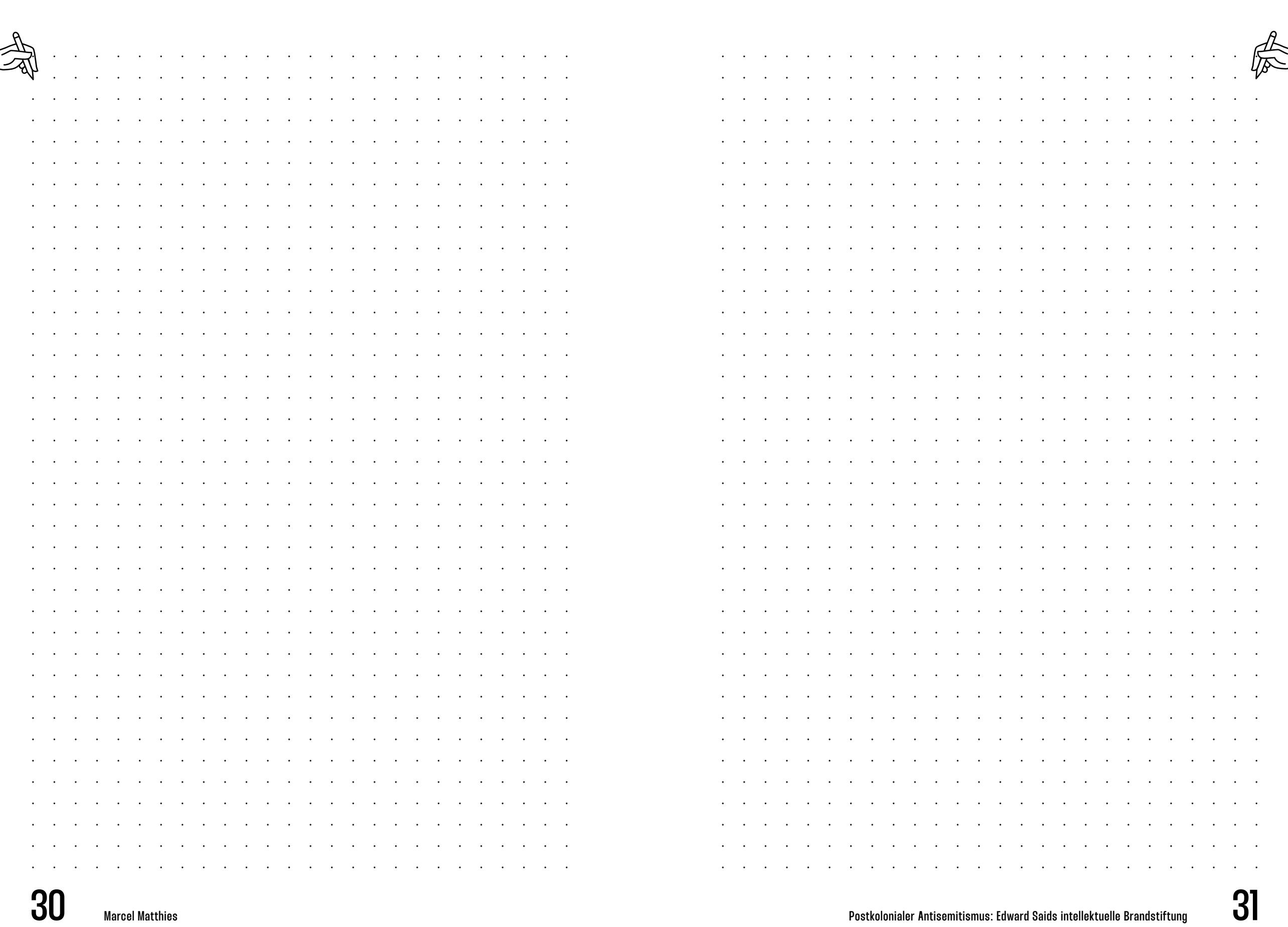
Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf [kas.de/postkolonialismus](http://kas.de/de/web/geschichtsbewusst/zwischenruf/detail/-/content/postkolonialer-antisemitismus-edward-saids-intellektuelle-brandstiftung) lesen – und von dort aus einfach online teilen:

[www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/zwischenruf/detail/-/content/postkolonialer-antisemitismus-edward-saids-intellektuelle-brandstiftung](http://kas.de/de/web/geschichtsbewusst/zwischenruf/detail/-/content/postkolonialer-antisemitismus-edward-saids-intellektuelle-brandstiftung)



Literatur

- B** Brodkorb, Mathias: Postkoloniale Mythen. Auf den Spuren eines modischen Narrativs. Eine Reise nach Hamburg und Berlin, Leipzig, Wien und Venedig. Springer: zu Klampen, 2025.
- D** Diner, Dan: Geschichte des Antisemitismus: Er ist wieder da. In: F.A.Z. Online, 16.01.2024, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/geschichte-des-antisemitismus-laengst-ueberwunden-geglaubte-judenfragen-19450273.html>, (zuletzt abgerufen: 19.11.2024).
- E** Elbe, Ingo: Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocaustinnerung. Berlin: Edition Tiamat, 2024.
- F** Forstenhäusler, Robin/Henkelmann, Katrin et al. (Hg.): Probleme des Antirassismus. Postkoloniale Studien, Critical Whiteness und Intersektionalitätsforschung in der Kritik. Berlin: Edition Tiamat, 2022.
- Friedländer, Saul: Ein Genozid wie jeder andere? In: ders., Norbert Frei, Sybille Steinbacher, Dan Diner, Jürgen Habermas (Hg.): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. München: C.H. Beck, 2022, S. 15–31.
- G** Grigat, Stephan: Zweierlei Vertreibungen, zweierlei Integration. Die jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Staaten, ihre Bedeutung für Israel und der arabisch-islamische Antisemitismus. In: Georges Bensoussan: Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage. Leipzig: Henrich & Henrich, 2019, S. 9–27.
- K** Kirsch, Adam: Siedlercolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit. Berlin: Edition Tiamat, 2025.
- R** Reemtsma, Jan Philipp: Antisemitismus – Was gibt es da zu erklären? Essay. In: ders.: „Sagt, hab ich recht?“ Drei Reden zur Gegenwart alter Probleme. Hamburg: Hamburger Edition, 2024, S. 33–64.
- Rensmann, Jörg: Der Mythos Nakba. Fakten zur israelischen Gründungsgeschichte (Herausgegeben von den Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.), Mai 2019, https://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Broschueren/Der_Mythos_Nakba.pdf (zuletzt abgerufen: 19.11.2024)



ANTISEMITISMUS BEI DER POST- KOLONIALEN LINKEN UND DER VÖL- KISCHEN RECHTE

Andreas
Büttner

Es ist Zeit, den Schleier der Verharmlosung zu zerreißen. Antisemitismus ist keine Einbahnstraße, kein Randphänomen, kein längst vergangenes Problem. Er lebt – bei der extremen Rechten in widerwärtiger Offenheit und bei Teilen der postkolonialen Linken in erschreckend intellektualisierter Tarnung. Wer heute ernsthaft den Kampf gegen Antisemitismus führen will, muss den Mut haben, ihn auf beiden Seiten zu benennen – klar, deutlich, kompromisslos.

Die rechte Fratze – alt, gefährlich, tödlich

Die extreme Rechte ist in ihrer Judenfeindschaft brutal und unmissverständlich. Sie stilisiert Jüdinnen und Juden als Drahtzieher im Hintergrund, als „Globalisten“, „Finanzeliten“, als Feindbild einer völkischen Ideologie, die nur „das Eigene“ gelten lässt. Die Blut-und-Boden-Rhetorik ist zurück: in Parlamenten, auf Demonstrationen, auf Telegram-Kanälen. Halle, Hamburg, Berlin, Paris – die Tatorte rechten Hasses nehmen kein Ende. Und immer wieder stehen Synagogen im Zentrum dieser Gewalt.

Dieser Antisemitismus ist mörderisch. Und er ist anschlussfähig – auch für Menschen, die sich gar nicht als rechtsextrem sehen. Wer etwa bei Querdenker- oder AfD-Demos mitläuft und Verschwörungstheorien nachplappert, wird Teil eines Klimas, in dem jüdisches Leben nicht mehr sicher ist. Das ist keine Debatte. Das ist eine Gefahr.

Die postkoloniale Linke – moralische Selbstüberhöhung und zynische Doppelmoral

Doch mindestens ebenso gefährlich ist der Antisemitismus, der sich im akademischen Duktus, in Konferenzräumen und in vermeintlich progressiven Bewegungen einnistet. Die postkoloniale Linke, vor allem ihr akademisch-radikaler Teil, hat ein Problem mit Jüdinnen und Juden – nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer eigenen Fixierung auf Macht, Privilegien und Opferstatus.

In ihrer Welt ist Israel kein Zufluchtsort für Überlebende des Holocausts, sondern ein „Siedlerkolonialstaat“. Zionismus wird nicht als legitime Selbstbestimmung eines über Jahrhunderte

verfolgten Volkes verstanden, sondern als Ausdruck weißer Vorherrschaft. Wer so argumentiert, hat nichts verstanden – weder von Geschichte noch von Gegenwart. Und schlimmer noch: Er instrumentalisiert die Shoah, relativiert sie und benutzt sie, um neue Schuldzuweisungen zu konstruieren.

Wer Israel dämonisiert, wer den jüdischen Staat an den Pranger stellt, ohne das Existenzrecht je anzuerkennen, wer „Free Palestine from the river to the sea“ ruft, sagt in Wahrheit: „Schafft Israel ab“. Und das ist kein „Akt der Solidarität“, sondern ein Angriff auf jüdisches Leben – in Israel wie in Europa.

Es ist eine perfide Strategie: Die Täterpose wird mit der Opferrolle verwechselt. Der Holocaust wird aus der Erinnerung gedrängt und ersetzt durch eine angeblich „globale koloniale Matrix“, in der Jüdinnen und Juden plötzlich zu „Teilhabern“ an Machtstrukturen erklärt werden – und damit zur Zielscheibe.

Antisemitismus ist keine Meinung – er ist ein Angriff auf unsere Grundordnung

Es gibt in Deutschland keine legitime Form von Antisemitismus. Nicht im Namen der Nation, nicht im Namen der Religion, nicht im Namen der Gerechtigkeit. Es ist unerträglich, wenn sich politische Kreise, die sonst bei jedem Hauch von Diskriminierung aufschreien, in Schweigen hüllen, sobald Jüdinnen und Juden bedroht, beleidigt oder ausgeschlossen werden – sei es auf der Straße oder auf Podien, an Universitäten oder in Redaktionen.

Wer den Antisemitismus der Rechten lautstark verurteilt, aber schweigt, wenn Israel-Fahnen verbrannt werden, macht sich mit schuldig. Wer gegen Rassismus kämpft, aber jüdische Stimmen systematisch diffamiert, verliert jede Glaubwürdigkeit. Und wer das Existenzrecht Israels in Frage stellt, der stellt sich außerhalb unseres demokratischen Grundkonsenses.

Schluss mit der Scheinheiligkeit

Wir brauchen keine Debatte darüber, ob es Antisemitismus in linken, postkolonialen, muslimischen oder rechten Milieus gibt. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Was wir brauchen, ist eine klare Haltung: Wer sich gegen Antisemitismus stellt, muss das universell



tun – ohne Doppelmoral, ohne Angst vor Twitter-Stürmen oder intellektueller Repression durch vermeintliche „Diskurshüter“.

Es darf kein „Aber“ mehr geben: Kein „Ich bin gegen Antisemitismus, aber...“ Kein „Israel ist ja auch nicht ohne...“ Kein „Das muss man aus einer postkolonialen Perspektive sehen...“ Schluss damit. Antisemitismus ist keine Interpretationsfrage. Er ist eine Realität. Und es ist unsere Pflicht, ihn zu bekämpfen – überall, wo er auftritt.

Andreas Büttner ist seit Juni 2024 Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/zwischenruf/detail/-/content/antisemitismus-bei-der-postkolonialen-linken-und-der-völkischen-rechten



POSTKOLONIAL UND ANTIWESTLICH

Andreas
Jacobs

Die Überwindung des Westens als
Grundidee postkolonialer Theorien

Postkoloniale Aktivisten befassen sich weniger mit der Aufarbeitung des historischen Kolonialismus, sondern mehr mit der Dämonisierung und Dekonstruktion westlicher Geschichts- und Werteverständnisse. Antisemitismus, Unwissenschaftlichkeit, mangelnde Kritikfähigkeit und Schwarz-Weiß-Denken prägen diese Denkschule, die Europa als das Übel der Welt betrachtet. In ihrer Abwertung des Westens machen sich die postkolonialen Vertreter auch in der internationalen Politik damit zu nützlichen Idioten jener, die Menschenrechte, Demokratie, Freiheit oder Israel zugunsten einer Aufwertung des sogenannten globalen Südens abschaffen wollen. Gerade deswegen sollte der Westen als Wertegemeinschaft zusammenrücken und seine Südverbindungen ausbauen.

Seit dem Amtsantritt Donald J. Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Anfang 2025 steht die westliche Staatengemeinschaft unter enormem Druck. Vor allem die vielbeachtete Abrechnung mit Europa, die Vizepräsident JD Vance Mitte Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz vortrug, deuteten Beobachter als Wegmarke der Erosion des Westens. Unter Beschuss ist der Westen als Werte-, Organisations- und Interessengemeinschaft aber schon deutlich länger. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts häufen sich Gegensätze, Konflikte, Reformrufe und Abgesänge. Eher unbemerkt bleibt in diesem Dauerfeuer auf EU und NATO der ideelle Angriff in Gestalt akademischer und intellektueller Gerechtigkeitsdebatten. Vor allem die unter dem Begriff „postkoloniale Theorien“ firmierenden Ideen und Konzepte beschäftigen sich immer weniger mit der Aufarbeitung des historischen Kolonialismus und immer öfter mit der Dämonisierung und Dekonstruktion von im europäisch-atlantischen Raum entstandenen Geschichts- und Werteverständnissen.

Wandel in der Wahrnehmung von Welt

Seit den 1990er-Jahren haben sich auch an deutschen Universitäten Theorien und Aktivismen etabliert, die einen Perspektivwandel in der bislang verbreiteten Wahrnehmung von Welt und Geschichte vorantreiben. Mit den Schriften von Frantz Fanon, Michel Foucault, Edward Said und Judith Butler in der Hand wird vor allem in den Sozialwissenschaften die Dekonstruktion

vorgeblicher Machtdiskurse betrieben. Verdienste dieses sprachlichen Perspektivwandels sind ohne Zweifel gegeben: Romantische Verklärungen der Kolonialzeit sind kaum noch salonfähig. Und auch, dass koloniale Verbrechen in Form von Landesgrenzen, Abhängigkeitsverhältnissen und nicht zuletzt in den Köpfen nachwirken, ist zum Glück unbestritten.¹

Dennoch regt sich immer mehr Kritik an der postkolonialen Theoriefamilie. Der Soziologe Vivek Chibber diagnostiziert dem Postkolonialismus ein klischeehaftes Bild anderer Weltregionen.² Andere werfen ihm Unwissenschaftlichkeit, Geschichtsrevisionismus, mangelnde Kritikfähigkeit und Schwarz-Weiß-Denken vor. Nicht erst seit dem Terrorangriff des 7. Oktober 2023 stehen vor allem Vorwürfe der Holocaustrelativierung und des Antisemitismus im Raum.³ Aber auch die postkoloniale Gegenwehr nimmt zu. Hier sieht man Geschichtsrevisionismus am Werk, diagnostiziert uninformiertes Raunen oder wittert eine autoritär-illiberale Kampagne.⁴ Es wird also scharf geschossen in der Postkolonialismusdebatte.

Europa als das Übel der Welt

Eigentümlicherweise spielt in dieser Debatte die zentrale Grundannahme postkolonialer Theorien nur eine nachgeordnete Rolle – die Abwertung des Westens. Gerade jüngere Strömungen interessieren sich kaum noch für Geschichte und Nachwirkungen kolonialer Zustände, sondern dehnen die Diagnose und Beschreibung des Fortbestands dieser Zustände immer weiter aus. Spätestens hier wird es problematisch. Nicht dem Kolonialismus als globalem und überzeitlichem Phänomen gilt das Erkenntnisinteresse, sondern ausschließlich dem europäischen Kolonialismus der vergangenen Jahrhunderte – und seinen vermeintlichen neo- und postkolonialen Manifestationen in der Gegenwart. Osmanische Eroberungen, arabischer Sklavenhandel, sowjetischer Imperialismus, iranischer Revolutionsexport und vieles andere werden ausgeblendet oder relativiert.⁵

Zentraler Ausgangspunkt dieser Wandlung vom produktiven Ansatz zum antiwestlichen Wissensregime ist die 1978 von Edward Said in seinem postkolonialen Standardwerk *Orientalism* formulierte Hypothese, dass der Westen den Orient als negative Schablone zur Selbstdefinition brauche. Said lieferte damit das passende Buch in einer Zeit, in der vielen Linken der real



existierende Sozialismus zunehmend peinlich wurde und in der die Revolution im Iran manche falsche Hoffnung weckte. Westliche „Kolonialität“ und die Vorstellung, dass westliche Gesellschaften intrinsisch und letztendlich unüberwindbar rassistisch seien, ersetzte immer öfter den Kapitalismus als Erklärung für die Übel dieser Welt.

Beschleunigt wurde diese Entwicklung vom Ende des Ost-West-Konflikts und den Terrorangriffen des 11. September. Die offene oder klammheimliche Zustimmung zum Angriff auf die USA auf Seiten mancher westlicher Intellektueller förderte das Bewusstsein für ein Phänomen, das die Postkolonialismus-Kritiker Ian Buruma und Avishai Margalit *Anti-Westernism* nannten.⁶ Dieser Anti-Westernismus fand nach der Jahrtausendwende weiter Nahrung. Das Scheitern westlicher Bemühungen um Demokratieexport und die Zunahme weltweiter Krisen stützten die postkoloniale Annahme, dass der Westen der Welt eher schade als nutze.

Die Idee vom Indigenen

Die Abwertung des Westens fand ihre Entsprechung in der Aufwertung des Südens. Der Journalist Jens Balzer erklärt diesen Trend mit der Idee vom „Indigenen“ als Leitmotiv postkolonialen Denkens. Auf einmal seien Volk, Nation, Herkunft und Tradition wieder hochgeschätzte Werte – solange sie von als nicht westlich eingeordneten Personen vertreten werden.⁷ Zur Heimat dieser nicht westlichen Personen wurde der sogenannte globale Süden erkoren. Auch dieser schillernde Begriff ist seit Langem in der Diskussion, ohne dass bislang geklärt wäre, wer genau dazugehört und was damit gemeint ist. Der „globale Süden“ reduziert sich so zum Kampfbegriff, der für alles Mögliche in Stellung gebracht werden kann. Für den Politologen Wolfgang Kraushaar dient er primär der Diskreditierung des Westens und „hilft nicht weiter, wenn man die Folgen des Kolonialismus verstehen will.“⁸

Theorien für Diktatoren

Konjunktur hat der „globale Süden“ auch deshalb, weil die anti-westliche Selbtkritik westlicher Denker ein wichtiger Verbündeter für die machtpolitischen Gegner des Westens ist. Bereits im Februar 2017 forderte der russische Außenminister Sergei Lawrow auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine „post-westliche

Weltordnung“ und sucht seither den Schulterschluss mit Gleichgesinnten. Der ultranationalistische russische Philosoph Aleksandr Dugin bemüht das Bild der Dekolonialisierung ebenso wie Hindunationalisten, chinesische Machtpolitiker und iranische Mullahs. Überall auf dem Globus wird der Topos westlicher Kolonialität und Ausbeutung aktiviert, um autoritäre, reaktionäre und ethnonationalistische Politiken zu legitimieren.

Als erste verstanden hatten dies die Islamisten. Seit rund hundert Jahren propagieren sie den Islam (und nicht den Westen) als Lösung aller Probleme. Der Kampf gegen Demokratie, Menschenrechte und Säkularismus, aber auch gegen Frauen, ethnische Minderheiten, Homosexuelle und Andersgläubige wird hier als indigene „muslimische Perspektive“ verbrämt. Wie die realpolitische Umsetzung einer solchen Perspektive aussehen kann, lässt sich im Iran, in Afghanistan und in Gaza beobachten. Vor allem für die Islamisten der Hamas und für andere Feinde des Staates Israel sind postkoloniale Diskurse und die in diesen verwendeten Diffamierungsvokabeln (Genozid, Apartheid und Kolonialstaat) hochwillkommen. Noch am Tag des Massakers vom 7. Oktober feierte die Boykottbewegung BDS den Angriff als Reaktion der „indigenen Palästinenser“ auf ethnische Säuberungen von „Apartheid Israel und des kolonialistischen Westens“.⁹

Unfähigkeit zur Selbtkritik

Es ist zu diskutieren, ob der Postkolonialismus generell antisemitisch ist oder ob der in seinen Reihen zum Ausdruck kommende Antisemitismus lediglich Ausdruck und Folge eines antiwestlichen Weltbildes sind. Für den Publizisten Yascha Mounk lässt sich das kaum noch trennen. In den intersektionalen Diskursen der Postkolonialisten würden Israel und damit die israelischen Juden dem abzulehnenden Westen zugeschlagen und seien deshalb ebenfalls abzulehnen.¹⁰ Vertreter postkolonialer Theorien werden damit oft genug zu den nützlichen Idioten jener, die Menschenrechte, Demokratie, Freiheit oder Israel abschaffen wollen. Es bleibt ein Rätsel, warum sich große Teile der postkolonialen Forschung dem selbtkritischen Diskurs hierüber immer noch verweigern.

Selbtkritische Reflexion verdient auch die Tatsache, dass postkoloniales Denken die Grundlagen einer regelbasierten internationalen Ordnung infrage stellt. Wenn im Anschluss



an Michel Foucault Aussagen über die Welt als machtpolitische Sprecherpositionen begriffen werden, gibt es keine objektiven Wahrheiten mehr – auch keine postkolonialen. Globale Ordnungs- und Regelungssysteme, internationale Organisationen und Regime und letztendlich das Völkerrecht werden so (zumindest in ihren derzeitigen Ausprägungen) zu Konstruktionen einer kolonialen, westlichen Unterdrückungsordnung. Die diesen Systemen zugrunde liegenden menschen- und völkerrechtlichen Prinzipien werden nicht länger als universal gültig, sondern als zeit- und kontextspezifische „eurozentrische“ Perspektiven angesehen.¹¹ Die realpolitischen Folgen dieses Perspektivwechsels sind überall sichtbar. Globale Institutionen und Regelwerke werden unterlaufen, diskreditiert und konterkariert.

Südverbindungen statt „globaler Süden“

Wie aber lassen sich westliche und universale Werte in Zeiten zunehmender globaler Unübersichtlichkeiten bewahren? Der vieldiskutierte schottische Historiker Niall Ferguson plädiert für eine Neuerfindung und Selbstvergewisserung des Westens.¹² Wer es eine Nummer kleiner will, sollte bei seinen Institutionen anfangen. Allen voran EU und NATO sind angesichts erheblicher innen- und außenpolitischer Herausforderungen und Bedrohungen heute unverzichtbarer denn je. Die wichtigste Antwort auf die zunehmende Westkritik wäre deshalb die Stärkung der Westbindung im Sinne einer institutionellen Weiterentwicklung und Stärkung westlicher Bündnisse und Kooperationsstrukturen – trotz, mit und gerade wegen Trump.

Zudem spricht vieles heute für eine Ergänzung der Westbindung durch eine Intensivierung von Südverbindungen: Grundidee hierbei wäre nicht eine postkoloniale Umdeutung der Geschichte, sondern die Stärkung kooperativer Elemente und konkreter Problemlösungen. Postkoloniale Theorien werden entgegen ihrer Eigenwahrnehmung weder die Konflikte im Nahen Osten oder in der Ukraine lösen noch für globalen Wohlstand sorgen, Frauen gleichberechtigen oder den Klimawandel bewältigen. Hierzu braucht es Allianzen, Bündnisse und Diplomatie.

Der Regierungswechsel in Deutschland bietet die Chance, die Stärkung solcher Südverbindungen voranzutreiben. Einiges an ideologischen, sprachlichen und konzeptionellen Altlasten wäre davor abzuräumen. Die bisherige Bundesregierung hat sich

außenpolitisch nicht nur mit moralisierender Besserwisserei, sondern auch allzu oft mit einer unbekümmerten Übernahme postkolonialer Annahmen und Begriffsumdeutungen hervorgetan. Das kam in manchen Milieus zu Hause im Westen gut an. Bei den weltweiten Partnern deutscher und europäischer Politik stießen Konditionierungen, Belehrungen und selbstreferenzielle Theorien bestenfalls auf Unverständnis. Hier fordert man Handel, Investitionen, interessenbasierte Partnerschaften und klare Regelwerke. Abstrakte westliche Debatten über die Überwindung struktureller Machtungleichgewichte werden hier nicht gebraucht. Was hier auch nicht gebraucht wird, sind Autokraten und Diktatoren, denen genau solche Debatten in die Hände spielen.

Dr. Andreas Jacobs ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Analyse und Beratung sowie Leiter der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/antiwestlich-postkoloniale-theorie-ueberwindung-des-westens





-
- 1** Vgl. hierzu Albrecht, Monika: Erinnerungspolitische Transformationen und koloniale Gewalt. Aus der Perspektive der Critical Post-Colonial Studies. In: Axel Dunker, Michael Hofmann, Serge Yowa (Hg.): Postkoloniale Germanistik und Konflikte im globalen Kontext. Möglichkeiten und Ausblicke im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston, 2023, S. 130–163.
- 2** Vgl. Chibber, Vivek: Postcolonial Theory and the Specter of Capital. London, 2013.
- 3** Vgl. hierzu Elbe, Ingo: Antisemitismus und postkoloniale Theorie. Der „progressive“ Angriff auf Israel, Judentum und Holocaust-Erinnerung. Berlin, 2024.
- 4** Für aktuellere Kritiken an der Postkolonialismus-Kritik vgl. Conrad, Sebastian. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.2024, S. N3 sowie Ouma, Stefan: Revanchistischer Kulturkampf. In: taz, 06.04.2014.
- 5** Vgl. Albrecht 2023, S. 134.
- 6** Vgl. Buruma, Ian / Margalit, Avishai: Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde. München, 2005.
- 7** Vgl. Balzer, Jens: Rettet den Postkolonialismus. Warum es höchste Zeit ist, die linke Denkschule vor ihren eigenen Irrtümern zu schützen. In: DIE ZEIT, 08.05.2024, S. 46.
- 8** „Latent antisemitische Denkmuster“, Interview mit Wolfgang Kraushaar. In: Süddeutsche Zeitung, 16.11.2023, S. 9.
- 9** „Westliche Mitschuld an Apartheid Israels brutaler Gewalt stärkt palästinensischen Widerstand und internationale Solidarität“, zit. nach <http://bds-kampagne.de/westliche-mitschuld-an-apartheid-israels-brutaler-gewalt-verstaerkt-palaestinensischen-widerstand-und-internationale-solidaritaet/> (zuletzt abgerufen: 15.09.2024).
- 10** „Zu welcher Gruppe gehörst du?“ Interview mit Yascha Mounk. In: WELT AM SONNTAG, 28.01.2024, S. 39.
- 11** Exemplarisch für eine solche Perspektive vgl. Chakrabarty, Dipesh: Provincializing Europe. Princeton, 2000 sowie Spivak, Gayatri Chakravorty: A critique of postcolonial reason. Cambridge, 1999.
- 12** Vgl. Fergusson, Niall: Der Westen und der Rest der Welt. Die Geschichte vom Wettstreit der Kulturen. Berlin, 2011.

„WER DIE
VERGANGENHEIT
BEHERRSCHT,
BEHERRSCHT
DIE ZUKUNFT“



Postkoloniale Geschichtsschreibung

Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus – für alle gegenwärtigen Übel der Welt soll die angeblich seit 500 Jahren dauernde Vorherrschaft des Westens verantwortlich sein. Das glauben die Vertreter einer vom Postkolonialismus beeinflussten Geschichtswissenschaft. Andere Imperien, wie die Reiche der Azteken, Inka, Osmanen, Chinesen oder Russen, werden ignoriert. Statt die Menschheitsgeschichte quellenkritisch und mit dem Bemühen um Objektivität zu betrachten, unterwerfen die postkolonial geschulten Wissenschaftler sie den Prämissen ihrer Theorie. Sie vermeiden eine vergleichende Geschichte der Imperien, weil sie ihrer Ideologie die Grundlage entzöge.

Postkoloniale Geschichtsschreibung

Geschichtsschreibung im Sinne einer Wissenschaft ist der Suche nach historischer Wahrheit verpflichtet. Zur Beantwortung forschungsleitender Fragen werden historische Quellen einer kritischen Analyse unterzogen, bewertet und interpretiert. Da auch der seriöse Historiker nicht vor ideologischer Voreingenommenheit gefeit ist, sind Transparenz und Nachvollziehbarkeit unumgänglich. Welche Quellen wurden ausgewählt, welche verworfen? Und aus welchen Gründen? Gefordert ist eine umfassende Quellenkritik: Unter welchen Umständen ist eine Quelle entstanden, wer hat sie wann und zu welchem Zweck produziert und wie zuverlässig ist ihr Inhalt?

Wie in jedem Fachgebiet zeichnet sich Wissenschaftlichkeit auch in den Geschichtswissenschaften durch die Bereitschaft aus, Theorien anzupassen oder zu verwerfen, wenn neue Fakten sie in ihrer ursprünglichen Form unhaltbar machen. Das letzte Wort wird für jeden, der in diesem Sinne forscht, nie gesprochen sein.

Geschichtsschreibung als Machtinstrument

Mit dem Beginn der Geschichtsschreibung beginnt auch ihre Nutzung als Macht- und Herrschaftsinstrument. Von der Hofhistoriografie, die der Verherrlichung eines Herrschers und der Beschreibung seiner vermeintlichen Helden- und Wohltaten dient, über die Hagiografie, die Heiligenlegenden, bis hin zu einer

ideologischen Geschichtsschreibung, wie sie etwa in den kommunistischen oder faschistischen Regimen des 20. Jahrhunderts betrieben wurde, dient sie der Legitimation von Herrschaft. Sie folgt der von George Orwell in seinem Roman *1984* aufgestellten Maxime „Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft. Wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit.“

Dieser Maxime folgt auch eine in der postkolonialen Theorie verankerte Geschichtsschreibung. Statt historische Ereignisse anhand aller verfügbaren Fakten und Quellen zu bewerten, versuchen ihre Vertreter die Menschheitsgeschichte ihren ideologischen Prämissen anzupassen. Nicht die Fakten stehen fest und führen zu einer Antwort auf die forschungsleitende Frage, vielmehr werden die Fakten immer aufs Neue an die bereits vorgefassten Antworten angepasst. Mathias Brodkorb spricht in diesem Zusammenhang vom „postkolonialen Narrativ“.

Schuld ist der Westen

Vertretern der postkolonialen Theorie gilt a priori die Gewissheit, dass der Westen für alle Übel dieser Welt verantwortlich sei: Ob Imperialismus und Kolonialismus, Rassismus und Ausbeutung, Sexismus und Homophobie, die Wurzeln aller Übel werden im Westen gesucht und gefunden. Dabei werden in anachronistischer Manier moderne moralische und ethische Konzepte an das Europa des 15. bis 19. Jahrhunderts angelegt.

Angelpunkt ist die Behauptung einer 500-jährigen globalen Vorherrschaft des Westens: Europa habe den „globalen Süden“ in dieser Zeit mit rassistischer Ausgrenzung und Genoziden überzogen. Andere Machtzentren werden weitgehend ignoriert, passen sie doch nicht in das dichotome postkoloniale Narrativ, das die Welt in einen eindeutigen und immerwährenden Täter (der Westen) und ein ebenso eindeutiges und immerwährendes Opfer (der globale Süden) teilt und keine Grautöne zulässt.

Innerhalb dieses Täter-Opfer-Schemas werden die nach wie vor weltweit von Antisemitismus bedrohten Juden in einer spektakulären gedanklichen Verrenkung als „Weiße“ und somit als Täter eingeordnet, ja geradezu als Personifikation des modernen Tätervolkes. Der Staat Israel ist in dieser Logik nichts anderes als ein „weißes“, „europäisches Kolonialprojekt“, das mit dem Pleonasmus „Siedlerkolonialismus“ diffamiert wird. Damit leistet die



postkoloniale Theorie dem weltweiten Aufschwung des Antisemitismus Vorschub, den wir seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 erleben müssen.

Zutiefst überzeugt, moralisch auf der richtigen Seite zu stehen, entgeht Vertretern des postkolonialen Narrativs, dass sie jenem Eurozentrismus frönen, den zu bekämpfen sie vorgeben. Mit geradezu infantiler Rechthaberei erklären sie die gesamte außereuropäische Menschheit zum Objekt westlichen Handelns. Einzig die Europäer und in der Folge die Nordamerikaner stehen als handelnde Subjekte auf der Bühne der Weltgeschichte und bestimmen den Fortgang des Stücks.

Postkoloniale Auslassungen

Achille Mbembe, einer der Stars der postkolonialen Theorie, setzt den Verlust afrikanischer Eigenständigkeit in seinem Buch *On the Postcolony* mit dem Beginn der europäischen Kolonisation gleich. Für afrikanische Gesellschaften gebe es, so schreibt er, seit dem 15. Jahrhundert keine „distinktive Geschichtlichkeit“ mehr, die nicht von europäischer Vorherrschaft geprägt sei.¹ Er ignoriert die Tatsache, dass die Entwicklung Afrikas lange vor dem 15. Jahrhundert durch außerafrikanische Mächte geprägt wurde, ab Mitte des 7. Jahrhunderts durch islamisch-arabische, ab der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts durch osmanische Eroberer. Beide heizten jene Sklaven-Exportwirtschaft an, von der die Europäer ab dem 16. Jahrhundert profitieren sollten.

Ursache von Eroberungen war laut Mbembe der Monotheismus, den er allerdings auf das Christentum beschränkt. Dieses basiere auf der Vorstellung der Weltherrschaft „sowohl in der Zeit als auch im Raum“, habe sich das Eigentumsrecht auf die ganze Welt zugeschrieben und daraus das Recht auf Eroberung abgeleitet. In diesem Kontext, so folgert er, müssten die Kreuzzüge neu interpretiert werden.²

Mbembe kann dieses Narrativ nur kreieren, weil er die Weltherrschafts- und Eroberungsansprüche des Islams, die islamische Eroberung Nordafrikas und die den Kreuzzügen unmittelbar vorausgegangene Eroberung fast ganz Anatoliens ausblendet, die den ersten Kreuzzug provozierten, der ehemals christliche Kerngebiete zurückeroberete. Mit seiner Darstellung beraubt er die Kreuzzüge ihres historischen Kontextes.

Postkoloniale Ignoranz

Ein weiteres Beispiel liefern María do Mar Castro Varela und Carolina Tamayo-Rojas in einer Arbeit über die Zerstörung des Inka-Reichs durch europäische Eroberer. Sie beschreiben zunächst ein Reich, in dem eine völkische Hierarchie vorherrschte. Ausschließlich Mitglieder unterworferner Völker mussten Arbeitsleistungen für den Staat erbringen, Inkas waren davon ausgenommen.³ Doch diese Fakten stören ihr vorgefasstes dichotomes Weltbild nicht, in dem stets europäische Eroberer arme indigene Völker unterjochen. Sie erwähnen die Fakten nur, um sie im weiteren Verlauf zu ignorieren.

Proponenten der postkolonialen Theorie stehen, im Verbund mit weiteren Theoriekonzepten wie etwa der Critical Race Theory, fest in der Tradition noch jeder ideologischen Bewegung. Sie arbeiten an nichts Geringerem als daran, die Geschichte der Menschheit umzuschreiben. Ausgestattet mit einer stabilen Resistenz sowohl gegenüber Fakten als auch gegenüber anderen Deutungen und Meinungen, picken sie jene Rosinen aus dem langen Lauf der Geschichte, die ihre ideologischen Prämissen stützen. Eine vergleichende Geschichte des Imperialismus wird von ihnen ebenso gemieden wie ein globalgeschichtlicher Blick auf die Welt, denn beides würde ihrer Theorie die Grundlage entziehen.

Imperialismus – eine Konstante der Weltgeschichte

Seit vor rund 4.700 Jahren in Ägypten das erste Reich entstand, erlebte die Welt Aufstieg und Untergang zahlreicher Imperien. Die ägyptischen Reiche etwa standen in steter Konkurrenz zu den seit gut 4.000 Jahren in Mesopotamien durch Kriege und Eroberungen entstehenden und wieder vergehenden Imperien der Sumerer, Babylonier, Assyrer und Perser. Vor etwa 3.500 Jahren dehnte sich das ägyptische Imperium bis zum Euphrat aus, im 7. Jahrhundert v. Chr. besetzten die Assyrer Teile Ägyptens.

Lassen wir das große, aber zeitlich kurze Imperium Alexanders beiseite, begann im 3. Jahrhundert v. Chr. mit dem Römischen Reich der Aufstieg des ersten „europäischen“ Imperiums, das um 150 v. Chr. Europa, Anatolien und Nordafrika sowie das gesamte Mittelmeer beherrschte. Im 5. Jahrhundert n. Chr. zerfiel der Westteil des Reiches, Ostrom überlebte als Byzantinisches Reich fast weitere 1.000 Jahre, von denen die ersten hundert durch



stete Auseinandersetzungen mit dem Persischen Reich bestimmt waren. Ab dem ersten Drittel des 7. Jahrhunderts erleben wir den rasanten Aufstieg des Arabischen Reichs. Dieses hat das Byzantinische Reich um zwei Drittel seines Territoriums beraubt und sich 651 das Perserreich einverleibt. Auf dem Höhepunkt seiner Macht Mitte des 8. Jahrhunderts dehnte sich dieses Imperium von Portugal im Westen bis Pakistan im Osten aus. Es umfasste die Iberische Halbinsel, Nordafrika, den Nahen Osten, Syrien, Irak, Iran und reichte von der Arabischen Halbinsel im Süden bis zur Grenze des heutigen Georgiens und zum Aralsee im Norden und hatte die christlichen und zoroastrischen Kerngebiete unterworfen.

Im 5. Jahrhundert begann der allmähliche Aufstieg des Frankenreichs, das den weiteren arabischen Vormarsch im Westen Europas stoppte und im 9. Jahrhundert unter Karl dem Großen seine größte Ausdehnung erreichte.

Ab dem 13. Jahrhundert wurde Osteuropa von mongolischen Heeren bedrängt. Das Mongolenreich sollte schließlich das größte zusammenhängende Herrschaftsgebiet der Geschichte umfassen. Es reichte von China in Ostasien über Zentralasien und Persien bis Russland und Osteuropa.

Ab dem 14. Jahrhundert machten sich die Osmanen auf, ebenfalls ein Imperium zu begründen, das das Byzantinische Reich endgültig zerstören sollte. Die Eroberung der byzantinischen Hauptstadt Konstantinopel im Jahr 1453 wird in der Türkei, anders als Eroberungen westlicher Imperien, noch heute jedes Jahr am 29. Mai gefeiert. Zum Zeitpunkt seiner größten Ausdehnung beherrschte das Osmanische Imperium das östliche und südlische Mittelmeer, das Gebiet vom Balkan bis nach Persien und zeitweise um das Schwarze Meer herum. Parallel dazu begann im 16. Jahrhundert der Aufstieg des Russischen Reichs.

In Südamerika wiederum schufen die Inkas vom 12. bis zum 16. Jahrhundert und die Azteken von Anfang des 14. Jahrhunderts bis zur Ankunft der europäischen Eroberer ebenfalls Imperien. Zu erwähnen wären noch das Chinesische Reich sowie das Songhaireich in Westafrika. Allein diese unvollständige Aufzählung umfasst 17 Imperien der Weltgeschichte in knapp 4.500 Jahren. Erst im 15. Jahrhundert begann der allmäßliche Aufstieg europäischer Mächte, verbunden mit der Kolonialisierung entfernter Kontinente.

Die Kolonialzeit

Was zunächst nach einer Besonderheit aussieht – Staaten unterwerfen weit von ihrem Zentrum entfernte Gebiete und gründen überseeische Imperien –, ist Folge technischer Entwicklungen in der Seefahrt. Jedes der vorherigen Imperien hat stets all jene Gebiete unterworfen, zu deren Eroberung es die nötigen Ressourcen und technischen Fähigkeiten besaß. Erst mit der Entwicklung hochseetauglicher Schiffe war das Ausgreifen auf ferne Kontinente möglich.

Ein Blick auf die Geschichte zeigt zudem, dass zeitgleich mit der europäischen Expansion auch außereuropäische Mächte an der Ausdehnung ihrer Herrschaftsgebiete arbeiteten. Portugal eroberte 1415 seine erste Besitzung in Afrika, die Festung Ceuta an der marokkanischen Nordküste. Sieben Jahre später belagerten die Osmanen Konstantinopel, das sie 1453 eroberten, 39 Jahre bevor Kolumbus die Küsten Amerikas erreichte. 1460 eroberten die Osmanen mit Mystras die letzte unabhängige Stadt auf dem heutigen griechischen Festland. Etwa zeitgleich gelang es Russland unter Iwan dem Großen, zunächst die mongolische Herrschaft abzuschütteln, Teile der russisch besiedelten Gebiete unter seiner Herrschaft zu einen und damit den Grundstein für das russische Imperium zu legen.

Während die Portugiesen Madeira, die Azoren und erste Gebiete im nordwestlichen Afrika in ihren Besitz nahmen, drangen die Osmanen nach Europa vor, wo sie 1440 erstmals Belgrad belagerten. Und während die Spanier zwischen 1519 und 1521 das heutige Mexiko eroberten und das Reich der Azteken vernichteten, eroberten die Osmanen 1521 Belgrad, ein Jahr später Rhodos, um 1526 schließlich die Ungarn zu schlagen und 1529 erstmals vor den Toren Wiens zu stehen. Seine größte Ausdehnung erreichte das Osmanische Reich gegen Ende des 17. Jahrhunderts, sein Ende fand es erst nach dem Ersten Weltkrieg.

In diesem Zeitraum eroberte Russland ein Imperium, das von der Ostsee und dem Schwarzen Meer im Westen bis zum Pazifischen Ozean im Osten reichte und fast ein Sechstel der Landmasse der Erde umfasste.



Kritische Auseinandersetzung statt Umschreiben von Geschichte im eigenen Sinn

Für Historiker, die die Globalgeschichte im Blick haben, ist daher nicht die europäische Expansion erkläruungsbedürftig. Sie reiht sich umstandslos in den konstanten Aufstieg und Untergang von Imperien in den letzten 5.000 Jahren ein. Nicht die Expansion stellt den Sonderfall der Geschichte dar, sondern die kritische Auseinandersetzung mit derselben.

Nur im Westen hat sich im Zuge der Aufklärung eine Kultur entwickelt, die einen kritischen und um Objektivierung bemühten Blick auf das Eigene wirft. Dieser Tradition der europäischen Geistesgeschichte, die im Übrigen so etwas wie die postkoloniale Theorie überhaupt erst denkbar machte, folgt auch die moderne Geschichtswissenschaft. Die eigenen Eroberungen und die ihnen zugrunde liegenden imperialistischen Bestrebungen werden nicht apologetisch als glorreiche Geschichte der Sieger gelehrt. Moderne Geschichtswissenschaft zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie in der Lage ist, die Perspektive zu wechseln, einen übergeordneten Standpunkt einzunehmen und auch die negativen Folgen der Eroberungen zu analysieren.

Im Gegensatz dazu ist es ein Merkmal von Diktaturen und totalitärer Bewegungen, die Geschichte umzuschreiben, um aus dieser adaptierten Vergangenheit die Legitimation für das eigene totalitäre Handeln ableiten zu können. In Orwells *1984* heißt es:

„Jede Aufzeichnung wurde vernichtet oder verfälscht, jedes Buch überholt, jedes Bild übermalt, jedes Denkmal, jede Straße und jedes Gebäude umbenannt, jedes Datum geändert. Und dieses Verfahren geht von Tag zu Tag und von Minute zu Minute weiter. Die Geschichte hat aufgehört. Nichts existiert außer einer endlosen Gegenwart, in der die Partei immer Recht hat.“

Der Versuch der postkolonialen Bewegung, die Geschichte der Menschheit entlang ihrer ideologischen Prämissen umzuschreiben, sollte als das gesehen werden, was er ist: ein Frontalangriff auf die Freiheit und die westliche liberale Demokratie.

Heiko Heinisch ist Historiker und Autor. Er arbeitete am Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft sowie am Institut für Islamische Studien der Universität Wien und ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle Politischer Islam in Österreich.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

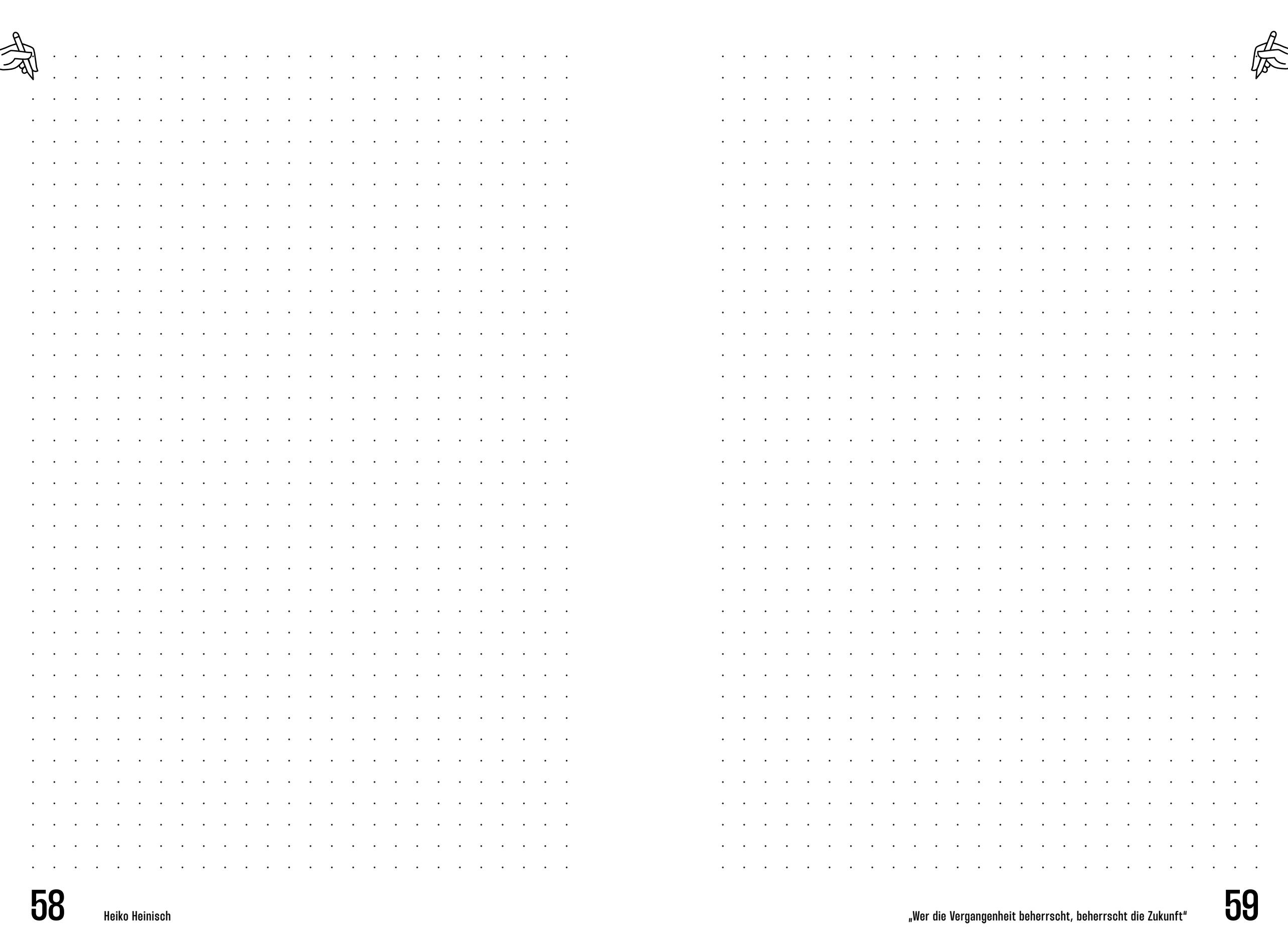
www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/postkoloniale-geschichtsschreibung-wer-die-vergangenheit-beherrscht-beherrscht-die-zukunft



-
- 1** Mbembe, Achille: *On the Postcolony (Studies on the History of Society and Culture)*. Berkeley, 2001, S. 9.
 - 2** Mbembe: *Postcolony*, S. 226 f.
 - 3** do Mar Castro Varela, María/Carolina Tamayo-Rojas: *Den Leviathan zähmen. Indigener Widerstand und koloniale Wissensproduktion in den nördlichen Anden*. In: Aram Ziai: *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld, 2016, S. 377–396, S. 384 f.

Literatur

- B** Brodkorb, Mathias: *Postkoloniale Mythen. Auf den Spuren eines modischen Narrativs*. Springer, 2025.
- M** Mbembe, Achille: *On the Postcolony (Studies on the History of Society and Culture)*. Berkeley, 2001.
- O** Orwell, George: *1984*. Schwäbisch Gmünd, 1950.
- V** Varela, María do Mar Castro/Tamayo Rojas, Carolina: *Den Leviathan zähmen. Indigener Widerstand und koloniale Wissensproduktion in den nördlichen Anden*. In: Aram Ziai (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld, 2016, S. 377–396.



(POST-)SCHULD UND POSTKOLO- NIALISMUS IN DEUTSCHLAND

Dani
Kranz

Polarisierung, Identitätsbildung
und Geschichtsbewusstsein:
Deutsche, jüdisch-israelische
und palästinensische Erinnerungs-
gemeinschaften im Konflikt

Wirklichkeitsverdrehungen, das Ausblenden historischer Fakten und selektive Wahrnehmungen: Dani Kranz macht in Deutschland agnotologisches (Ver-)Schweigen der Vergangenheit und intergenerativer Schuldgefühle in Teilen der herkunftsdeutschen Gesellschaft aus, das durch binäre postkoloniale Blaupausen verstärkt wird. Um der wachsenden Polarisierung wirksam entgegentreten zu können, braucht es eine breite Akzeptanz unangenehmer Fakten und intimer Verstrickungen in der Vergangenheit sowie empirische Forschungen und faktenbasiertes Wissen.

Die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 zeigen, dass Erinnerungsgemeinschaften in Deutschland in Konflikt stehen, insbesondere in Bezug auf Israelis und Palästinenser, was Israelis und Palästinenser in Deutschland, aber auch Juden und Muslime, in besonderer Weise impliziert. Antisemitismus nahm bereits unmittelbar nach diesem Datum drastisch zu, noch vor Beginn der israelischen Militäroperationen im Gazastreifen. Der tief verwurzelte Anti-judaismus und Antisemitismus in Deutschland findet seinen Ausdruck im israelbezogenen Antisemitismus, was man unter dem Sammelbegriff Judäophobie fassen kann. Diese findet sich sowohl in rechten als auch in linken Kreisen sowie in der gesellschaftlichen Mitte und damit in alle politischen Spektren, religiösen Gruppen und sozialen Klassen sowie Bildungsschichten. Häufig bestimmt Ideologie die Parteinahme für Israel oder Palästina, wobei das ohne fundierte Kenntnisse geschieht und zwei monolithische Blöcke konstruiert werden. Diese Dynamik muss vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit betrachtet werden.

Spezifische Interpretationen postkolonialer Theorien bieten einen intellektuellen Rahmen für diejenigen, die versuchen, die historische Schuld für den Holocaust abzulegen und sich in einer Post-Schuld-Gesellschaft zu verorten. Dabei ignorieren sie familiäre Verstrickungen in die NS-Zeit sowie reale Verbindungen zu Juden, Israelis, Muslimen und Palästinensern. Um die Situation zu entschärfen, muss das agnotologische (Ver-)Schweigen, das durch binäre postkoloniale Blaupausen verstärkt wird, durch reflexives Wissen ersetzt werden. Dies erfordert empirische Forschung, wissenschaftliche Begleitung und die Akzeptanz unangenehmer Fakten und familiärer Verstrickungen aus der Vergangenheit.

Die Langzeitfolgen der NS-Zeit, das (Ver-)Schweigen über Geschehnisse in Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika in den 1930er- und 1940er-Jahren sowie die Weigerung, Erinnerungen Anderer in die offizielle deutsche Geschichtsschreibung einzubeziehen, bilden die Grundlage einer historischen Agnotologie. Agnotologie bezeichnet kulturell stabilisierende Ignoranz, die brisante Themen systematisch ausblendet. Dieses (Ver-)Schweigen erstreckt sich auch auf die Wissenschaft. So ist die sozialwissenschaftliche Forschung zur jüdischen Bevölkerung nach 1945 spärlich gesät, ebenso wie Analysen zu den Beziehungen von Juden oder Muslimen in Deutschland zum Thema Israel/Palästina. Gerade diese Gruppen sind jedoch zentral für die deutsche Erinnerungspolitik und Identitätsbildung.

Erinnerungspolitik und Erinnerungskulturen nach 1945

Deutsche Erinnerungskulturen und -politik haben nationale und internationale Aufmerksamkeit erregt. Die Debatten um Israel/Palästina, postkoloniale Theorien und multidirektionale Erinnerung sind Teil anhaltender Auseinandersetzungen. Diese stehen im Kontext einer unvollständigen Debatte über die NS-Vergangenheit. Die erste ethnografische Untersuchung zu Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Anthropologen Harry Robert Lowie (1954) zeigte, dass viele wussten, was geschehen war, aber nicht darüber sprechen wollten. Die Tagebücher des Justizinspektors Friedrich Kellner (1885–1970) dokumentieren diese Verleugnung schon zur Zeit des Nationalsozialismus, bewusstes Übersehen, das in Agnotologie überführt wurde, die sich ab 1945 manifestierte. Der Historikerstreit der 1980er-Jahre drehte sich um die Frage, ob der Holocaust von einer kleinen Nazi-Elite oder mit breiter Unterstützung der Bevölkerung begangen wurde. Hätte man Lowies und Kellners Erkenntnisse sowie Raul Hilbergs Opus Magnum (*The Destruction of the European Jews*, 1961) früher berücksichtigt, wäre dieser Streit vermeidbar gewesen. Strukturelle Widerstände und Verweigerungshaltungen auch innerhalb der Geschichtswissenschaften verstärkten jedoch das (Ver-)Schweigen.

Die Agnotologie manifestierte sich ab 1945 mit Vehemenz. Persönliche Erinnerungen und ihre intergenerative Tradierung konnten jedoch weder durch (Ver-)Schweigen noch durch offizielle



Geschichtsschreibung negiert werden. So fand die Ethnologin Susanne Spülbeck in einem ostdeutschen Dorf in den 1990er-Jahren ein dichtes Netz des Schweigens über verschiedene historische Perioden hinweg, dessen Verschweigensinhalte sich stark von der offiziellen ostdeutschen Geschichtsschreibung unterschieden: Erinnerungskonstellationen unter Deutschen, ob Ost- oder Westdeutsche – ohne Migrationshintergrund –, waren vielfältig. Während ehemalige Nazis den Untergang bedauerten, begrüßten Nazigegner ihn, Opportunisten machten einfach weiter, Städter bauten zerstörte Städte wieder auf, Trümmerfrauen spielten dabei eine Schlüsselrolle, ethnische Deutsche flohen vor der Roten Armee, Juden kamen aus ihren Verstecken und Sinti wurden weiter diskriminiert – und all diese Menschen tradierten persönliche und kollektive Erinnerungen. Diese Heterogenität von deutschen Bevölkerungsgruppen, man könnte sagen *native Germans*, wird oft nicht reflektiert und die Diversität von Erinnerungsgemeinschaften werden Migration zugerechnet. Zweifelsohne bringen Migranten ihre eigenen Erinnerungen mit: Diversität auf sie zuzuspitzen, greift allerdings viel zu kurz.

Ist die Erinnerung an den Holocaust und die Unterstützung Israels wirklich der „deutsche Katechismus“, wie der Historiker A. Dirk Moses argumentiert? Oder handelt es sich für manche um ein Lippenbekenntnis und für andere um eine tief emotionale Investition? Wie fügen sich Migranten nach 1945 in diese Struktur ein? Der Historiker Philipp Lenhard argumentiert, dass sich die derzeitige Debatte des Erinnerungsausschlusses insbesondere um den Ausschluss palästinensischer Erinnerungen dreht, andere ausgeschlossene Gruppen finden weniger Gehör – oder Einschluss. Die Historiker Joël Glasman und Marcia Schenck sowie Gesine Krüger kritisieren den eurozentrischen Fokus der deutschen Geschichtswissenschaft und fordern eine stärkere Einbeziehung nicht europäischer Geschichte, was den Einschluss anderer Erinnerungslandschaften impliziert und diese Anderen zu offiziellen Teilhabern am deutschen Erinnerungsdiskurs macht. Dieser Ausschluss gilt, zweifelsohne, auch in Teilen immer noch für Juden, die vor 1933 in Deutschland lebten und die posthum entweder zu Trägern einer verlorenen Hochkultur oder zu anonymen Opfern reduziert wurden, wodurch ihre realen, facettenreichen Lebenswelten und kulturellen Erben unsichtbar blieben: Erinnerte jüdische Binnenperspektiven der gegenwärtigen Juden werden allzu oft auf die Shoah und Traumata verkürzt. Dieser Ausschluss gilt ebenso für Muslime und Palästinenser, über deren Geschichte und Lebenswelten wenig bekannt ist – wobei

muslimische Erfahrungen heterogen sind und nicht auf die palästinensisches Erfahrung verkürzt werden dürfen. Postkoloniale Studien haben einige Lücken ideologisch gefüllt, doch bleibt die Frage, inwiefern sie dazu beitragen können, die komplexen Erinnerungskonflikte in Deutschland zu lösen, wenn über die Menschen und Kollektive, die verschiedene Erinnerungen tragen, empirisch viel zu wenig bekannt ist und nicht nur migrantische Erinnerungen, sondern auch herkunftsdeutsche unter dem Siegel der Agnotologie verschwiegen werden.

Juden und Israelis im Verhältnis zu Muslimen und Palästinensern im neuen Deutschland

Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 wurde den verbliebenen Juden im Austausch für ihre Präsenz in der öffentlichen Arena etwas symbolische Macht zugestanden: Relevante politische Macht hatten und haben sie nicht, die jüdische Bevölkerung ist hierfür viel zu klein. Die scheinbare Integration von Juden geschah im Rahmen eines Kompromisses mit den USA, die Westdeutschlands Umgang mit den verbliebenen Juden und seine Beziehung zu Israel als entscheidend für die Wiederaufnahme in die zivilisierte Staatengemeinschaft betrachteten. Vor diesem Hintergrund erscheint die These eines deutschen Holocaust- und Israel-verehrenden Katechismus nicht stichhaltig. Bereits 1961 identifizierte der Soziologe Peter Schönbach den sekundären Antisemitismus als wesentlich für die antisemitische Welle 1959/60. Dieser basiert auf Schuldabwehrmechanismen und einer Täter-Opfer-Umkehr. Der Jurist Ronen Steinke beschreibt die Kontinuität von Gewalt gegen Juden nach 1945, die sowohl strukturelle Gewalt als auch tödliche Dimensionen umfasste, anhand mannigfaltiger Beispiele. Oberflächlich betrachtet dienten Philosemitismus und Philozionismus als politische Normen für innen- und außenpolitische Beziehungen, waren jedoch nicht immer von Herzen kommend. Zudem zeigen empirische Studien eine stabile Zustimmung zu antisemitischen Einstellungen und eine wachsende Unbeliebtheit Israels in Deutschland sowie israelbezogenen Antisemitismus als die tragende Variante des Antisemitismus der Gegenwart in der Gesamtgesellschaft.

Über die lebenden Juden ist indes weniger bekannt als über die imaginären, denen Judenfantasien zugrunde liegen. Erst nach der Wiedervereinigung suchte Deutschland nach seinen „verlorenen“ Juden, doch nur bestimmte imaginäre Juden waren gefragt,



die der Stetlromantik oder der deutsch-jüdischen Bourgeoisie vor 1933 entsprachen. Die Mehrheit der in Westdeutschland lebenden Juden waren Nachkommen osteuropäischer *displaced persons*, während ostdeutsche Juden meist deutsche Familienbiografien aus der Zeit vor 1945 hatten. Es waren etwa 30.000 Juden Mitglieder in den Westgemeinden und weniger als 400 in den Ostgemeinden im Jahr der Wiedervereinigung: Juden nach 1945 stellten eine Kleinstgruppe dar. Das deutsche Judentum von vor 1933 war unverlierbar zerstört worden. Die lebenden Juden entsprachen nicht dem erhofften Bild des versöhnenden Juden à la Nathan der Weise und sie forderten Begegnungen auf Augenhöhe sowie die Integration ihrer – meist nicht deutsch-jüdischen – Erinnerungen in die Geschichtsschreibung.

Die jüdische Community wurde noch migrantischer, da zwischen 1990 und 2004 219.604 Personen aus der ehemaligen Sowjetunion als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland migrierten. Die Kategorie Kontingentflüchtling wurde geschaffen, um Juden und ihre Familien aufzunehmen. Israelische Juden kamen ab den 2000er-Jahren in signifikanter Zahl nach Deutschland und hinterfragten etablierte deutsche und jüdische Erinnerungskulturen sehr öffentlich: Auseinandersetzungen mit anderen Juden scheuteten sie nicht. Der Terrorakt vom 7. Oktober 2023 war für Israelis ein mehrfacher Schock: Sie wurden nicht nur als Israelis, sondern als Juden angegriffen und in Deutschland mit israelbezogenem Antisemitismus konfrontiert. Dennoch blieben ihre israelischen Erinnerungsnarrative oft unvereinbar mit denen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und auch anders als die der diasporischen Juden.

Zu Palästinensern in Deutschland gibt es noch weniger empirische Forschung. Schätzungen variieren zwischen 70.000 und 200.000 Palästinensern, die in Deutschland leben. Ein Überblick der Politikwissenschaftlerinnen Katharina Koch und Nora Ragab zeigt, dass auch soziodemografische Merkmale dieser Gruppe kaum erhoben wurden und die Gruppe divers ist. Dass Palästina als souveräner Staat nicht existiert, trägt zur numerischen Unsicherheit bei und schichtet die vorhandene Agnotologie weiter auf, da die deutsche Mehrheitsbevölkerung eine weitere Facette der Langzeitfolgen des nationalsozialistischen Deutschlands übersehen konnte, zumal es ohne die Naziherrschaft zu keinem Genozid an Juden gekommen wäre und mitnichten so viele Juden in den Nahen Osten migriert wären – wobei dieses nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass der Angriff der arabischen Allianz auf

den neugegründeten Staat Israel und die bis heute andauernde regionale Nichtintegration von Palästinensern irrelevant für den andauernden Konflikt sind. Palästinenser, die 1948 flüchteten oder vertrieben wurden, konnten nicht in das entstandene israelische Hoheitsgebiet zurückkehren und erinnern diese Ereignisse als *al-Nakba* (Katastrophe). Der Sechstagekrieg 1967 führte zu weiterer Flucht und Vertreibung (*al-Naksa*, Rückschlag). Die Integration von Palästinensern in Aufnahmeländer im Nahen Osten blieb auch nach 1967 unzureichend, da dies als Anerkennung der *Nakba* und *Naksa* und der dauerhaften Existenz Israels interpretiert worden wäre. Viele palästinensische Siedlungen wurden zu dauerhaften Flüchtlingslagern, die Zugang zu UNRWA-Hilfen gewähren.

Diese kurze Bestandsaufnahme unterstreicht die Heterogenität von Erinnerungsgemeinschaften, jedoch blieben weder deutsche Erinnerungslandschaften noch die offizielle Geschichtsschreibung von israelischen und palästinensischen Narrativen unberührt und es kam in Deutschland an, dass die Erfahrungen der Shoah und der Nakba für Israelis und Palästinenser, für Juden und auch einen Teil der Muslime in Deutschland prägend sind. Grundlegende Unterschiede zwischen diesen Erinnerungsgemeinschaften und ihren Geschichtsschreibungen bestehen und natürlich migrieren diese Erinnerungen mit Israelis und Palästinensern mit. Vor Ort in Deutschland treffen diese Erinnerungen aufeinander – und kollidieren unvermeidlich mit den Erinnerungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Mehr noch, sie fordern die Agnotologie heraus, die die Geschichtsschreibung umgibt und für die Erinnerungen – jeglicher Couleur – eine Herausforderung darstellen.

Die postkoloniale Bewusstwerdung in Deutschland

Die postkoloniale Theorie gewann in der englischsprachigen Wissenschaft ab den 1980er-Jahren an Bedeutung. Wissenschaftler mit postkolonialen Familienbiografien erreichten zunehmend Machtpositionen und konnten nicht länger ignoriert werden. Werke wie *There Ain't No Black in the Union Jack* (1987) und *The Empire Writes Back* (1989) prägten den britischen postkolonialen Diskurs. Ein zentraler Text ist *Orientalism* von Edward Said (1978), der die Projektionen des Okzidents auf den Orient analysiert und den Orient als Produkt des Okzidents konzeptualisiert, jedoch die Gegenprojektion ausspart. Said stammt aus Jerusalem: Ihn interessierte der Orient, andere Theoretiker der postkolonialen



Studien hingegen nicht, sie stellten „ihre“ Region in den Vordergrund, was bedeutet, dass postkoloniale Studien sich nicht per Diktum mit Israel/Palästina befassten, und unterstreicht, dass viel postkoloniale Theorie auf Israel/Palästina nicht anwendbar ist.

Zudem zog postkoloniales Denken in Deutschland mit Verzögerung ein. Der Hauptgrund: Andere gesellschaftliche Themen dominierten. Nach dem frühen Verlust der Kolonien lag der Fokus auf der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. In den 1980er-Jahren fiel der Aufstieg der postkolonialen Theorie in Großbritannien mit dem Historikerstreit in Deutschland zusammen – ein Indikator für divergierende gesellschaftliche Schwerpunkte.

Mit der Etablierung postkolonialer Theorie in Deutschland entfaltete sie erhebliche Wirkung, was auch mit lokaler Agnotologie zusammenhängt. 2020 geriet sie besonders ins öffentliche Bewusstsein, als der kamerunische Philosoph Achille Mbembe von der Ruhrtriennale ausgeladen wurde. Anlass war der Vorwurf des Antisemitismus, den Mbembe bestritt. Der Kern des Streits betraf seine Haltung zu Israel und die vermeintliche Unvereinbarkeit mit der BDS-Resolution des Bundestages (2019). Befürworter der Ausladung sahen in Mbembes Position eine Grenzüberschreitung, während Gegner argumentierten, er repräsentiere eine legitime Perspektive des „globalen Südens“. Die Debatte spiegelt wesentliche Argumentationslinien von Moses' *Katechismus der Deutschen* wider: die Einzigartigkeit des Holocausts, die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Juden und Israel sowie die Verbindung von Antizionismus als eine spezifische Form von Antisemitismus, die im Übrigen in der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung durchaus etabliert ist. Die intergenerationale Weitergabe verdrängter Schuld trug zu anhaltendem Unbehagen in der deutschen Gesellschaft bei, dass sich in der Mbembe-Debatte manifestierte und das seitdem zu einer immer stärkeren Polarisierung führt, in der postkoloniale Theorien gegen Israel angewandt werden. Bemerkenswert ist, dass vor allem die britischen postkolonialen Studien ursprünglich gar kein Interesse an Israel hatten, sie bezogen sich auf Afrika oder die Karibik: Das Wort Israel kommt genau null mal in *There Ain't No Black in the Union Jack* und *The Empire Writes Back* vor, was bedeutet, dass so manche der ursprünglichen Ideen schablonenhaft und unpassend auf Israel – und Israel/Palästina – angewendet werden und das per se ein neues Vokabular und neue Konzepte geschaffen werden müssten, um der Besonderheit der Situation gerecht zu werden.

Postkoloniales Denken, der 7. Oktober 2023 und seine Nachwirkungen

Nach 1945 akzeptierten nur kleine Teile der (west-)deutschen Gesellschaft die von den Alliierten ausgesprochene Kollektivschuld, was zu kollektivem (Ver-)Schweigen führte. Daraus entwickelte sich die Vorstellung kollektiver Unschuld, gestützt durch familiäres (Ver-)Schweigen über NS-Verstrickungen. Dieses Muster erleichterte eine unbewusste Distanzierung von ererbter Schuld, die als Post-Schuld konzipiert werden kann. Sie reflektiert den Wunsch, sich von einer nicht selbst verschuldeten, aber unauflöslichen historischen Schuld – und Last – zu befreien.

Die Reaktionen auf das öffentliche Auftreten von Palästinensern in Deutschland sind eng mit dieser historischen Dimension verknüpft. Der Psychoanalytiker Kurt Grünberg weist darauf hin, dass Parolen wie „Free Palestine from German Guilt“ als Versuch der Befreiung von deutscher Schuld gegenüber Juden und Israel gelesen werden können. Die Logik gilt ebenso für Forderungen wie „End Israel“, die das Ende deutscher Schuld durch das Verschwinden des jüdischen Anderen implizieren würde. Es stellt sich die Frage, ob die Trauer um palästinensische Opfer eine unbewusste Übertragung auf die unbetrauerten – oder unbeträubaren – deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs darstellt. Während die extreme Rechte dies explizit gleichsetzt, ist eine solche Dynamik auch in linken Kreisen möglich, zumal sich nichtverbalisierte Erinnerungen in allen Familien, egal welcher politischen Ausrichtung sie sind, weitergetragen haben. Unbewusste intergenerative Schuld wird tradiert. Das bedeutet wiederum, dass (ver-)schwiegenes Wissen existierte und ein Unbehagen bleibt, das nach dem 7. Oktober 2023 die Oberfläche durchbrach. Unbewusste emotionale Verstrickungen und verkörperte Erinnerungen sind wirkmächtig in persönlichen Positionierungen in den deutschen Israel/Palästina-Debatten.

Diese Zusammenhänge prägen auch den lokalen postkolonialen Diskurs. Postkoloniale Theorie dient in Deutschland mitunter als intellektuelles Werkzeug zur Abwehr von Schuld und der Überleitung in Post-Schuld – ein Phänomen, das auf die Annahme kollektiver Unschuld folgt. Aus dieser Melange ergibt sich eine Übertragung postkolonialer Theorie und lokalspezifischer Deutungsmuster auf Israel/Palästina – oft ohne fundiertes Wissen über die Region, ihre Menschen, Geschichte(n) oder der inhärenten Diversität postkolonialer Theorien. Die schon starke



ideologische Polarisierung verhindert zudem produktive Diskussionen über den Nahostkonflikt und verstärkt weiter Polarisierungen in Deutschland: Es ist nunmehr an der Zeit, dass sozialwissenschaftliche, empirische Forschungen faktenbasiertes Wissen schaffen und meinungs- sowie gefühlsgetriebene Ideologieersetzen – es ist Zeit, sich unbequemen Erbschaften und verschwiegenen Vergangenheiten zu stellen, was mit Theoriegebäuden und dekontextualisierten postkolonialen Deutungsmustern nicht geschehen wird.

Dr. Dani Kranz ist Anthropologin, Forschungskoordinatorin des Tikvah Instituts, Berlin, und erste Vorsitzende von Präsenzen – Netzwerk jüdische Gegenwartsforschung.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/post-schuld-und-postkolonialismus-in-deutschland



FROM REBELLION TO HAMAS: ZUR SYMBIOSE VON „WOKEM“ LINKS- EXTREMISMUS UND ISLAMISMUS

Rudolf
van Hüllen

Antisemitismus, Antiimperialismus
und (Anti-)Rassismus bei der post-
kolonialen Linken

Der Wokismus zeigt Einflüsse extremistischer Ideologien, was der Schulterschluss Postkolonialer mit Islamisten zu bestätigen scheint. Woken Links-extremismus und Islamismus verbinden gemeinsame Freund-Feind-Bilder und eine vollständige Täter-Opfer-Umkehr. Diese „ganz neue Linke“ hat sich von den Ideen der universalen rechtlichen Gleichheit, der Menschenwürde sowie der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verabschiedet – Kritiker beschrieben das als einen Prozess der „Selbstfaschisierung“. Warum man das so sehen kann, erläutert Extremismusforscher Rudolf van Hüllen.

Am 18. Oktober 2023 – elf Tage nach dem Pogrom der Hamas – sitzen ein paar hundert eher junge, äußerlich unauffällige Menschen vor dem Auswärtigen Amt – Außenministerin Annalena Baerbock ist in Israel, um das Land der deutschen Unterstützung zu versichern. Die jungen Menschen skandieren „Free Palestine from German guilt!“ Prangern hier Neonazis oder rechte Geschichtsrevisionisten den „deutschen Schuldskult“ an? Nein, es sind „Linke“, und ihre Botschaft bedarf im Kontext keiner großen Interpretation. Die deutsche Verantwortung für Israels Existenz soll endlich einer klaren Parteinahme für die palästinensischen „Opfer“ weichen: Eine Revision der deutschen Erinnerungskultur zu Shoah und den Verbrechen des Nationalsozialismus wird gefordert.

Von der „Neuen Linken“ zu einer „ganz neuen Linken“: Die „wachsame Identitätsdiskurslinke“

Solcher als Antizionismus verbrämter Antisemitismus ist in der radikalen deutschen Linken nichts Neues. Die sogenannte alte Linke, also die moskauorientierten Kommunisten, wechselten 1967 von proisraelisch auf proarabisch. Abgesehen davon, dass schon die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) starke antisematische Ressentiments pflegten, war das ein Kurswechsel auf Befehl: Die Sowjetunion hatte sich entschlossen, die arabische Seite aufzurüsten, und so mussten die „Bruderparteien“ dem Kurswechsel folgen. Die sogenannte Neue Linke, ein Entmischungsprodukt der APO aus Maoisten, Trotzkisten, undogmatisch-marxistischen Gruppen einerseits und den anarchistischen

Autonomen andererseits, war ohnehin stark antisemitisch. Einer ihrer undogmatischen Aktivisten, Dieter Kunzelmann, hatte schon 1970 die Genossen aufgefordert, den „Judenknacks“ zu überwinden und den „organisierten Kampf gegen die heilige Kuh Israel“ aufzunehmen. Heute sind neben die Reste dieser traditionellen Akteure ganz andere Aktivisten getreten. Sie machen sich auch optisch dadurch deutlich, dass sie auf die traditionellen Feldzeichen, Symbole, Plakate und Transparente verzichten, ohne die ihre Vorgänger niemals auf Demonstrationen gegangen wären. Und ihre Aufmärsche sind kaum verhüllte Pro-Hamas-Kundgebungen, Seite an Seite mit Islamisten, auch wenn nach außen vorgetäuscht wird, es handele sich doch nur um Solidarität mit dem durch israelische „Kriegsverbrechen“, gar durch „Völkermord“, bedrohten „palästinensischen Volk“. Es sind andere Akteure aus einer anderen, jüngeren Generation. Studentisches Ambiente scheint optisch vorzuherrschen. Gibt es also jetzt eine „ganz neue Linke“?

Das ist durchaus so. Ein radikaler Bruch mit bisherigen Normen in radikal linken Weltbildern hatte sich zunächst schleichend vollzogen. Im Oktober 2023 ist er eruptiv deutlich geworden. Schon zuvor hat sich diese „ganz neue Linke“ an den Universitäten zunächst in den USA, dann in Europa ausgetobt; in Frankreich fand man für sie die Bezeichnung *Islamogauchistes*, in Großbritannien *postcolonial left*. Es erwies sich als durchaus schwierig, sie auf einen Begriff zu bringen. In der richtigen Einsicht, dass es sich in der Regel um studierende weiße Mittelschichtjugendliche handelte, wurden sie auch *champagne left* oder *gauche caviar* genannt. Als der Sozialwissenschaft ihre korporatistische, rechtsextremistische Ideologie auffiel, erhielten sie die sperrige Arbeitsbezeichnung „Identitätsdiskurslinke“. Schließlich setzte sich eine Eigenbezeichnung durch: Woke-Linke. Wie jede Selbstbezeichnung bleibt auch diese analytisch problematisch. Das trifft schon auf die gängige Übersetzung zu: „aufgeweckt“, besonders „aufmerksam“, „sensibel“, „wachsam“ – positive Begriffe, aber unbrauchbar zur Beschreibung des Phänomens. Selbst „wachsam“ ist in der politischen Ideengeschichte ambivalent; der Begriff stand im kommunistischen Sprachgebrauch für die Säuberung von abweichenden Gedanken mit dem Ziel der Gleichschaltung. Und tatsächlich trifft die Übersetzung von *wokes* als „Erleuchtete“, mit der „richtigen“ Moral ausgestattete „Durchblicker“ auch präziser die Parallele zu ihren jakobinischen Vorläufern von 1793. Diese kannten wiederum eine noch stärker radikalisierte Variante, die



Enragés, also diejenigen, die wutgetrieben und exterministisch motiviert waren. Und hier, in einem weitgehenden Ersatz der Ratio durch das Gefühl, erkennen wir auch die *wokes*. Ihre kognitiven Defizite werden ergänzt durch die unbeugsame Überzeugung, stets moralisch im Recht zu sein. Mit Jakobinern konnte man nicht diskutieren, mit *wokes* kann man es auch nicht. Sie beschimpfen das Gegenüber als „Rassist“ oder schreien ihm „Free Palestine“ ins Gesicht. Auf Argumente gehen sie nicht ein. Dialektisch lauert in der Nähe eines solch hypertrophen Anspruchs die Gewalt: Sie hat sich nach dem Pogrom der Hamas an US-amerikanischen und europäischen Universitäten bereits in Sympathiebekundungen für die Hamas gezeigt. Wem der Begriff *wokes* die Assoziation eines Politkommissars oder Blockwärts aufruft, liegt demnach nicht falsch.

Woke Angriffe auf Demokratie und Freiheit

Charakteristisch für die *wokes* als „ganz neue Linke“ ist, dass sie jeden Anspruch aufgegeben hat, Erbin der europäischen Aufklärung und des großen Programms der amerikanischen (1776 und 1787) und der Französischen Revolution (1789) zu sein. Sie verachtet alles, was damit zusammenhängt: die Erkenntnis, dass der Mensch als Individuum Verstand hat und zu urteilen versteht, ohne auf ein imaginäres Kollektiv zurückzugreifen, die Überzeugung von einer universalen rechtlichen Gleichheit und Würde von Menschen, die Idee von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gewiss, auch die früheren *Enragés* und die späteren Parteikommunisten, Leninisten, Stalinisten, Maoisten desavouierten durch ihre Praxis den Anspruch auf die reklamierten Ideale. Aber niemals gaben sie ihn derartig offen auf, wie es die woke Linke mit ihren rassistischen Critical Whiteness-Theorien, den geschichtsfälschenden Postcolonial Studies und der impliziten Annäherung an rechtsextreme völkisch-kollektivistische Ideologeme – mit ihnen teilen sie unter anderem die Vorstellung eines Vorrangs ethnischer, ja „rassischer“, Identitäten – und an das islamistische Spektrum samt seinem genozidalen Antisemitismus vollkommen ungeniert vollzieht.

Der Weg dahin führt sie heute an die Seite der Hamas, einer terroristischen antisemitischen Bewegung, die eine gnadenlose religiös motivierte Diktatur im Gazastreifen aufgebaut hat, die eigene Bevölkerung als Schutzsilde benutzt und der Welt mit

der Dystopie eines islamistischen Kalifats droht. Wer sich als „Linker“ mit all dem solidarisieren kann, hat eine Entwicklung durchlaufen, die man am besten mit dem Politikwissenschaftler Clemens Heni als „Selbstfaschisierung“ beschreiben kann. Ein solcher Prozess ist der Schlüssel für den gegenwärtigen Schulterschluss Postkolonialer mit den Islamisten.

Die French Theory: Postmodernismus, Konstruktivismus und Dekonstruktivismus

Der ideologische Treiber heißt French Theory, benannt nach französischen Akademikern wie Michel Foucault, Gilles Deleuze, Félix Guattari oder Jacques Derrida. Was sie eint: Bei allen ist die Frustration über das Scheitern kommunistischer Utopien, manchmal seit dem Volksaufstand in Ungarn 1956, manchmal seit dem Prager Frühling 1968, oft erst nach 1989, nachvollziehbar, und sie führte zur Ausspinnung von Ideologeme, die zunächst über Jahrzehnte Nischenprodukte exotischer Universitätsseminare blieben.

French Theory wurde zum Sammelbegriff für ein krudes Gemisch sozialwissenschaftlicher Ideologeme, die mit dem Anspruch auftreten, eine wissenschaftliche Theorie, bisweilen eine Erkenntnistheorie zu sein. Drei Zutaten des Gemisches sind identifizierbar:

Da ist erstens der Postmodernismus. Seine zentrale These besteht darin, dass die „großen Erzählungen“ der Ideengeschichte wie Rationalismus, Demokratie, Technik, aber auch Wahrheit und Logik in ihrem Universalitätsanspruch gescheitert seien. Als Reaktion wird allen politischen und sozialen Ordnungen Gleichwertigkeit zugesprochen. Islamismus, Schamanismus oder westliche Demokratie hätten demnach sämtlich ihre Berechtigung; die Reichweite ihrer Gültigkeit werde lediglich durch die ihnen zusprechenden Kollektive definiert. Universalistische Werte wie Menschenrechte haben in diesem Konzept keinerlei Verbindlichkeit mehr.

Eine „erkenntnistheoretische“ Weiterentwicklung des Postmodernismus führte zur Theorie des Konstruktivismus. Zu Ende gedacht, bestreitet sie die Fähigkeit objektivierbarer Erkenntnis überhaupt. Denn die Realität werde nur durch die unterschiedlichen Sichtweisen unterschiedlicher Kollektive und Kulturen



geschaffen, existiere aber nicht als objektive Gegebenheit. Logik, Argumente und Beweise werden damit entbehrlich. Hat jemand die Erde nicht als Kugel, sondern als Scheibe „gelesen“, so kann dieser „Diskurs“ bei entsprechender Verbreitung zum „herrschenden“ werden. Und natürlich kann man dann auch Mörder als Freiheitskämpfer „lesen“.

Politisch nutzbar wird dieser Obskurantismus erst durch die Theorie des Dekonstruktivismus als drittes Element. Ihm wird eine Reihe von nicht weiter begründeten Annahmen vorgeschaltet. Zum einen seien die aktuell herrschenden Diskurse diejenigen des „weißen Westens“ und sie würden auf dem für diesen Westen gesetzmäßig und stets vorhandenen Rassismus beruhen. Vor allem in den USA sind die zugeordneten Universitätssparten die Critical Race oder Critical Whiteness Studies. In Frankreich, Großbritannien und anderen früheren Kolonialmächten tritt hingegen der Vorwurf eines permanenten Kolonialismus (Postcolonial Studies) zutage, der sich in einem unüberwindbaren (ausschließlich weißen) „strukturellen Rassismus“ manifestiere. Zum Zweiten wird eine Dichotomie aus Täterkollektiven (*oppressives*) und Opfern (*oppressed*) suggeriert. Die damit erzeugten Freund- und Feindbilder sind im Allgemeinen ziemlich sichere Indikatoren für eine extremistische Ideologie. Und drittens wird Parteinahme gefordert: zugunsten der *oppressed* versteht sich, die essentialistisch immer Opfer sind, ebenso wie die *oppressives* nichts anderes als Täter sein können. Geschichtsforschung und Sozialwissenschaft sind demnach nicht mehr faktenbasierte und ergebnisoffene Prozesse, sondern haben parteiisch und parteilich zu sein – ein Mechanismus, den man noch vom klassischen Marxismus-Leninismus her kennt.

Und nun ist die Schlussfolgerung zwingend: Die ungerechten, weißen, kolonialistischen, rassistischen Herrschaftsdiskurse müssen „dekonstruiert“, die der Opfer an ihre Stelle gesetzt werden. Das erledigen woke Aktivisten, indem sie angeblich rassistische Sprache regulieren, um durch „minderheitensensible“ Gendersprache stets die *oppressed* sichtbar zu machen, Straßen umbenennen, Denkmäler stürzen, Bücher verbrennen etc. etc. Für all das gibt es eher unerfreuliche Vorläufer in der Geschichte. Seinerzeit sollten Mathematik und Physik „entjudent“ werden, heute wird gefordert, sie zu „dekolonialisieren“ und zu „dekonstruieren“.

Suggestion, Obskurantismus und Faktenfreiheit statt evidenzbasierter Wissenschaft

Woker Wahn stellt insofern ein Spitzenprodukt unter den faktengleichen Ideologien dar. Definitionen und Rationalität, Faktenbasierung und intersubjektive Nachvollziehbarkeit, der klassische logische wie experimentelle Beweis, sie alle verdampfen im Nebel rein subjektiver Befindlichkeiten. Politisch umgesetzt hätte man es nicht einmal mit einer klassischen Utopie, sondern eher mit einer Dystopie zu tun, deren Suggestionsbrei sich als Wissenschaftstheorie inszeniert.

Als Selbstfaschisierung des Linksextremismus kann man den Wokismus auch deshalb bezeichnen, weil er die grundlegende programmatische Unterscheidung zwischen klassischem Linksextremismus einerseits und Rechtsextremismus und Islamismus andererseits einebnen: die zumindest dem Anspruch nach existierende Bindung an die europäische Aufklärung. Linke strebten demnach seit 1989 die Emanzipation des Individuums von irrationaler Herrschaft an. Dabei war die Klassenlage nicht notwendig unüberwindbar: Auch ein Kapitalist konnte nach dem Studium von Marx und Engels aus seiner Unwissenheit treten und auf die richtige Seite der Barrikade wechseln. Bei der Woke-Linken ist das vorbei: Der Mensch wird bestimmt durch das Kollektiv, dem er essentiell (durch Gender, sexuelle Orientierung, Ethnie, Religion) angehört. Die Unüberwindbarkeit des Kollektivs ist das eine Element, das nunmehr alle drei Extremismusphänomene miteinander verbindet. Die fehlende Befugnis, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, bildet das zweite. Für die *wokes* bestimmt sich, wie die britischen Sozialwissenschaftler Helen Pluckrose und James Lindsay feststellen, „everything about race, gender and identity“. Bei den Rechtsextremisten erfolgt diese geistige Gefangenschaft über den Sozialdarwinismus, bei den Islamisten über die nicht hinterfragbare Rolle Allahs. Und während die klassische Linke noch auf der materialistisch fundierten sozial-ökonomischen Analyse bestand, in die sich gefälligst keine theologisch-transzendenten Aspekte einzumischen hatten, ist auch das nun vorbei: Mangelnder „Respekt“ vor dem Islam gilt bei *wokes* schlicht als Rassismus.

Funktioniert hat die Selbstfaschisierung der woken Linken allerdings über die Adaption des als Wissenschaft verkauften Obskurantismus der French Theory. Sie gestattet den *wokes* problemlos, selbst rassistisch zu werden. Ibram X. Kendi, einer



ihrer mit Professortitel versehenen Protagonisten, fordert, der Antirassismus der Zukunft müsse ein Rassismus gegen Weiße sein. Pierre-André Taguieff, Verfasser einer Vielzahl von Büchern zur Geschichte des (tatsächlichen) Rassismus und Erfinder des treffenden Etiketts des *Islam-gauchisme*, weiß zu berichten, dass *wokes* in den USA darüber streiten, ab welcher Hautpigmentierung es ein Mensch in den Opferstatus (*Black, Indigenious and People of Color - BIPOC*) schafft. Werden sie demnächst Farbpaletten für *oppressed* und *oppressives* herausgeben?

Und so reicht für die Parteinaahme zugunsten der Hamas der woken Werkzeugkasten allemal aus: „Die Juden“ (alle!) sind Weiße (*racists*), Reiche (*colonials*) und Imperialisten (*oppressors*). Palästinenser (wiederum: alle) sind essentialistisch Opfer, und dafür ist es eben nicht entscheidend, was sie (als Individuen oder Gruppen) tatsächlich tun. Das alles ist selbstverständlich völliger Unsinn, aber auf Fakten, auch evidente oder historische, kommt es ja nicht an. Das übrigens verbindet woken Wahn mit dem klassischen Antisemitismus: Er kommt ohne Begründung und Fakten, gegebenenfalls auch ohne handelnde Juden aus: Das „Gerücht über die Juden“, wie schon Theodor W. Adorno wusste, hat von jeher ausgereicht.

Gemeinsame Grundlagen und Anliegen von woken Linken und Islamisten

Die strategisch vorgehende Muslimbruderschaft mit ihrem palästinensischen Klon, der Hamas, und die fluide, irrationale woken Linke sind keine „Verbündeten“ auf Augenhöhe. Eine Hamas-Versteherin wie die woken Ikone Judith Butler würde als lesbische Person mit jüdischem Hintergrund einen Spaziergang im Gaza-streifen aller Wahrscheinlichkeit nach keine halbe Stunde überleben. Vielmehr nutzt der Islamismus die Tumbheit der *wokes* aus, um über die internationale Blase des woken Aktivismus Punkte in der veröffentlichten Meinung angeblicher westlicher „Eliten“ zu machen. Aber selbst die Hamas hatte wahrscheinlich nicht erwartet, dass eine selbstfaschisierte Linke in dem seit Oktober 2023 evidenten Ausmaß zu einem derartig wirksamen Verstärker ihres Anliegens werden könnte.

Systematisch betrachtet gibt es in den Ideologien von Islamisten und *wokes* ein paar sich gegenseitig stützende Bauelemente, deren Schlussstein der gemeinsame Antisemitismus ist.

Zum einen teilen Islamismus und Linksextremismus die Erfahrung substanzialer Frustration; letzterer spätestens seit 1989, ersterer seit dem Ende des türkischen Kalifats 1923. Die unmittelbare Reaktion war die Gründung der Muslimbruderschaft (MB) 1928, einer teils politisch-legalistisch, teils militärisch-terroristisch arbeitenden Organisation. Ihre personell-familiäre Kontinuität reicht vom Gründer Hassan al-Banna über dessen Sohn Said Ramadan, der das erste Islamische Zentrum in Deutschland installierte, bis zu seinem Enkel, dem „Reformislamisten“ Tariq Ramadan, der als Islamwissenschaftler mit dem Professortitel einer britischen Universität unterwegs ist. Das ist symptomatisch: Da sich Muslimbrüder in der Regel nicht als solche zu erkennen geben, reichen ihre Tentakel bis in die Islamkonferenz des deutschen Innenministeriums, aus der sie erfolgreich sämtliche ihnen nicht genehmen Kräfte entfernen konnten.

Die Ideen der MB inspirierten sowohl Al Quaida als auch Daesh, den „Islamischen Staat“. Man kann sie getrost als die einflussreichste islamistische Formation der Gegenwart bezeichnen. Ihren Antisemitismus musste sie keineswegs – wie etliche philo-islamistische Forscher behaupten – aus dem europäischen Rechtsextremismus importieren. Er war einerseits autochthon im Koran verankert, andererseits wurde er durch den realen Nahostkonflikt befeuert. Zudem gibt es eine historische Verbindung der MB zu den Nationalsozialisten: Der Großmufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, einst regionaler Statthalter der MB, organisierte in den 1930er-Jahren die ersten Pogrome gegen eingewanderte Juden und wusste sich fest an der Seite des „Dritten Reichs“. Legendär ist ein im Bundesarchiv aufbewahrtes Bild von 1941. Es zeigt Großmufti und Führer beim angeregten Gespräch in der Reichskanzlei. Hinsichtlich des Feindbildes war ihre ideologische Kongruenz perfekt. Auch heute würde sich die Hamas keineswegs mit einem *free palestine* begnügen, sondern hat gegenüber den Juden generell genozidiale Absichten. Die Bevölkerung des Gaza-streifens stand kurz nach dem Pogrom des 7. Oktober gemäß den Erhebungen eines palästinensischen Instituts zu 60 Prozent hinter dem Massaker. Straßenszenen zeigen, dass im Gazastreifen die Präsentation ermordeter jüdischer Opfer gefeiert wurde. Und die offensichtliche und von den Tätern selbst dokumentierte Lust, mit der sie gemordet haben, liegt im historischen Maßstab auf der Ebene des Vorgehens der Waffen-SS in Oradour-sur-Glane und Lidice – falls man so etwas überhaupt vergleichen möchte.



Islamismus und woken Linksextremismus verbindet zweitens eine vollständige Täter-Opfer-Umkehr: Terroristen mutieren zu Befreiungskämpfern, militärische Maßnahmen gegen sie zu genozidalen Menschenrechtsverletzungen. Dass dies von der Hamas beabsichtigt war, mag man ihr nachsehen: Strategie und eingebüter Antisemitismus gehen hier Hand in Hand. Dass akademisches Publikum an westlichen Universitäten, das sich für „fortschrittlich“ hält, darin einstimmmt, diskreditiert es wissenschaftlich wie ethisch.

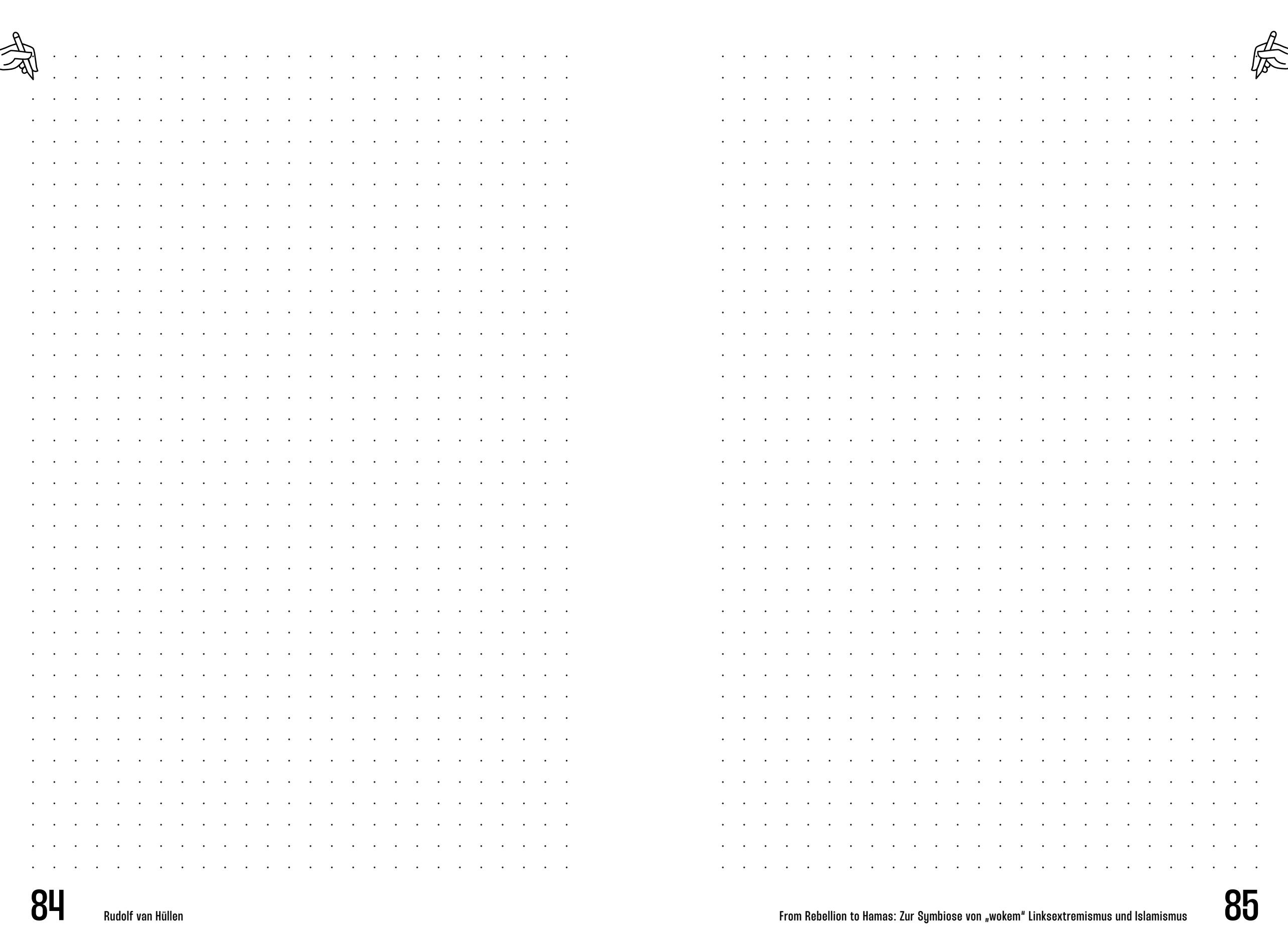
Möglich ist sie geworden durch die vollständige ethische Entkernung der Woke-Linken. Sie geht weit über die selektiven, verlogenen und parteiischen polit-ökonomischen und „antiimperialistischen“ Deutungsmuster des klassischen Linksextremismus hinaus. Hielten deren Deutungsmuster immerhin noch einige Argumente und Fakten vor, über die sich diskutieren ließ, bewegt sich die Ideologie der *wokes* im gänzlich luftleeren Raum ideo-logischer Wahngebilde. Auch darin gleicht der Antisemitismus der *wokes* eins zu eins demjenigen der Rechtsextremisten und der Islamisten. Die neue islamo-gauchistische Allianz gegen die westliche Moderne erlaubt die Aktualisierung eines bekannten Bildes von Hannah Arendt über ein „Bündnis von Mob und Elite“. Die teils formal akademisierten „Eliten“ des woken Linksextremismus begleiten und rechtfertigen dabei die in gewissen Großstädten schon reale Besetzung des öffentlichen Raums durch einen ungeniert antisemitischen und pro-palästinensischen Mob. Und der wiederum erstreckt sich von smarten islamistischen Strategen bis zum rohen Gewaltpotenzial pro-palästinensisch agierender arabischer Clans. Hannah Arendt beschrieb im damaligen, anderen, Kontext ein solches Bündnis als vorläufiges. Auch das stimmt paradoxerweise: Wer in der aktuellen Konstellation der Koch und wer der Kellner sein wird, entscheidet sich nämlich nicht nach den Phantasmen woker Ideologie, sondern ist schlicht und ergreifend eine Machtfrage.

Dr. Rudolf van Hüllen, Politikwissenschaftler und Extremismusforscher, ist Lehrbeauftragter an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/from-rebellion-to-hamas-zur-symbiose-von-wokem-linksextremismus-und-islamismus





„ISLAMOPHOBIE“, „ANTIMUSLIMI- SCHER RASSISMUS“ UND „RASSIS- TISCH-KOLONIALE WESTEN“?

Susanne
Schröter

Eine Analyse der Allianz von Post-
kolonialismus und Islamismus – und
deren Angriff auf die Freiheit

Im Kampf für eine vermeintlich gerechte Welt hat sich eine Allianz von Postkolonialismus und Islamismus gebildet: Sie relativiert Terror, Gewalt und Unterdrückung; sie leugnet historische Fakten und ignoriert signifikante Erfolge beim Kampf um Anerkennung Diskriminierter; sie greift mit konstruierten Vorwürfen wie „Islamophobie“ und „antimuslimischem“ Rassismus die Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit an. Das erschwert den Abbau von realem Rassismus und tatsächlicher Diskriminierung.

Zu den bemerkenswertesten Kuriositäten der Gegenwart gehören Menschen, die mit der Parole „Queers for Palestine“ oder „Gays for Gaza“ auf antiisraelischen Demonstrationen erscheinen. In Gaza herrscht mit der Hamas eine islamistische Miliz, die eine strikt patriarchalische Geschlechterordnung vertritt und homosexuelle Handlungen mit Gefängnisstrafen ahndet. Im Westjordanland ist die Gesetzgebung liberaler, dennoch leiden Homosexuelle unter massiver Diskriminierung, werden mit Gewalt bis hin zum Mord bedroht und fliehen nach Israel, wo sie in Freiheit leben können. Die propalästinensischen Demonstranten möchten dies jedoch nicht gelten lassen und werfen Israel „Pinkwashing“ vor. Die Regierung werbe mit sexuellem Liberalismus, um Kritik an seiner Besatzungspolitik und die Diskriminierung der Palästinenser abzuwehren, heißt es.¹

Zynische Solidarität und widersprüchliche Relativierung von Terror und Gewalt

Das Beispiel zeigt eine absurd anmutende Solidarisierung sexueller Minderheiten mit Gruppierungen, die ihnen intrinsisch feindlich gegenüberstehen bei gleichzeitiger Verurteilung derjenigen, die sie akzeptieren und wertschätzen. Dass es sich bei den Demonstranten keineswegs um Verwirte handelt, die einer selbstgebastelten Irrlehre aufsitzten, wird daran deutlich, dass ähnliche Positionierungen auch von international anerkannten Wissenschaftlern vertreten werden. Eine von ihnen ist Judith Butler, die mit ihrer Monografie *Gender trouble. Feminism and the Subversion of Identity* (1990) den sogenannten Queerfeminismus begründet hat, der die biologische Zweigeschlechtlichkeit als „heteronormatives“ Konstrukt ablehnt.² Wer diese Vorstellungen kritisiert, wird von Butler als transphob verurteilt. Ebenso

beschimpft sie regelmäßig Frauenrechtlerinnen, die die Unterdrückung von Frauen in der islamisch geprägten Welt beanstanden. Zur Vollverschleierung muslimischer Frauen hat sie sich positiv geäußert, weil sie darin eine Abwehrhaltung gegen Zwangsverwestlichung wahrzunehmen glaubt.³ Die islamistischen Milizen Hisbollah und Hamas hält sie für legitime Widerstandsorganisationen, die Massaker des 7. Oktober 2023 hat sie öffentlich relativiert sowie die Vergewaltigung israelischer Frauen bezweifelt. Dass die sich selbst als nicht binär bezeichnende, lesbisch lebende jüdische Feministin unter islamistischer Herrschaft nicht lange überleben würde, scheint ihr nicht bewusst zu sein.

Islamisten als Allianzpartner im Kampf für eine gerechte Welt?

Man könnte hinter dieser kognitiven Dissonanz das Ergebnis eines Lebens im realitätsfernen akademischen Elfenbeinturm vermuten, doch dies reicht nicht aus, um zu verstehen, warum Butler und ihre Adepten so beharrlich ausblenden, dass Islamismus in extremer Weise frauen- und queerfeindlich ist. Es ist daher notwendig, sich mit der Ideologie zu befassen, die diese Wahrnehmungsverzerrung möglich macht. Es handelt sich um die sogenannte postkoloniale Theorie, die wiederum andere populäre linke Theorien wie die Critical Race Theory, die Social Justice Theory oder den Intersektionalen Feminismus einschließt. Obgleich sie kein hermetisch abgeschlossenes Gedankengebäude darstellt, lassen sich Grundmerkmale identifizieren, die dazu geführt haben, dass Islamisten zu Allianzpartnern beim Kampf für eine gerechte Welt stilisiert werden und jegliche Kritik als islamophob oder gar als rassistisch abgewehrt wird.

Die postkoloniale Theorie basiert im Wesentlichen auf einem binären Weltbild, in dem die Täter- und Opferpositionen klar verteilt sind. Vereinfacht geht es um den „Westen“ als Täter und den sogenannten globalen Süden als Opfer. Für die Kategorisierung spielen aber nicht nur Weltregionen, sondern auch Hautfarben, Ethnien, Kulturen, sexuelle Identitäten und Religionen eine Rolle. Attribute wie weiß, männlich, christlich und heterosexuell werden zur Täterschreibung herangezogen, während Opfer weiblich, muslimisch, nicht weiß, homo- oder transsexuell sind. Wer einer Minderheit angehört, gilt als prädestiniert für einen Opferstatus, wer zur Mehrheitsgesellschaft gehört, wird als potenzieller Täter markiert.



Von der antikolonialen zur postkolonialen Theorie

Die Ursprünge des Postkolonialismus liegen in der antikolonialen Theorie, dem akademischen Überbau der antikolonialen Bewegung. Hier war die Ablehnung des Westens konstitutiv. Dennoch studierten und lehrten viele Menschen aus den Kolonien, die später als wegweisende Theoretiker rezipiert wurden, in westlichen Ländern, die dadurch zu Zentren antikolonialer und – nach dem Ende des Kolonialismus – auch postkolonialer Theoriebildung wurden. Etliche der antikolonialen Führungspersönlichkeiten wurden von der Sowjetunion, die sich trotz ihrer eigenen kolonialen Operationen in Sibirien und in Zentralasien als antikoloniale Macht präsentierte, in die Komintern integriert. Antikoloniales Gedankengut verband sich unter ihrem Einfluss mit antikapitalistischen Ideen und viele der antikolonialen Denker agierten folgerichtig innerhalb einer kommunistischen Logik. Dies betrifft beispielsweise die auf Martinique geborenen Autoren Aimé Césaire (1913–2008) und Frantz Fanon (1925–1961), deren Werke innerhalb der westlichen Linken enthusiastisch rezipiert wurden. Der französische Intellektuelle Jean-Paul Sartre verfasste ein Vorwort zu Fanons wegweisender Monografie *Die Verdammten dieser Erde* (1961), die bereits im Titel Bezug auf die Internationale, die Hymne der internationalen sozialistischen Bewegung, nahm. Sartre war fasziniert von Fanons Ausführungen zu revolutionärer Gewalt, die er als entgiftend und egalisierend feierte. Europäer müssten von Subjekten zu Objekten der Geschichte werden, selbst einen „Eingeborenenstatus“ erhalten, gedemütigt und krank vor Angst sein, schrieb er. Dies sei die Katharsis, aus der eine neue Welt entstehe.⁴

Sartre gehörte zu den westlichen Intellektuellen, die der eigenen Gesellschaft in nahezu schizophrener Ambivalenz gegenüberstanden. Auf der einen Seite genoss er die zahlreichen Vorteile eines freien Lebens, das ihm nur die urbane französische Gesellschaft bieten konnte, auf der anderen Seite erhoffte er ihren Niedergang und romantisierte antiwestliche Strömungen. Selbst die Errichtung der islamistischen Diktatur im Iran, die der 1978 aus seinem Pariser Exil angereiste Ayatollah Khomeini errichtete, fand anfangs noch seine Zustimmung. Damit war er nicht allein. Auch Michel Foucault, der selbst bekennend homosexuell lebte und den Iran 1978 bereiste, äußerte sich ausnehmend positiv über die „politische Spiritualität“ der Bevölkerung, die vom

Wunsch nach einem islamischen Staat beseelt war. Foucault war von Ernst Bloch beeinflusst, der religiös-politische Bewegungen als Hoffnungen der ersehnten revolutionären Umwälzungen interpretierte.⁵ Die Ernüchterung kam, nachdem Khomeini begann, iranische Kommunisten zu verfolgen, doch innerhalb der globalen Linken blieb die Romantisierung des Islamismus als Partner im Kampf gegen den „westlichen Imperialismus“ bestehen.

Antiimperialistisch und antikolonial: Mit dem Islam im Widerstand gegen eine politische und kulturelle westliche Dominanz

Innerhalb der islamischen Welt bestand dafür ein Resonanzraum. Im Iran war es der Schriftsteller Jalal Al-e Ahmad (1923–1969), der den Islam zur wichtigsten Quelle des Widerstands gegen eine politische und kulturelle westliche Dominanz erklärte. Sein Buch *Gharbzadegi* (1982), der persische Begriff lässt sich am besten mit „Vergiftung durch den Westen“ übersetzen, findet bis heute in der internationalen akademischen Welt weiten Anklang.⁶ Eskandar Sadeghi-Boroujerdi von der London University schrieb in einem wissenschaftlichen Aufsatz, das Werk biete wichtige Einblicke in die räuberische Form des kolonialen Kapitalismus und der darauf beruhenden Weltökonomie.⁷ Khalil Mahmoodi von der Islamic Azad University und Esmaeil Zeiny Jelodar von der University Kebangsaan Malaysia betonten vor allem die Korrumperbarkeit nichtwestlicher Intellektueller durch westlich-imperiale Ideologien.⁸ Jalal Al-e Ahmad ist ein Beispiel unter vielen Autoren Asiens und Afrikas, die sich vom politischen Islam eine Stärkung des antikolonialen beziehungsweise antiimperialistischen Widerstands erhofften. Dafür gab es durchaus gute Gründe, denn von Indonesien bis nach Ägypten waren muslimische Organisationen oft die zentralen Treiber dieses Widerstands. Islamistische Vordenker wie Abu Al'a Maududi (1903–1979) und Hasan al-Banna (1906–1949) legten detaillierte Konzepte für postkoloniale normative Ordnungen vor, die sie allesamt nur in islamischen Staaten verwirklicht sehen wollten. Bis auf den heutigen Tag berufen sich auch islamische Extremisten in Deutschland auf antikoloniale Erzählungen. Eine von ihnen ist die Gruppe „Generation Islam“, die durch spektakuläre Demonstrationen für ein Kalifat im Nahen Osten Aufmerksamkeit erregte.



Edward Saids Orientalismusthese

Postkoloniale Theoretiker äußern sich gewöhnlich nicht zu solchen Zukunftsszenarien in der islamischen Welt, was auch daran liegt, dass sie sich in erster Linie mit dem Westen befassen und ihre Wirkungsstätten westliche Universitäten sind. Einer von ihnen war der palästinensisch-stämmige Literaturwissenschaftler Edward E. Said (1935–2003), der eine atemberaubende Karriere in den wichtigsten Eliteuniversitäten der USA absolvierte und 1978 eine Monografie mit dem Titel *Orientalism* verfasste. Die darin vertretene These war schlicht: Der Westen projiziere die Negation seines eigenen überhöhten Selbst auf den Orient, werte letzteren damit ab und nutze diese Abwertung, um Kolonialismus und Imperialismus zu rechtfertigen. Der Orientalismus, so schreibt er, sei „ein westlicher Stil, den Orient zu beherrschen und zu unterdrücken“.⁹ Obgleich der Islam nur am Rande behandelt wurde und Said später bedauerte, dass sich Islamisten auf ihn beriefen, wurde die Publikation vornehmlich für die Konstruktion eines Narrativs verwendet, bei der Muslime als globale Opfer eines Westens verstanden wurden.

Die große Opfererzählung: Europäischer Kolonialismus und die Ausblendung muslimischen Sklavenhandels

In Deutschland wurde diese Opfererzählung unter anderem von der Berliner Rassismusforscherin Iman Attia zu einer groß angelegten Neuinterpretation der Weltgeschichte ausbuchstabiert, die in eine Periode vor und eine Periode nach der europäischen Kolonisation unterteilt wird. Als Schicksalsdatum eines Prozesses der Unterwerfung der Welt unter den Westen nennt sie das Jahr 1492, in dem Kolumbus den amerikanischen Kontinent erreichte.¹⁰ Mit dieser Interpretation befindet sie sich im Mainstream des postkolonialen Diskurses. Der Umstand, dass europäische Länder ab dem 15. Jahrhundert außereuropäische Herrschaftsräume errichteten, wird als ultimativer Wendepunkt der Weltgeschichte zum Negativen gedeutet. Dass nahezu zeitgleich die kriegerische Expansion der Osmanen in den Okzident hinein stattfand, wird dabei ebenso ausgeblendet wie die Eroberungen islamischer Führer seit dem 7. Jahrhundert, die zur Besetzung weiter Teile Südeuropas führten. Dem westlichen Kolonialismus werden darüber hinaus, streng nach Saids Vorgabe, besonders negative Attribute zugeschrieben. Dazu gehören an erster Stelle Rassismus, aber

auch die Praxis der Sklaverei. Empirisch betrachtet sind beide allerdings kein Alleinstellungsmerkmal des Westens. Anders als von postkolonialen Autoren suggeriert, so der Historiker Egon Flaig, sei der muslimische Sklavenhandel das größte und langlebigste Sklavensystem der Welt gewesen. Auch waren es europäische Staaten, die die Sklaverei schließlich abschafften.¹¹ In der postkolonialen Theorie werden solche Befunde allerdings ebenso wenig zur Kenntnis genommen wie Liberalisierungen innerhalb der westlichen Welt. Minderheiten haben im Verlauf des 20. und 21. Jahrhunderts signifikante Erfolge beim Kampf um Anerkennung erzielt, und Diskriminierungen werden von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Dennoch beharrt die postkoloniale Theorie darauf, dass die rassistisch-koloniale Prägung innerhalb westlicher Gesellschaften ungebrochen anhält und geht sogar so weit, einen an die weiße Hautfarbe gebundenen intrinsischen und damit auch unüberwindbaren Rassismus zu behaupten.¹² Den stets weißen Tätern stehen dabei die sogenannten *People of Color* gegenüber, zu denen auch Muslime gezählt werden.

Die Konjunktur von vermeintlicher „Islamophobie“ und „antimuslimischem Rassismus“

Wichtiger noch für die Viktimisierung der Muslime als diese fragwürdige Rassismuskonstruktion ist ein auf den britischen Soziologen Stuart Hall zurückgehender Ansatz, der auf die Kategorie „Kultur“ zielt und als „Kulturalisierung des Rassismus“ oder „Rassismus ohne Rassen“ bekannt wurde.¹³ Gemeint ist, dass Menschen nichtwestlicher Gesellschaften aufgrund ihrer kulturellen oder religiösen Traditionen negative Eigenschaften zugeschrieben werden, die sie als minderwertig stigmatisieren. Hall bezog sich auf nichtwestliche Migranten in westlichen Gesellschaften, die – in Anlehnung an Said – das Andere der dominanten westlichen Kultur darstellten. Dabei hatte er nicht nur Muslime im Blick. Dass Halls These dennoch primär herangezogen wird, um Muslime als priorisierte Andere des Westens zu definieren, geht auf gut organisierte muslimische Interessensverbände sowie die große Anzahl muslimischer Wissenschaftler in Großbritannien zurück, die im Rahmen wissenschaftlicher Kooperationen aus islamischen Ländern finanziert werden. Ein Beispiel ist die Stiftungsprofessur für Islamwissenschaften an der Oxford University, die mit Unterstützung Katars für Tariq Ramadhan, den Enkel des Muslimbruderschaftgründers, eingerichtet wurde.



Monetäre Einflussnahmen, unter anderem durch Katar, lassen sich auch für die USA nachweisen. Das spiegelt sich unübersehbar in Forschungsprojekten wider. Seit den 1990er-Jahren haben in angelsächsischen Hochschulen Arbeiten Konjunktur, die sich mit „Islamophobie“ oder „antimuslimischem Rassismus“ beschäftigen. Beide Begriffe sind denkbar vage. Der britische Runnymede Trust veröffentlichte 1997 ein Papier, das Generalisierungen des Islam oder die Idee eines *Clash of Civilizations*, wie sie der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington entwickelt hatte,¹⁴ als islamophobisch charakterisierte.¹⁵ Islamophobisch sei es weiterhin, negative Phänomene mit dem Islam in Verbindung zu bringen. Zu den erstgenannten Kriterien ist zu sagen, dass auch Muslime mit großer Selbstverständlichkeit von einer „wahren“ Religion ausgehen und zudem der Ansicht sind, dass sich Muslime und der Westen in einem Kampf der Kulturen befinden. Das dritte Kriterium wird gewöhnlich genutzt, um Kritik an Muslimen oder dem Islam als islamophobisch abzuwehren. In Deutschland findet es sich in dem 2023 erschienen Bericht einer „Unabhängigen Expertenkommission Muslimfeindlichkeit“, der vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) herausgegeben wurde. Muslime würden zu häufig mit Gewalt und Rückständigkeit assoziiert, liest man dort, ihnen würden patriarchalische Geschlechterverhältnisse und mangelnde Integrationsbereitschaft unterstellt. Die (falschen) Zuschreibungen seien in den als rassistisch klassifizierten Strukturen der Gesellschaft verankert. Als Maßnahmen gegen diesen „antimuslimischen Rassismus“ empfahlen die Autoren Zensur- und Kontrolleinrichtungen im Bildungs- und Kulturbereich und in den Medien.¹⁶

International unter Druck: Islamistische Angriffe auf die Presse-, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit

Ein anderes Beispiel ist der *European Islamophobia Report*, der seit 2015 von Farid Hafez und Enes Bayrakli herausgegeben wird. Er stellt ein Register von Personen dar, die als islamophobisch bezeichnet werden. In der Ausgabe des Jahres 2018 löste er internationalen Protest aus, weil neben islamfeindlichen Rechtsextremen auch liberale Muslime wie die deutsche Anwältin Seyran Ates und Mitglieder der türkischen Opposition aufgelistet wurden. Dass der Bericht in Zusammenarbeit mit der Erdogan-nahen SETA-Stiftung herausgegeben wurde, zeigte, welche Interessen mit dem Report vertreten wurden. Der türkische Präsident ist bekannt dafür, dem Westen Islamophobie vorzuwerfen

und Muslime zu einem gemeinsamen Vorgehen dagegen aufzurufen. Ähnliches gilt für die iranische Führung und die „Organisation der Islamischen Kooperation“, der 57 islamische Staaten angehören. In einem ihrer Berichte heißt es, Islamophobie umfasst auch die Beleidigung heiliger islamischer Symbole und verehrter Persönlichkeiten.¹⁷ Auf dieser Grundlage lässt sich problemlos Gewalt gegen Personen rechtfertigen, die angeblich den Islam beleidigen. Tatsächlich wurden die Fatwa gegen Salman Rushdie, die Bedrohungen des dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard, der Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* und die Ermordung des Lehrers Samuel Paty sowohl von Islamisten als auch von Vertretern der politischen Linken mit dem Verweis auf die Islamfeindlichkeit der Betroffenen entschuldigt. Der französische Philosoph Pascal Bruckner schreibt dazu, dass Linke und Islamisten vom gleichen Geist der Abrechnung mit dem bestehenden System beseelt seien.¹⁸ In den USA dominierten Rechtfertigungen des Islamismus bereits nach den Anschlägen des 11. September 2001 den politischen Diskurs innerhalb der akademischen Linken. Die Gewalt der Dschihadisten wurde dabei als Folge westlicher Dominanz interpretiert.¹⁹

In westlichen Universitäten gelten Muslime mittlerweile als besonders vulnerable und daher schützenswerte Gruppe. Dozenten sind gehalten, darauf zu achten, dass sie sich wohlfühlen und keinesfalls – auch nicht unabsichtlich – beleidigt werden. Die Kunsthistorikerin Erika Lopez Prater erlebte an der Hamline University in Minnesota, dass Verstöße gegen diese Regel zu ernsten disziplinarischen Konsequenzen führen können. Sie hatte in einer Vorlesungsreihe zur globalen Kunstgeschichte persische Miniaturen gezeigt, die Mohammed abbildeten, ihren Studenten jedoch die Teilnahme freigestellt. Eine nicht anwesende muslimische Studentin reklamierte daraufhin dennoch eine Beleidigung ihrer Religion und entfachte eine über die Hochschule hinausgehende Kampagne gegen die Professorin. Nachdem diese öffentlich als Islamfeindin verurteilt worden war, kündigte die Hochschulleitung ihr Arbeitsverhältnis. Solche Beispiele schüren Angst und führen zu Vermeidungshaltungen. Themen, die von Muslimen abgelehnt werden könnten, werden kaum noch erforscht. Dazu gehören islamischer Extremismus, Gewalt in muslimischen Communitys, Clankriminalität oder muslimischer Antisemitismus. Selbst an den Genderlehrstühlen schweigt man über islamisch begründete Frauenfeindlichkeit, häusliche Gewalt im Namen der Ehre und erzwungene Ehen. Stattdessen füllen Monografien die Bücherregale, in denen Kopftücher, Gesichtsschleier und blickdichte



bodenlange Stoffe als Zeichen des weiblichen „Empowerments“ gefeiert werden. Das Kopftuchverbot in der vormals laizistischen Türkei oder in Frankreich gilt postkolonialen Feministinnen als Zeichen der Islamophobie.

Identitätspolitik mit Opferhierarchisierungen

Die Ursache für diese Ausblendung von Frauenrechtsverletzungen liegt in den Anfängen des Feminismus der 1960er-Jahre. Damals monierten schwarze Frauen in den USA die zentrale Kampflinie „Männer versus Frauen“ und bezichtigten weiße Feministinnen, aufgrund ihrer Hautfarbe auf der Seite der Unterdrücker zu stehen. Um eine Spaltung zu verhindern, wurden die Kategorien *race* und *class*, später auch Religion (Islam) und sexuelle Orientierung in die Liste der Unterdrückungsmerkmale aufgenommen. Unter dem Einfluss der Critical Race Theory und des Postkolonialismus wurde Feminismus intersektional.²⁰ Der Begriff bezeichnet die Idee einer hierarchischen Staffelung von Diskriminierungen, wobei eine Addition von Diskriminierungsmarkern das Gesamtergebnis verstärken soll. Eine schwarze Frau oder eine Muslimin ist dieser Logik zufolge stärker diskriminiert als eine weiße Frau, eine schwarze Muslimin ist unterdrückter als eine weiße Muslimin. Diskriminierungen gelten im Umkehrschluss aber auch als Ausgangspunkte von Widerstand und man nimmt an, dass diskriminierte Gruppen erfolgreicher sind, wenn sie sich zusammenschließen. Und dabei kommt wieder die Parole „Queers for Palestine“ ins Spiel. Postkoloniale Akteure wissen durchaus, dass Menschen unterdrückt werden, die sich in Gaza einer islamistischen Gendernorm verweigern, doch sie gehen davon aus, dass der Aktivismus der queeren Bewegung und der palästinensische Kampf gegen Israel letztendlich ein gemeinsames Ziel haben.²¹ Ein Sieg über den gemeinsamen Feind, den heteronormativ und rassistisch geprägten Westen, würde letztendlich, so die Utopie, zu einer allgemeinen Befreiung aller Unterdrückten führen.

Prof. Dr. Susanne Schröter ist Ethnologin und Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI) an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorstandsmitglied des Deutschen Orient-Instituts und Mitglied im Senat der Deutschen Nationalstiftung.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/postkolonialismus-islamophobie-antimuslimischer-rassismus-und-rassistisch-kolonialer-westen



-
- 1 <https://forgeorganizing.org/article/pinkwashing-101-how-israel-turned-gay-pride-occasion-oppression/>.
 - 2 Vgl. Butler, Judith: *Gender trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. London: Routledge, 1990.
 - 3 Vgl. Butler, Judith: *Krieg und Affekt*. Zürich: Diaphanes, 2009.
 - 4 Vgl. Fanon, Frantz: *Schwarze Haut, weiße Masken*. Frankfurt: Suhrkamp, 1980, S. 26. Zu Frantz Fanon als Geburtshefter des Postkolonialismus und der Legitimation von Gewalt als politisches Mittel vgl. auch Pines, Sarah: *Dekolonialisierung und Gewalt: Postkoloniale Studien in den USA*. Konrad-Adenauer-Stiftung, 4. Februar 2025, <https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/dekolonialisierung-gewalt-postkolonialismus-postkoloniale-studien-usa-frantz-fanon> (letzter Abruf: 05.02.2025).
 - 5 Vgl. Sarasin, Philipp: *Zeitenwende. Michel Foucault und die iranische Revolution*. Universität Zürich, 2019, https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/171230/1/sarasin_zeitenwende_michel_foucault_iranische_revolution_2019.pdf (letzter Abruf: 27.01.2025).
 - 6 Al-e Ahmad, Jalal: *Occidentosis. A plague from the West*. Berkeley: Mizan Press, 1984.
 - 7 Sadeghi-Boroujerdi, Eskandar: *Gharzadegi, colonial capitalism and the racial state in Iran*. In: *Postcolonial Studies* 24 (2), 2021, S. 173–194.
 - 8 Mahmoodi, Khalil/Zeyn Jelodar, Esmaeil: *Orientalized from within. Modernity and modern anti-imperial Iranian intellectual Gharbzadegi and the roots of mental wretchedness*. In: *Asian Culture and History* 3 (2), 2011, S. 19–28.
 - 9 Vgl. Said, Edward W.: *Orientalismus*. Frankfurt: Fischer, 2009, S. 11.



- 10 Attia, Iman: Unzumutbare Koexistenz. Rassialisierungsprozesse von Muslimen und Musliminnen in historischer Perspektive. In: Bülent Ucar, Wassilis Kassis (Hg.): Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2016, S. 125–140.
- 11 Vgl. Flaig, Egon: Weltgeschichte der Sklaverei. München: Beck, 2018, S. 199.
- 12 Vgl. DiAngelo, Robin: White fragility. Why it's so hard for white people to talk about racism. Boston: Beacon Press, 2018.
- 13 Hall, Stuart: Ideologie, Kultur, Rassismus. Hamburg: Argument Verlag, 2018.
- 14 Vgl. Huntington, Samuel: The clash of civilizations and the remaking of world order. New York: Simon and Schuster, 1996.
- 15 Vgl. <https://www.runnymedetrust.org/publications/islamophobia-a-challenge-for-us-all> (letzter Abruf: 06.02.2025).
- 16 Vgl. Unabhängige Expertenkommission Muslimfeindlichkeit: Muslimfeindlichkeit. Eine deutsche Bilanz. Berlin: BMI, 2023, S. 12.
- 17 Vgl. https://www.oic-oci.org/upload/islamophobia/2022/14th_Annual_Report_on_Islamophobia_March_2022_r2.pdf (letzter Abruf: 06.02.2025).
- 18 Vgl. Bruckner, Pascal: Der eingebildete Rassismus. Islamophobie und Schuld. Berlin: Klaus Bittermann, Edition Tiamat, 2020, S. 81.
- 19 Vgl. Calhoun, Craig et al.: Understanding September 11. New York: New Press, 2002.
- 20 Vgl. Crenshaw, Kimberlé: Demarginalizing the intersection of race and sex. A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. In: University of Chicago Legal Forum (1989) 1, 1989, S. 138–167.
- 21 Vgl. Atshan, Sa'ed: Queer Palestine and the empire of critique. Stanford: Stanford University Press, 2020.

KAPITALISMUS UND KOLONIALE EXPANSION

Werner
Plumpe

Die Ursachen der *Great Divergence*
aus wirtschaftshistorischer Sicht

Hat die koloniale Ausbeutung von Ländern und Kontinenten den wirtschaftlichen und damit auch politischen Erfolg des Westens erst ermöglicht? Ergibt sich daraus eine historische Schuld, die es wiedergutzumachen gilt? Die Ergebnisse der wirtschaftshistorischen Forschung liefern hierzu keine eindeutigen Antworten. De facto profitierten die Kolonialmächte nur partiell, während die koloniale Eroberung gleichzeitig hohe Kosten verursachte. Die These, dass der Kapitalismus die Triebkraft des Kolonialismus gewesen sei, erweist sich als bloße Behauptung. Tatsächlich war es die überlegene Wettbewerbsfähigkeit des kapitalistischen Modells, die den Aufstieg der westlichen Volkswirtschaften ermöglichte.

Der Aufstieg der okzidentalen Wirtschaften seit dem 18. Jahrhundert wird in den letzten Jahren weniger als eine Eigenleistung der dortigen Volkswirtschaften, sondern als das Ergebnis erzwungener Ungleichheit begriffen, von der die eine Seite, der „globale Norden“, ebenso profitierte, wie sie zum Elend des heute so genannten globalen Südens beigetragen habe. Die Fakten sind wenig strittig. Die europäische Expansion seit dem 16. Jahrhundert führte zur Durchsetzung kolonialer Strukturen zunächst in den beiden neu entdeckten Teilen Amerikas, zur kolonialen Beherrschung des Handels im Indischen Ozean, zur ungleichen Einbindung der asiatischen Territorien in eine zunehmend europäisch dominierte Weltwirtschaft, zur Entstehung und Etablierung von auf Sklavenarbeit beruhenden Plantagenwirtschaften in der Karibik und Teilen Mittelamerikas, schließlich zum von der Sklaverei erst ermöglichten Aufstieg der Baumwollproduktion im südlichen Nordamerika. Die koloniale „Erschließung“ Afrikas erfolgte zwar erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ergänzte aber die vorherigen Entwicklungen und radikalierte sie.

Ökonomischer Aufstieg Westeuropas und Nordamerikas

Parallel zu dieser „kolonialen“ Durchdringung der Welt, die nicht selten gewaltsam verlief, änderten sich nach und nach die weltwirtschaftlichen Strukturen und Gewichte. Europa war lange Zeit zwar nicht unbedeutend, aber keineswegs dominant und die europäischen Siedlerkolonien in Amerika und Australien waren

faktisch bedeutungslos; die Zentren der globalen gewerblichen und Agrarproduktion lagen vor allem in Süd- und Ostasien. Während sich in den indischen Territorien das Textilgewerbe entfaltet hatte, war China der Hauptproduzent zahlreicher gewerblicher Güter, die auch in Europa überaus beliebt waren, wie etwa Seide oder Porzellan. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Verhältnisse faktisch auf den Kopf gestellt. Indien und China waren wirtschaftlich weit abgeschlagen, faktisch bedeutungslos, während Westeuropa und Nordamerika einen fast unglaublichen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt hatten. Allein auf Großbritannien entfiel um 1850 etwa die Hälfte der globalen gewerblichen Produktion; andere Volkswirtschaften, wie die amerikanische und die deutsche, standen in den Startlöchern, um die sich nach und nach abzeichnende große Kluft in der Entwicklung zwischen Nord und Süd unüberbrückbar werden zu lassen. In der wirtschaftshistorischen Forschung spricht man etwa seit der Jahrtausendwende von der *Great Divergence*, die die Weltwirtschaft schließlich für lange Zeit in den eher reichen Norden und den eher armen Süden nicht nur trennte, sondern in dieser Asymmetrie geradezu betonierte.

So wenig strittig die Fakten nun sind, so schwer ist ihre Einordnung und Interpretation, denn hinter dem nach außen sehr homogen und eindeutig wirkenden ersten Eindruck verbirgt sich eine in zeitlicher und regionaler Hinsicht überaus heterogene Welt. Die *Great Divergence* war das Ende, das Ergebnis eines Strukturwandels, den sie naheliegenderweise nicht selbst erklären kann. Es waren auch keineswegs alle Staaten und Territorien, die sich kolonial betätigten, später wirtschaftlich erfolgreich. Die größte und – gemessen an den Silberimporten aus Bolivien – auch erfolgreichste Kolonialmacht, Spanien, versank schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in wirtschaftlicher Stagnation, aus der sie sich jahrhundertelang nicht befreien konnte. Die deutschen Territorien hatten an der Kolonialexpansion Europas lange keinen und erst spät, nach der Reichsgründung von 1871, einen relativ kleinen Anteil, wiesen in Europa aber im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die mit Abstand größte ökonomische Dynamik auf, derweil gemessen klassische Kolonialländer wie Großbritannien und die Niederlande sukzessive zurückfielen. Dass die arabischen Territorien von der überaus alten und umfassenden Nutzung afrikanischer Sklavenarbeit einen entscheidenden wirtschaftlichen Vorteil gehabt hätten, wird man ebenfalls kaum behaupten wollen. Die koloniale Vormacht des 17. Jahrhunderts, die Niederlande, zogen zweifellos erhebliche Gewinne aus der kolonialen



Durchdringung Südostasiens und aus dem großen Anteil am atlantischen Sklavenhandel; ebenso profitierte das kleine Land von den wirtschaftlichen Erträgen eines Handels, der zumindest in Südostasien nur selten als gerecht und gleich zu bezeichnen ist. Aber vom gesamten Außenhandel der Niederlande waren das bestenfalls 20 Prozent; der Reichtum des Landes verdankte sich vor allem der starken Stellung der niederländischen Handelsflotte im Ost- und Nordseehandel, der sogenannten *moedercommercie*, deren Umfang alle anderen Handelsbeziehungen weit in den Schatten stellte.

Vorrangstellung des Britischen Empires

Bleiben noch die beiden europäischen Hauptkolonialmächte Großbritannien und Frankreich, von denen vor allem Großbritannien und sein wirtschaftlicher Aufstieg seit der Mitte des 18. Jahrhunderts heute im Zentrum des Interesses stehen. Denn anders als Frankreich – noch im 18. Jahrhundert die wirtschaftlich wohl bedeutendste GröÙe Westeuropas, danach allerdings ökonomisch für lange Zeit wenig dynamisch und daher kein Beleg für die These von den Erträgen der Kolonialwirtschaft – war Großbritannien wirtschaftlich überaus erfolgreich, ja das Britische Empire schien im 19. Jahrhundert den Fortschritt der menschlichen Zivilisation schlechthin zu verkörpern, etwas, das die Elite der britischen Weltmacht auch selbstbewusst für sich in Anspruch nahm. Großbritannien ist daher naheliegenderweise der scheinbar beste Beweis für die unterstellten Zusammenhänge, wohingegen Frankreich sich hier letztlich nicht eignet, weil es eben nicht belegt, was unterstellt wird. Nur: Selbst, wenn Großbritanniens wirtschaftlicher Aufschwung ursächlich an seiner kolonialen Dominanz lag, warum verlor das Land in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich nach und nach an Boden, und zwar an Mächte, die kolonial nicht sonderlich hervorgetreten waren? Und wie passt der Aufstieg Japans in dieses Bild, eine Macht, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vornehmlich aus eigener Kraft modernisierte, lange bevor das Land in China mit kolonialen Experimenten begann (und scheiterte!).

Die regionalen Entwicklungsunterschiede ergeben mithin keineswegs das klare Bild, das bei einer pauschalen Aufteilung in den „globalen Norden“ und den „globalen Süden“ noch plausibel erscheinen mag. Noch komplizierter wird es, wenn nach den faktischen Erträgen der Kolonialwirtschaft gefragt wird. Dass mit

ihr der Aufbau von Vermögen verbunden war, ist ebenso unstrittig wie die Bedeutung dieser Vermögen etwa für Repräsentation, Luxus und Statusbildung in den jeweiligen „Mutterländern“. Doch was für einzelne Kaufleute, Plantagenbesitzer oder Reeder vorteilhaft war, musste es für ganze Volkswirtschaften und die zugehörigen Staaten, die ja die materielle Last der Kolonialisierung trugen, nicht unbedingt sein. Die Ergebnisse der wirtschaftshistorischen Forschung lassen insgesamt ein ambivalentes Bild entstehen. Während einzelne Akteure in der Kolonialwirtschaft durchaus „ihr Glück“ machen konnten, war der Kolonialismus aus Sicht der Staaten wohl vornehmlich ein teures Projekt, das im Ergebnis mehr Kosten als Ertrag generierte. Dass Interessenten stets von den großen Vorteilen für die Kolonialmächte sprachen und Kolonialprotagonisten sich erhebliche politische, militärische und auch wirtschaftliche Vorteile aus dem Zugriff auf Land und von der Entstehung von Siedlungskolonien versprachen, war von verbohrten Ideologen abgesehen vornehmlich interessiertes Reden, mit dem Staaten dazu gebracht werden sollten, Kolonialkosten auf sich zu nehmen, deren Nutzen dann vor allem private Taschen füllte; man denke nur an die Forderungen britischer Opiumhändler, die schließlich zu den Opiumkriegen in China maÙgeblich beitrugen. Wenn überhaupt, dann scheint es so, dass Indien, das seit der Übertragung der Regierungsgewalt von der East India Company auf die Krone im Jahr 1858 auch förmlich kolonisiert wurde, den englischen Staatshaushalt entlastete. Das war freilich die große Ausnahme, die die Regel bestätigte.

Wirtschaftlicher Nutzen der Kolonien

Fraglich ist überdies, ob hinter der zeitlichen Parallele von kolonialer Expansion und wirtschaftlichem Aufstieg des Westens so etwas wie ein erklärender Zusammenhang steckt: Sind die einen reich, weil die anderen arm sind? Ist die *Great Divergence* im Kern eine große Umverteilung, ja eine Art historische Schuld, die wiedergutzumachen der Westen moralisch geradezu verpflichtet ist? War der Preis für den Aufschwung des Westens und seiner kapitalistischen Wirtschaft die Ausbeutung und Unterdrückung weiter Teile der Welt, die zu einer Art Rohstoff- und Ersatzteillager herabgewürdigt wurden, an dem und dessen Menschen der Westen sich skrupellos zum eigenen Vorteil bediente, dabei Armut und Elend durchaus bewusst in Kauf nehmend, was mit rassistischen Phrasen bestenfalls oberflächlich kaschiert wurde? Diese Frage hat zwei Facetten. Zunächst geht es um den Beitrag der



kolonisierten Territorien zur wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Staaten, sodann um die Frage, ob die Kolonialisierung in den betroffenen Territorien deren Entwicklung behinderte oder gar erstickte. Die Forschung hierzu ist mittlerweile kaum mehr zu überschauen und kann auch hier nur schlaglichtartig zusammengefasst werden.

Der materielle Beitrag der asiatischen Gebiete zur europäischen wirtschaftlichen Entwicklung war vor allem im Bereich der Güter des gehobenen Bedarfs von Bedeutung. Rein quantitativ sollte man den Handel mit Gewürzen, Tee, Seide oder Porzellan hingegen nicht überschätzen. Nennenswerte Rohstoffimporte aus Asien fallen in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, namentlich Kautschuk aus Malakka (Malaysia) und Niederländisch-Indien (Indonesien), das dort auf von internationalen Konsortien betriebenen Plantagen gewonnen wurde. Die zumeist hochpreisigen asiatischen Importgüter spielten zuvor für den Oberschichtenkonsum eine gewisse Rolle; der Tee sickerte schließlich als Konsumgut in die gesamte Gesellschaft durch und dürfte das Konsumverhalten auch der einfachen Menschen verändert haben, zumal es den Bereich der nur gegen Geld verfügbaren Güter deutlich ausweitete und damit Erwerbsarbeit aufwertete. Der Import von Textilien (vor allem Baumwollstoffe) aus den indischen Territorien traf in Europa auf wachsende Nachfrage; seine Bedeutung für das Konsumverhalten war ähnlich wie beim Tee, doch setzten hier frühzeitig Importsubstitutionsprozesse ein, zumal Großbritannien den Textilimport strikt regulierte. Die Bedeutung asiatischer Importgüter wird man mithin relativieren müssen, so hoch ihre symbolische Bedeutung im Einzelnen gewesen sein mag.

Die europäischen Importe aus Amerika waren da von anderem Gewicht. Von den umfangreichen Edelmetallimporten Spaniens war bereits die Rede; sie nutzten freilich der spanischen Wirtschaft wenig, ja schadeten dem dortigen Gewerbe, da sie halfen, entsprechende Gewerbeimporte aus anderen europäischen Gegenden zu finanzieren, die das heimische Gewerbe schädigten beziehungsweise verdrängten. Spanien selbst profitierte hiervon daher nur sehr eingeschränkt; Nutznießer waren zweifellos andere europäische Gewerberegionen, die ihre Ausfuhren nach Spanien entsprechend steigern konnten. Mit dem Aufkommen der Plantagenwirtschaft seit dem 18. Jahrhundert nahm auch die koloniale Güterproduktion und deren Export nach Europa deutlich zu, doch ist es hier wesentlich, die Chronologie genau im Auge zu behalten. Es war zunächst vor allem der Zucker, der in

großen Mengen aus den karibischen und mittelamerikanischen Plantagen nach Europa strömte und hier das Konsumverhalten deutlich veränderte. In der englischen Importstatistik nahm der Zuckerimport, vom Volumen her sehr viel wichtiger als der gleichzeitig steigende Teeimport, bereits seit den 1720er Jahren kontinuierlich zu, während die Bedeutung anderer Güter erst seit den 1780er Jahren in nennenswertem Ausmaß wuchs. Vor allem massenhafte Importe von Rohbaumwolle, insbesondere aus den Südstaaten der USA, sind ein Phänomen des 19. Jahrhunderts; seit den 1820er Jahren explodierten sie regelrecht und übertrafen seit dieser Zeit auch die Werte der Zuckerlieferungen.

Eigenentwicklung des Kapitalismus in Nordwesteuropa

Überhaupt änderte sich die Importstruktur der englischen Wirtschaft seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, folgte also der dortigen Industrialisierung eher, als dass sie sie verursachte. Das wird auch durch die Struktur des englischen Exports belegt, der noch im 18. Jahrhundert vor allem von Wolle und Wollprodukten beherrschte war, bevor mit dem 19. Jahrhundert der Siegeszug des Exports von Baumwollprodukten einsetzte. Die auf eigenen Quellen beruhende wirtschaftliche Dynamik Großbritanniens war so gesehen die Ursache und nicht die Folge von (billigen) Rohstoffimporten, wobei außer Frage steht, dass die aufstrebende englische Baumwollindustrie von der Möglichkeit profitierte, ihren wachsenden Rohstoffbedarf aus den USA kostengünstig befriedigen zu können. Die europäischen Wirtschaften insgesamt waren zweifelsfrei Nutznießer der auf Sklavenarbeit beruhenden amerikanischen Plantagenwirtschaft, aber es war ihre eigene Dynamik, die den Rohstoffhunger auslöste, der so befriedigt wurde – nicht umgekehrt. Dass Industrialisierung und koloniale Plantagenwirtschaft sich schließlich ergänzten, ja gegenseitig verstärkten, ist dadurch nicht infrage gestellt, aber eben auch nicht als Ursache-Wirkung-Beziehung bestätigt. Bis heute ist der Nachweis nicht erbracht, dass Gewinne aus der kolonialen Expansion gezielt in den Aufbau der modernen Industrie geflossen sind, sie diese also erst ermöglichten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen verdankten sich die frühen industriellen Investitionen etwa in Großbritannien einer Art autochthonen Crowdfundings, zumal der Aufwand der frühen Fabriken nicht so hoch war, dass große Kapitalbeträge mobilisiert werden mussten. Der moderne Kapitalismus ist jedenfalls vielmehr eine Art *Eigenentwicklung*



bestimmter nordwesteuropäischer Gebiete als Folge ihrer kolonialen Expansion. Der entstehende Kapitalismus steigerte zugleich die Wettbewerbsfähigkeit etwa der niederländischen oder britischen Wirtschaft, sodass sich diese in der Konkurrenz fast durchweg als überlegen erwiesen. Es ist diese sich seit dem 17. Jahrhundert sukzessiv durchsetzende Überlegenheit, die schließlich in die *Great Divergence* mündete.

Denn, und damit zum zweiten Aspekt, der Niedergang namentlich der asiatischen Gewerbegebiete war keineswegs nur oder vor allem eine Folge der kolonialen Diskriminierung der dortigen ökonomischen Strukturen und ihrer Entfaltungsmöglichkeiten. China war zu keiner Zeit kolonisiert; die Debatte um den langsamem Niedergang seiner Volkswirtschaft ist alt und wird auf interne Faktoren zurückgeführt, an denen die europäische Expansion zumeist überhaupt nicht beteiligt war. Dass China den Schritt in die Industrialisierung trotz des Vorhandenseins von Wissen, Technologie und zumindest punktuell etablierten Marktstrukturen nicht ging, hing an internen Blockaden, wenn auch die Integration in die internationale Arbeitsteilung durch die erzwungene Öffnung im 19. Jahrhundert durch ungleiche Verträge das Land tendenziell benachteiligte. Da war es aber längst zu spät. Eher noch mag man für das indische Baumwollgewerbe davon ausgehen, dass dessen Diskriminierung durch die englischen Navigationsakten sowie durch die Beschränkung der Exportmöglichkeiten fertiger Baumwollprodukte zu dessen Niedergang maßgeblich beitrug. Doch ist auch hier die Forschung skeptisch. Denn der Niedergang des Baumwollgewerbes setzte lange vor einer effektiven britischen Kolonialisierung ein, und die sukzessive Verdrängung indischer Baumwollprodukte von den internationalen, ja selbst den eigenen Märkten im 19. Jahrhundert war nicht vorrangig die Folge von Zwangsmaßnahmen, sondern das Ergebnis der umfangreichen britischen Exporte von industriell hergestellten Baumwollwaren, die der Konkurrenz sowohl vom Preis wie der Qualität her überlegen waren und entsprechende Markterfolge erzielten. Während die jeweiligen Produktivitäten in den indischen und chinesischen Gewerben stagnierten beziehungsweise nur mäßig zunahmen, explodierte die Produktivität in den sich entfaltenden westeuropäischen kapitalistischen Unternehmen regelrecht. Es war der Wettbewerb, dem die alte gewerbliche Dominanz Asiens zum Opfer fiel, weniger die Gewalt.

Ökonomische Überlegenheit des kapitalistischen Modells

Was heute leichthin unterstellt wird, nämlich dass der Kapitalismus und die mit ihm verbundene ökonomische Dynamik zugleich Produkt wie Triebkraft des Kolonialismus waren (und noch immer sind), ist historisch und logisch nicht plausibel. Entweder es gab den Kapitalismus bereits, als der Kolonialismus entstand, dann ist letzterer jedenfalls nicht seine Ursache. Oder der Kolonialismus machte diese Art des Wirtschaftens überhaupt erst profitabel, dann kann er selbst freilich mit dem Kapitalismus, dem er zeitlich vorhergeht, nicht erklärt werden. Dann müssen die historischen Ursachen für den Aufstieg der westlichen Volkswirtschaften, also des Kapitalismus, anderswo liegen, wie es schon die ältere wirtschaftshistorische Forschung, die den modernen Kapitalismus und die damit zusammenhängende Steigerung der Wirtschaftsleistung auf die gesonderten kulturellen Momente der okzidentalen Zivilisation zurückführte, stets behauptet hat. In der postkolonialen Debatte wird diese „Zivilisation“ nicht mehr bewundert, sondern kritisiert, ihre Bedeutung aber freilich nicht bestritten. Die Tatsache, dass sich westliche ökonomische Strukturen in der internationalen Konkurrenz durchsetzten und hier schließlich für lange Zeit dominant wurden, war anfangs eine Folge der Besonderheiten der westlichen Wirtschaft, ihrer kapitalistischen Organisationsformen und der damit verbundenen hohen Wettbewerbsfähigkeit. Wie man das bewerten mag, ist eine andere Frage.

Es war auch diese überlegene Wettbewerbsfähigkeit und die von ihr ermöglichten materiellen Gewinne und die damit gegebene Erweiterung der politischen Handlungsspielräume, die das kapitalistische Wirtschaften so attraktiv erscheinen ließen, dass es sich sukzessiv global ausbreitete. Der Aufstieg Chinas nach den Reformen des Deng Xiaoping hin zu basalen kapitalistischen Organisationsformen ist das beste Beispiel hierfür; China wurde vom Spielball der internationalen Arbeitsteilung zu ihrem mächtigen Akteur, ganz ähnlich wie es der Aufstieg einzelner westlicher Volkswirtschaften seit dem 17. Jahrhundert vorgemacht hatte. Und ebenso, wie sich seinerzeit viele von diesem Aufstieg bedroht sahen, geht es heute den Wirtschaften, die unter der erstarkenden chinesischen Konkurrenz leiden: Sie unterstellen unfaire Praktiken, wo andere schlicht wettbewerbsfähiger sind. Helfen wird das wenig: Man kann sich mit Gewalt zeitweilig Vorteile



verschaffen. Dauerhafte Leistung aber hängt an der eigenen Wettbewerbsfähigkeit, die noch am ehesten unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Bedingungen sich entfalten kann; stehlen kann man sie nicht.

Prof. Dr. Werner Plumpe war von 1999 bis 2022 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von 2008 bis 2012 war er Vorsitzender des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) und ist u. a. Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG), Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Mitglied der Frankfurter Historischen Kommission.

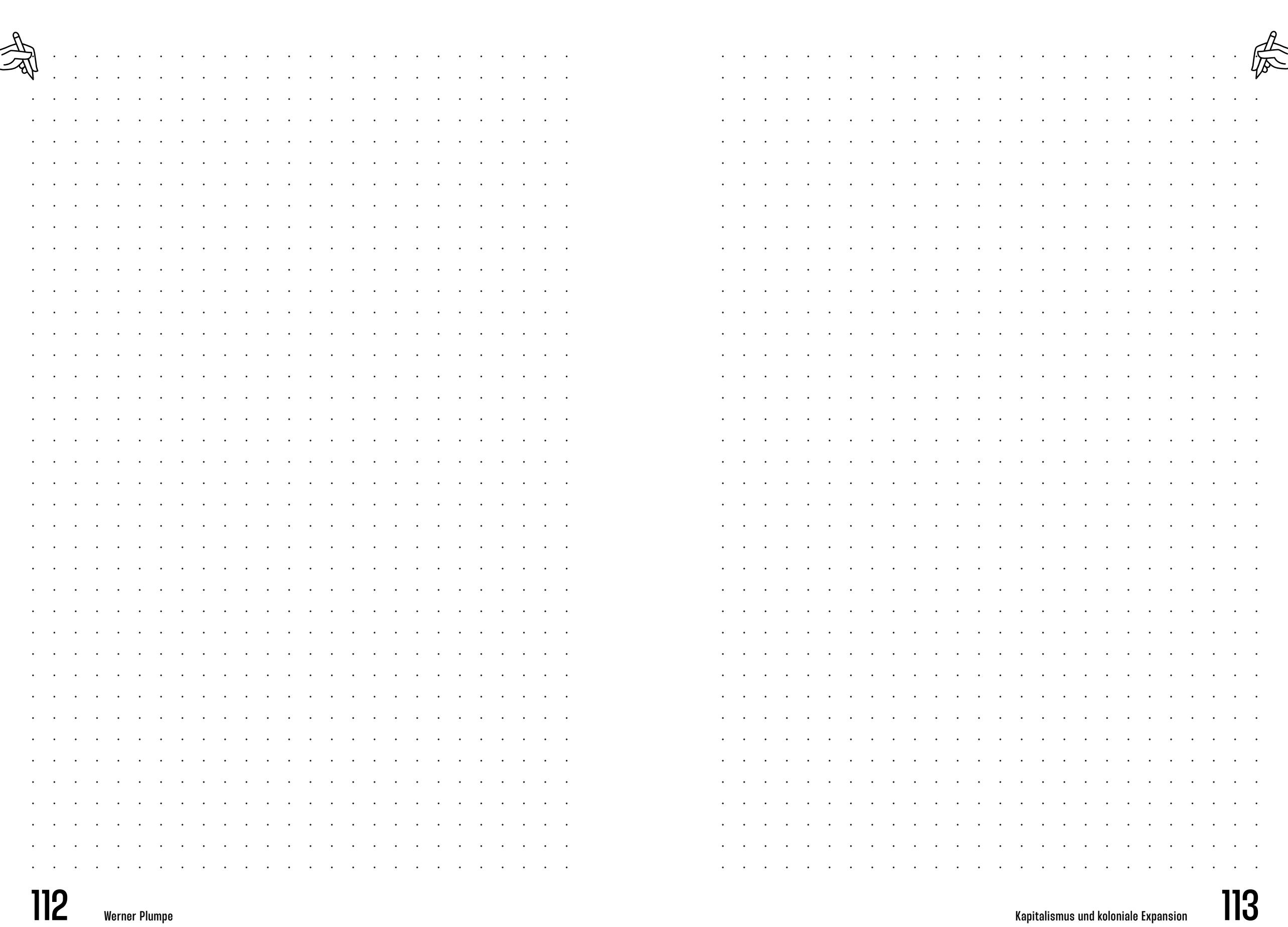
Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/wirtschaftsgeschichte-kapitalismus-koloniale-expansion-great-divergence



Literatur

- A Allen, Robert C.: *The British Industrial Revolution in Global Perspective*. Cambridge, 2009.
- B Beckert, Sven: *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus*. München, 2014.
- C Berg, Maxine (Hg.): *Goods from the East 1600–1800: Trading Eurasia*. London, 2014.
- J Jones, Eric Lionel: *Das Wunder Europa. Umwelt, Wirtschaft und Geopolitik in der Geschichte Europas und Asiens*. Tübingen, 1991 (zuerst engl. 1981).
- L Landes, David: *Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind*. Berlin, 1999.
- M Mitterauer, Michael: *Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs*. München, 2003.
- Mokyr, Joel: *The Enlightened Economy. An Economic History of Britain 1700–1850*. New Haven, 2009.
- P Pathasarathi, Prasannan: *Why Europe grew rich and Asia did not*. Cambridge/Mass., 2011.
- Plumpe, Werner: *Das Kalte Herz. Kapitalismus: Geschichte einer andauernden Revolution*. Berlin, 2019.
- Pomeranz, Kenneth: *The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy*. Princeton, 2000.
- R Reinhard, Wolfgang: *Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015*. München, 2017.
- V Vries, Peer: *Ursprünge des modernen Wirtschaftswachstums: England, China und die Welt in der Frühen Neuzeit*. Göttingen, 2013.
- W Wriley, E. A.: *Energy and the English Industrial Revolution*. Cambridge, 2010.



DIE EINDIMENSIONALITÄT DER KOLONIALISMUS-DEBATTE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEUTSCHE AFRIKAPOLITIK

Stefan

Friedrich

Ein Plädoyer für Unterstützung bei aktuellen Herausforderungen statt selbstbezogener, postkolonialer Vergangenheitsbewältigung

Die kritische Aufarbeitung deutscher Kolonialverbrechen und die Aussöhnung sind absolut berechtigte Anliegen. Doch die deutsche Afrikapolitik unter der Ampelregierung hat gezeigt, welche negativen Auswirkungen eine postkolonial fehlgeleitete Vergangenheitsbewältigung auch auf die betroffenen Länder hat. Zudem sollte Deutschland auf die Kritik neokolonialer Akteure wie Russland oder China offensiv reagieren.

Betrachtet man den aktuellen Diskurs um Postkolonialismus und die koloniale Vergangenheit des heutigen Westens, dann wird sehr viel über die finanzielle Verantwortung westlicher Staaten gesprochen, über zum Teil enorme Summen, die zurück an Länder des sogenannten globalen Südens fließen sollten, und welche Art der Wiedergutmachung angemessen wäre. Diese Diskussion ist in Ordnung und kann auch geführt werden, letztlich ist ihr aber eine gewisse Eindimensionalität eigen. Dies wäre nicht weiter schlimm, wenn solche Debatten nicht auch praktische Folgen für die deutsche Afrikapolitik hätten.

Eine Debatte ohne selbstkritische Stimmen aus Afrika

Um nur ein Beispiel zu nennen, sei hier auf Professor Joseph Agbakoba hingewiesen, ein nigerianischer Philosoph, der unlängst in einem Meinungsartikel zum Kolonialismus eine für manchen Postkolonialisten sehr überraschend anmutende Aussage machte:

„Afrika muss seine Opfermentalität ablegen, denn die Kolonialisierung ist praktisch so alt wie die Menschheitsgeschichte und ebenso universell. Und so moralisch verwerflich sie auch ist, ist sie doch eines der Mittel, mit denen sich Wissen von einer Gesellschaft zur anderen verbreitet.“ Dies ist der eine Aspekt. Und weiter heißt es ebendort: „Ohne sich zu sehr auf die Opferrolle zu konzentrieren, haben viele ehemalige asiatische Kolonien Wege gefunden, hilfreiches westliches Wissen und westliche Werte zu integrieren und trotz lokaler und internationaler Hindernisse blühende moderne Staaten zu schaffen.“¹

Um möglichen Einwänden gleich entgegenzutreten: Joseph Agbakoba machte diese Aussagen nicht in einem westlichen Medium, um sich an eine westliche Öffentlichkeit zu richten.

Nein, er schrieb dies als Meinungsartikel in einer vielgelesenen nigerianischen Tageszeitung und wandte sich damit explizit an seine Landsleute. Mit solchen Vorstößen ist er nicht allein. Auch andere Intellektuelle wie Olúfémí Táíwò stoßen in dasselbe Horn.² Sie wundern sich (oft hinter vorgehaltener Hand und sehr viel prononziert im privaten Austausch) „über die Naivität“ einiger Europäer und insbesondere von uns Deutschen im Umgang mit unserer kolonialen Vergangenheit. So äußerte sich ein namibischer Intellektueller im privaten Gespräch mit dem Autor dahingehend, dass Deutschland gerade auch im Umgang mit Namibia sehr viel gegeben, aber viel zu wenig von der namibischen Seite eingefordert habe. Dabei sieht er eine wesentliche Verantwortung auch bei seinen Landsleuten, die zunächst selbst die gesellschaftliche Spaltung innerhalb Namibias überwinden müssten. Im Zentrum der bilateralen Beziehungen, so sein Credo, müsse letztlich die Unterstützung seines Landes zur Bewältigung von aktuellen Herausforderungen stehen. Und dabei könne Deutschland durchaus helfen. Auch Parlamentarier aus Westafrika äußerten sich dahingehend, dass wir uns doch bitte von den „Komplexen der Vergangenheit befreien“ und uns vielmehr um die gemeinsame Gestaltung der Zukunft bemühen sollten.

Gerade also, wenn man unsere afrikanischen Partner ernst nehmen will, sollte die deutsche Politik solche Stimmen wie die von Professor Agbakoba und anderen zumindest wahrnehmen – auch mit Blick auf die Formulierung unserer Afrikapolitik.

Gefahr für die deutsche Afrikapolitik

Gab es unter der Regierung Merkel (2005–2021) bereits erhebliche Anstrengungen, zu einer Übereinkunft mit Namibia hinsichtlich der deutschen Kolonialgeschichte zu gelangen (vgl. die Verhandlungen zur Joint Declaration von 2015–2021), haben die Parteien der Ampelkoalition (2021–2025) das koloniale Erbe sogar in einem eigenen Absatz im Koalitionsvertrag behandelt.³ Dabei ging es vor allem darum, dass die deutsche Kolonialgeschichte in Afrika aufgearbeitet und Provenienzforschung unterstützt werden sollte. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass dieses Bestreben nach Aufarbeitung unmittelbare Auswirkungen auf das außenpolitische Handeln der Regierung hatte. Der Schwerpunkt wurde dabei allerdings sehr einseitig auf Vergangenheitsbewältigung gelegt; Ansätze für die gemeinsame Gestaltung der Zukunft kamen dabei viel zu kurz. Dies ist gerade auch mit Blick auf



innerafrikanische Stimmen problematisch, die die Verantwortung für heutige Entwicklungsdefizite eben nicht ausschließlich im Westen sehen, sondern auch bei den einheimischen Eliten. Davon ist im „traditionellen Diskurs“ der Postkolonialisten kaum die Rede. In der vorherrschenden Diskussion sehe ich deshalb vor allem zwei zentrale Gefahren für eine zukunftsbezogene, gestaltend auftretende deutsche Außenpolitik: Zum einen, dass wir als Bundesrepublik Deutschland mit einem zu engen Fokus auf die koloniale Vergangenheit *auf positive Gestaltungsmöglichkeiten* in unserem heutigen außenpolitischen Auftreten gegenüber Partnern in Afrika verzichten. Und zum anderen, dass wir mit der aktuellen Herangehensweise an das Thema nicht zuletzt *dem Narrativ von Antidemokraten* in die Hände spielen.

Drei Klarstellungen

Bevor ich dies weiter ausführe, will ich drei Dinge klarstellen:

1. Es ist vollkommen richtig, dass wir den Verbrechen der Kolonialzeit – auch der deutschen Kolonialzeit – viel mehr Aufmerksamkeit widmen, als dies bisher der Fall war. Diese Verbrechen sind zu verurteilen. Und dort, wo wir etwas gutmachen können, sollten wir dies auch tun. Das zwischen den Regierungen Deutschlands und Namibias verhandelte Aussöhnungsabkommen ist hier als positives Beispiel zu nennen – auch wenn die finale Annahme des Abkommens durch Namibia noch aussteht.
2. Wir sollten jedoch auf keinen Fall einem gängigen Narrativ aufsitzen, nach dem Gewalt und Unterdrückung erst mit der Ankunft der westlichen Kolonisatoren in diesen Gesellschaften Einzug gehalten hätten. Gewalt und Unterdrückung gab es in den Gebieten der späteren Kolonien bereits vor Ankunft der europäischen Mächte. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Königreich Benin, aus dem die berühmten Benin-Bronzen stammen, gründete seinen Reichtum auf dem Handel mit Sklaven, die meist aus benachbarten Völkern stammten. Das begann schon vor der Errichtung der westlichen Kolonialherrschaft. Auch wenn die Dimension des Sklavenhandels mit den Kolonialmächten enorm zugenommen hat, gab es diesen Handel auch schon zuvor – er war keine Erfindung des Westens. Und das Königreich Benin ist kein Einzelfall.

3. Bei aller notwendigen kritischen Betrachtung der kolonialen Vergangenheit der Europäer sollte gerade heute nicht übersehen werden, dass es auch eine *koloniale Gegenwart* gibt. Diese zeigt sich insbesondere im Agieren von Russland und China nicht zuletzt in Afrika. So stellt das Auftreten Russlands in der Zentralafrikanischen Republik ein klares Beispiel für moderne Kolonialisierung dar. Russland begann sein dortiges Engagement mit der sogenannten Wagner-Gruppe, die den „Schutz“ der (korrupten) Regierung vor Ort übernommen hat. Gleichzeitig verkauft Russland in großem Stil Waffen dorthin. Im Gegenzug sichert sich Moskau Schürfrechte für Gold- oder sonstige Minen. Heute gehen Beobachter davon aus, dass die Regierung Zentralafrikas nicht mehr unabhängig agieren kann, sie sei nur noch eine Marionette von Moskau. Ähnliche Tendenzen sind auch für die Entwicklungen in den drei Putschstaaten im Sahel – Mali, Burkina Faso und Niger – zu beobachten. Und auch Chinas Engagement in Afrika ist bei weitem nicht frei von neokolonialen Anwandlungen. Selbstverständlich hat China mit zahlreichen Infrastrukturmaßnahmen erheblich zur Entwicklung einzelner Länder beigetragen. Gleichzeitig hat die Volksrepublik aufgrund des kommerziellen Charakters dieser Unterstützung und einer – heutigen internationalen Maßstäben anscheinend nicht immer entsprechenden – Auftragsvergabe die aktuelle Schuldenlast insbesondere der Länder Subsahara-Afrikas massiv befördert. Lag diese Schuldenlast nach Zahlen der Weltbank im Jahr 2010 noch bei circa 354 Milliarden US-Dollar, betrug sie Ende 2022 über 1,14 Billionen US-Dollar – eine Verdreifachung des Schuldendandes in weniger als 15 Jahren.⁴ Und die Art und Weise, wie China diese Kredite zurückverlangt, auch in Konkurrenz zu multilateralen Gebern, wird von einigen Beobachtern als neokoloniales Verhalten beschrieben.

Drei Schlussfolgerungen des erweiterten Blicks auf die Postkolonialismusdebatte für die deutsche Afrikapolitik

1. Die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit darf nicht unseren außenpolitischen Interessen schaden.

Wir dürfen nicht naiv sein. Gerade in Afrika wird der Kolonialismus-Vorwurf auch vielfach dann angewandt, wenn man sich – durchaus berechtigter – westlicher Kritik an schlechter Regierungsführung,



Korruption oder Wahlfälschung erwehren will. Afrikanische Autokraten greifen dann allzu gerne in die argumentative Mottenkiste und nutzen den Kolonialismus als „Totschlagargument“, um von eigenen Verfehlungen abzulenken. Diese Argumente werden dann bereitwillig noch verstärkt durch Russland, aber auch China, die sich zum einen damit brüsten, nie selbst Kolonialmacht gewesen zu sein, und sich zum anderen die koloniale Vergangenheit Europas zunutze machen, um sie als Waffe im Meinungskampf gegen den Westen einzusetzen. Dabei zeigt ein Blick in die Vergangenheit, dass Russlands Geschichte (beziehungsweise die der Sowjetunion) koloniale Züge in der eigenen Nachbarschaft (zum Beispiel im Südkaukasus oder in Osteuropa) aufwies; und auch China ging regelmäßig mit seinem Herrschaftsanspruch über das chinesische Kernland hinaus.

Mit Blick auf den Westen geht es dabei, wie bereits erwähnt, gar nicht darum, einen selbstkritischen Umgang mit der eigenen kolonialen Vergangenheit zu unterbinden. Im Gegenteil, dieser ist absolut notwendig und richtig. Aber einen solchen Umgang sollten wir auch von unseren systemischen Rivalen und denen, die sich auf eine Partnerschaft mit ihnen einlassen, einfordern. Und nicht jede Kritik, die von interessierter Seite – zum Beispiel eben Russland, China oder auch afrikanische Autokraten – kommt, müssen wir für bare Münze nehmen und uns in die Defensive treiben lassen. Das Narrativ von den kolonialen Unschuldskindern Russland und China stimmt nicht. Und wenn Kritik von dieser Seite kommt, sollte darauf auch offensiv hingewiesen werden.

2. Wir sollten im Kontext der Kolonialdebatte auch die umfangreiche Entwicklungszusammenarbeit des Westens stärker betonen.

Man kann an der internationalen Entwicklungspolitik massive Kritik üben. Und dies wird in vielen Bereichen auch umfassend getan – sowohl im Westen als auch aus den Ländern des sogenannten globalen Südens, inklusive Afrikas, heraus. Dennoch sind positive Effekte von Entwicklungspolitik, insbesondere in der humanitären Hilfe, nicht wegzudiskutieren. Und hier ist es auch ein Faktum, dass mehr als 90 Prozent der globalen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit aus westlichen Staaten kommen. Diese Mittel tragen massiv dazu bei, die Lebensumstände von Menschen in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

zu verbessern (wie sich hier langfristig die aktuell zu beobachtende Zerschlagung von USAID durch die Trump-Administration auswirkt, bleibt abzuwarten). Russland und China, die sich gerne als die Verteidiger armer Länder geben, tragen zum globalen ODA-Aufkommen (*Official Development Assistance* ist eine Messgröße öffentlicher Entwicklungsleistungen) von mehr als 220 Milliarden US-Dollar pro Jahr nur einen Bruchteil bei – im Falle Chinas sind das geschätzt circa zehn bis zwölf Milliarden US-Dollar pro Jahr, im Falle Russlands sogar lediglich circa eine Milliarde US-Dollar pro Jahr.⁵

Und wenn hier die Bereitstellung von ODA-Mitteln in den Kontext der Postkolonialismusdebatte gestellt wird, dann geht es ebenfalls nicht darum, die westliche Entwicklungshilfe gegen die Sünden der kolonialen Vergangenheit aufzuwiegen. Aber diese Unterstützung sollte auch nicht komplett außen vorgelassen werden, wenn man über Strategien sprechen möchte, wie sich Entwicklungsdefizite in Ländern des sogenannten globalen Südens überwinden lassen. Letztendlich sollte es im Kontext von Außenpolitik-Formulierung ja darum gehen, dass die Beschäftigung mit der Vergangenheit auch mit einer *in die Zukunft gerichteten Perspektive mit positiven Gestaltungsmöglichkeiten* verbunden wird.

3. Unsere Partner in Afrika sind weniger an „selbstbezogener Vergangenheitsbewältigung“ interessiert als vielmehr an größerer Unterstützung bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen.

Auch in Afrika haben die meisten Regierungen den Wunsch, die Lebensverhältnisse ihrer Bevölkerung zu verbessern. Dabei versprechen sie sich insbesondere im Austausch mit westlichen Ländern Hilfe und Unterstützung, nicht ausschließlich im Sinne von Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch im Sinne von Investitionen und Handel. Gegenüber Nigeria und Tansania hat die Ampelregierung diesen Zusammenhang im Kontext einer versuchten Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte nicht genutzt.

Als Bundesaußenministerin Annalena Baerbock Ende 2022 nach Nigeria reiste, um im Rahmen des Restitutionsprozesses einen Teil der Benin-Bronzen zurückzugeben, wurde sie von einer großen Delegation aus circa 90 Personen begleitet. Interessanterweise haben nigerianische Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung sich zwar durchaus positiv über die Rückgabe der Bronzen



geäußert. Gleichzeitig zeigten sie sich jedoch sehr verwundert darüber, dass trotz der Vielzahl an Mitreisenden darunter kein einziger Vertreter der deutschen Wirtschaft war. Die gesamte Veranstaltung war damit in ihrer selbstbezogenen Vergangenheitsbewältigung rückwärtsgewandt und hatte keinerlei Bezug zur Bewältigung von aktuellen Herausforderungen in Nigeria. Dies wird von unseren dortigen Partnern nicht verstanden. Der Wunsch – gerade an eine deutsche Bundesregierung – ist es, dass im Erinnern an Vergangenes auch Zukunftsthemen adressiert werden. Diese Chance wurde beim Besuch der Außenministerin in Nigeria verpasst.

Mit Blick auf Tansania lässt sich feststellen, dass das Thema koloniale Vergangenheit dort im öffentlichen Diskurs nur eine eher untergeordnete Rolle spielt(e). Ein hochrangiger Oppositionspolitiker aus Tansania sagte mir sogar, dass die Einwohner von Songea, wo das Maji-Maji-Museum errichtet wurde, sehr stolz auf die deutsche Vergangenheit seien. Es habe dort keinerlei großangelegte Bewegung gegeben, die eine Entschuldigung Deutschlands für die Unterdrückung während der Kolonialzeit verlangt hätte. Das Thema Entschuldigung wurde vielmehr von Vertretern der Ampelregierung nach Tansania hineingetragen, manchmal sogar auf die Gefahr hin, tansanische Behörden zu verstimmen. So musste Staatsministerin Keul einen geplanten Besuch bei Nachfahren des Maji-Maji-Aufstandes auf Druck der tansanischen Behörden kurzfristig absagen. Wie ein anderer Beobachter formulierte: Ohne deutsches Zutun hätte es keine „fehlgeleitete Kolonialismusdebatte“ in Tansania gegeben. Und ein früherer hochrangiger Vertreter des Auswärtigen Amtes drückte seine Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik des Auswärtigen Amtes so aus, dass es eine verrückte Idee gewesen sei, das Modell des namibisch-deutschen Versöhnungsprozess auf Tansania übertragen zu wollen; die Voraussetzungen in beiden Ländern seien einfach nicht vergleichbar.

Fazit

Die Kolonialismusdebatte in Deutschland findet nicht im luftleeren Raum statt. Sie hat Einfluss auf die Außenpolitik. Gerade in einer Phase, in der die Geopolitik mit Vehemenz auf die internationale Agenda zurückgekehrt ist, kann man sich keine Naivität leisten. Im außenpolitischen Ringen wird diese Debatte schon immer (*und nun massiv*) auch von antiwestlichen Kräften genutzt.

Deren Interesse ist es nicht, „Gerechtigkeit“ für erfahrenes Leid herzustellen; das Ziel dieser Kräfte liegt darin, den Westen zu diskreditieren und damit zu schwächen. Unsere Außenpolitik sollte darum bemüht sein, das Ansehen Deutschlands in der Welt zu stärken und unsere Interessen zu wahren. Dazu sollte sicherlich auch gehören, dass wir uns für begangenes Unrecht entschuldigen und um Vergebung bitten. Wir sollten dabei aber darauf achten, dass wir nicht in selbstbezogene Vergangenheitsbewältigung verfallen und in einem falsch verstandenen Wunsch nach Wiedergutmachung Wunden aufreißen und außenpolitischen Schaden anrichten, der dann nur noch schwer einzufangen ist.

Dr. Stefan Friedrich ist Politikwissenschaftler und Sinologe. Er leitet seit 2018 die Abteilung Afrika südlich der Sahara und war zuvor Gründungsdirektor von zwei Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in New York und Shanghai. Darüber hinaus war er Leiter der Stiftungsabteilungen Politikdialog und Analyse sowie Asien und Pazifik.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/eindimensionalitaet-kolonialismus-debatte-auswirkungen-deutsche-afrika-politik





-
- 1 Zit. Agbakoba, Joseph. In: The Daily Query (Nigeria), 07.10.2024, <https://dailyquery.com.ng/the-neo-black-challenge-must-blacks-be-ruled-by-others-in-order-to-prosper/> (zuletzt abgerufen: 27.02.2025).
 - 2 Olúfemí Táíwò verurteilt in seinem Buch *Against Decolonisation* die „Obsession“, alles Negative in Afrika auf westliche Einflüsse zurückzuführen. Vgl. El Ghazzali, Kacem: „Afrika braucht keine Dekolonisierungsdiskurse“, sagt der in Nigeria geborene Professor Olúfemí Táíwò. In: NZZ Online, 24.07.2024.
 - 3 Vgl. Ampel-Koalitionsvertrag vom 24.11.2021, S. 100, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/koalitionsvertrag-2021-1990800> (zuletzt abgerufen: 27.02.2025).
 - 4 Germain, Gilbert: Afrikas Schulden – Mythos und Wahrheit. In: Le Monde diplomatique, 13.07.2023, <https://monde-diplomatique.de/artikel/15944348> (zuletzt abgerufen: 27.02.2025).
 - 5 Zur globalen Entwicklungshilfe: Walter, Martin: Entwicklungshilfe legte im Jahr 2023 weiter zu, 02.05.2024, <https://www.gtai.de/de/trade/entwicklungslaender/wirtschaftsumfeld/entwicklungshilfe-legte-im-jahr-2023-weiter-zu--1758910> (zuletzt abgerufen: 27.02.2025); zu China: Da China keine vergleichbaren Angaben entsprechend der DAC-Kriterien macht und in den entsprechenden Statistiken nicht auftaucht, ist man hier auf Schätzungen angewiesen; zu Russland: Zaytsev, Yury K.: Russia's Approach to Official Development Assistance and Its Contribution to the SDGs. In: The Palgrave Handbook of Development Cooperation for Achieving the 2030 Agenda, 2020, S. 475–498, <https://rdcu.be/d8Y67> (zuletzt abgerufen: 27.02.2025).

DIE PSYCHOLOGIE DES POSTKOLO- NIALEN UND WOKEN WELTBILDS

Esther
Bockwyt

Ein Irrweg in Schuld, Depression
und Spaltung

Identitätspolitik, Social Justice, Wokeness und Postkolonialismus sind zu bekannten Schlagworten rund um eine Bewegung und Weltanschauung geworden, die in westlichen Gesellschaften Fuß gefasst hat. Durch ihre Radikalität und ein Übermaß an Zwanghaftigkeit, narzisstischem Opferdenken und Schwarz-Weiß-Mentalität löste die „woke“ Bewegung zunehmend Widerstände aus und brachte Gegenkräfte hervor.

Wokeness als zunehmend bekanntes Reizwort

Identitätspolitik, Social Justice, Wokeness und Postkolonialismus sind zu bekannten Schlagworten rund um eine Bewegung und Weltanschauung geworden, die in westlichen Gesellschaften Fuß gefasst hat. Darf man nach der Herkunft eines Menschen fragen? Brauchen PoC (*People of Color*) oder andere Minderheiten sichere Orte (*safe spaces*)? Sollen Straßennamen mit „kolonialem Erbe“ abgeändert werden? Dürfen „Weiße“ Rastalocken tragen? Ist Mathematik rassistisch? Diese sind nur wenige von zahlreichen aufgeworfenen Streitfragen, die die woke Bewegung energisch befeuerte. Beinahe unbemerkt sind woke Denkinhalte, vor allem über soziale Medien, in die Köpfe von Rezipienten gelangt und werden oftmals, wie es der Natur starrer Glaubenssysteme innenwohnt, zwanghaft und unkritisch befolgt, angewandt und missioniert.

Nicht erst mit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten zeichnet sich ein deutlicher Gegentrend zur woken Welle ab, sowohl in Teilen der Bevölkerung als auch zunehmend im akademisch geprägten intellektuellen Raum. Die woke Weltanschauung und die mit ihr verbundenen genannten Schlagworte wurden und werden dabei aus unterschiedlichen Blickwinkeln kritisiert.

Die einfache, kurze Definition von „woke“ im Duden: „in hohem Maß politisch wach und engagiert gegen (insbesondere rassistische, sexistische, soziale) Diskriminierung“ ließ die Wokeness auf den ersten Blick als unangreifbares, befürwortenswertes Anliegen imponieren, dem man sich schnell anschließen mag. Erst der Blick auf das umfassende, rigide Weltbild und die Wurzeln der woken Bewegung an Universitäten lassen erkennen, dass es sich um ein recht radikales Anliegen mit antiwestlichem, antiaufklärerischem und spaltendem Impetus handelt.

Das woke und postkoloniale Welt- und Menschenbild

Der Postkolonialismus als bedeutsamer Ursprung der heute in Erscheinung tretenden Wokeness betont, dass ein koloniales Erbe und die damit verbundenen Diskriminierungen noch immer in den westlichen Gesellschaften präsent sind – in Form von rassistischen Strukturen, einer Marginalisierung von Minderheiten oder der wirtschaftlichen Ausbeutung ehemaliger Kolonien. Gefordert wird die „Entkolonialisierung“ von Wissenssystemen und Identitäten. Hervorgehoben werden versteckte Formen der Unterdrückung, die trotz formeller Unabhängigkeit weiter bestünden.

Diese im übergeordneten Sinne woke Weltanschauung gruppiert Menschen anhand des Ausmaßes von sogenannter struktureller Benachteiligung. Minderheitengruppen seien strukturell, also systematisch, in der Ausübung von Macht benachteiligt und daher diskriminiert (die Marginalisierten). Es existierten Rassismus, Sexismus, Patriarchat, Homo- und FLINTA-phobie (das Akronym steht für Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-binäre-, Trans- und Ander-Personen) und Ähnliches, toxiche Männlichkeit, Klassismus, Ableismus (die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung) und weitere Diskriminierungen, die alle Schichten der Gesellschaft mit ihren Institutionen, ihren kulturellen Normen und Werten sowie Gesetzen strukturell prägten.

Die Privilegierten profitierten von dieser strukturellen Benachteiligung, weshalb sie kein Interesse an deren Auflösung haben, sondern sie aufrechterhalten. Es gebe eine Hierarchie des Ausmaßes der strukturellen Benachteiligung von Gruppen (nach derzeitigem Stand: beispielsweise farbige, Trans-, weiblich „gelesene“ Personen mit Behinderung sind stark benachteiligt, heterosexuelle weiße Frauen innerhalb der Frauengruppe am wenigsten, heterosexuelle weiße Männer gar nicht).

Alle Diskriminierungen und Benachteiligungen müssten aktiv aufgelöst werden. Als Maßnahme hierfür bekannt ist unter anderem die Quotierung von Privilegien der Marginalisierten zur Schaffung eines anderen Machtverhältnisses von Identitätsgruppen. Auch die Separierung der einzelnen Minderheitengruppen zu deren vermeintlichen Schutz (*safe spaces*) ist eine geforderte Konsequenz. Diskriminierungen seien ständig präsent und äußern sich auch in Mikroaggressionen. Die Schwelle zur Definition



von Gewalt ist herabgesetzt auf Worte. Die Privilegierten sollen sich jederzeit achtsam und mit Schuldgefühl verbunden ihrer Privilegien bewusst sein, diese in ihr Selbstbild verinnerlichen und ebenso achtsam und sensibel mit ihnen umgehen, den Marginalisierten stets den Vorrang in der Verteilung von Macht gewähren, um soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen. Soziale Gerechtigkeit bemisst sich dabei ausschließlich nach Zugehörigkeit zu Gruppen der Benachteiligung, nicht nach individuellem gesellschaftsdienlichem Verhalten oder nach Leistung. Der Marginalisierungsgrad wird vornehmlich durch jene bestimmt, die zu einer Minderheitengruppe gehören und sich benachteiligt fühlen beziehungsweise betroffen sind („Sprechen sollen nur die, die betroffen sind.“). Die zentrale Errungenschaft der Aufklärung, dass es nicht mehr darauf ankommt, wer etwas sagt, sondern was er sagt, wird somit wieder zurückgedreht.

Eine objektive Realität wird verneint. Realität sei vor allem eine soziale Konstruktion, bei der Sprache die bedeutsamste Rolle einnimmt. Realitätsbeschreibungen erfolgten immer relativ vom jeweiligen Standpunkt aus (Relativismus). Das Gefühl (von Marginalisierten) ist das Maßgebliche.

Als bedeutsame Grundlagentheorie des woken Antirassismus geht die postkoloniale Theorie also davon aus, dass die westliche Kultur mit ihren Errungenschaften ausschließlich auf Rassismus, Sklaverei und Kolonialismus beruht. Die postkoloniale Ideologie widmet sich dabei exklusiv dem westlichen Imperialismus und Kolonialismus. Dabei wird nicht nur jede westliche Intervention dämonisiert, sondern auch die Übernahme von westlicher Kultur durch nicht westliche Länder. Damit sieht man beispielsweise den Staat Israel als Kolonialprojekt und Apartheidstaat. Die jüngsten Terrorattacken durch die Hamas auf Israel wurden aus diesem, aber beispielsweise auch aus dem *Black-Lives-Matter*-Umfeld, nicht selten positiv und als Teil eines antikolonialen Befreiungskampfs gewertet. Den Postkolonialen wird zunehmend eine antisemitische Haltung vorgeworfen, zum Beispiel auch, wenn Juden als Opfer wenig zählen, weil sie zu weiß sind. Die *Jüdische Allgemeine* wies darauf hin, dass ein prominenter Vertreter der BDS-Bewegung Antisemitismus nicht zu einer „eigenen Klasse des Rassismus“ erheben wolle, denn dies wäre „in Wahrheit eine weitere Manifestation der privilegierten Stellung der Weißen“.

Durch den (historischen) Herrschaftsanspruch weißer Menschen seien unterschiedliche Formen von Rassismus entstanden. Die „Weißen“ seien mitsamt dem Christentum in der Vergangenheit mit Ansprüchen auf Herrschaft, Macht und Privilegien positioniert worden. Rassistische Inhalte hätten sich wirkmächtig und meist nicht bewusst in Glaubensgrundsätze, „(Sprech-)Handlungen“ und identitäre Muster sowie Wissen eingeschrieben und würden in Strukturen und Institutionen reproduziert, also wiederholt.

Opferkult, Narzissmus, Fatalismus und Spaltung: Psychologie der Wokeness

Versteht man Wokeness politisch als Synthese der Postmoderne und der marxistischen Unterdrücker/Unterdrückten-Dichotomien, die nicht mehr nur auf Klasse, sondern jetzt vorwiegend auf Rasse, Geschlecht, Sexualität und Körpermerkmale angewendet werden, wird nachvollziehbar, dass auch der Wokeness die marxistisch geprägte Vorstellung zugrunde liegt, dass der Mensch unendlich formbar ist und durch angemessene Sozialisierung neu geschaffen und perfektioniert werden kann. Biologische und evolutionäre Einflüsse auf menschliches Erleben und Verhalten werden in diesem Menschenbild meist vollständig geleugnet.

Im Glauben, dass eine perfekte Welt neugestaltet werden kann, ist erneut der klassische Kampf um Macht im Verbund mit möglichst vielen vermeintlich unterdrückten, historisch marginalisierten Identitäten angestrebt, mit den Mitteln der Einschränkung von Meinungsfreiheit bei Sanktionierung von Einzelpersonen und Institutionen (Cancel-Culture), die sich den sich verändernden Sprachnormen und Tabus nicht fügen. Wokeness versucht dabei erkennbar, nahezu alle Aspekte des Lebens der Menschen zu verändern und einen engen Rahmen moralischer und ethischer Normen durchzusetzen („Das Private ist politisch.“). Sie fordert ihre Vertreter auf, sich an der Mission zu beteiligen und ihre Dogmen und Sprache zu verbreiten, was ihr auch einen religiös-missionarischen, kultähnlichen Charakter verleiht.

Mit ihrer Betonung der Gruppenunterschiede und hiermit einhergehender geforderter identitärer Privilegien, ihrer bedingungslosen Forderung nach Anpassung an ihre Standards, der sozialen Ächtung Andersdenkender, der in Teilen Geringschätzung bis Ablehnung von Individualität und Universalismus und damit letztlich auch der universellen Menschenrechte, der Ablehnung einer



möglichst objektiven, wissenschaftlichen Erkenntnissuche, mit ihrem Anspruch, Opfer zu sein oder für Unterdrückte einzutreten, sowie ihrer Unterwerfung unter die Prämissen ihrer Führungsfiguren weist Wokeness in mancher Analyse der Definition nach auch faschistoide Züge auf.

Psychologisch betrachtet sind mehrere Wirkmechanismen am Werk, die, für sich betrachtet, normale menschliche Erlebens- und Verhaltensweisen widerspiegeln, aber erst in ihrer überbordenden Dosis zum Gift werden:

Moralisierender Narzissmus erhebt sich selbst und die eigene Gruppe zum progressiven Kämpfer für das Gute, für empathische Sensibilität und für Gerechtigkeit. In einer solchen woke-aktivistischen Rolle kann man das eigene Selbst narzisstisch aufwerten und in Szene setzen. Woke wird zum Statussymbol. Man kann aber auch besonders auffallend sein, weil neue Identitätsschablonen wie ein „fluides Gender“ hierzu dienen. Die Fremdgruppe der Privilegierten wertet man als „alte weiße Männer“, Kolonialverbrecher, Rassisten und Ähnliches ab, um sich über sie erheben zu können. Ein Anspruchsdenken, das Rücksicht auf alle potenziellen Mikrokränkungen durch falsche Pronomen oder andere Worte fordert, basiert auf einer Haltung, die im hohen Maße um sich selbst und die eigene Befindlichkeit kreist, das Miteinander dabei aus den Augen verliert.

Man kann sich der depressiven Weltsicht der alles durchdringenden toxischen Diskriminierungen entweder hilflos ergeben oder aber in den Kampf ziehen, wie es für den woken Aktivismus typisch ist. Im Letzteren kann man wenigstens noch ein Gefühl von Selbstwirksamkeit und Sinnhaftigkeit finden. Doch die durchgehend negative Wahrnehmung von der Welt und den Menschen verstärkt ein Grundgefühl der Depressivität und sickert bei wiederholter (medialer) Verbreitung womöglich in ein kollektives Unbewusstes. So haben nicht wenige Menschen unkritisch woke Denkmuster verinnerlicht. Der Wahrnehmungsfokus richtet sich mehr und mehr auf das vermeintlich Problematische; zum Problem wird indes mehr die Überwachsamkeit, die an jeder Ecke neue soziale Ungerechtigkeiten sehen möchte. Eine verstärkte Wahrnehmung von Diskriminierung kann mit Ängsten, sozialer Belastung und negativen körperlichen Folgen verbunden sein. Wokeness in einer überbordenden Opferhaltung demotiviert Menschen zur erwachsenen Übernahme von Verantwortung,

unterdrückt individuelle Widerstandsfähigkeit durch Implementierung der Idee, dass jegliche unangenehme Gefühle von Natur aus schädigend und traumatisierend seien.

Sowohl der Wokeness auch eine kindliche Haltung inne. Wenn keine Streitgespräche über Inhalte mehr zugelassen werden, sondern lieber diejenigen von Bühnen ausgeschlossen werden, die Gefühle von anderen verletzen könnten, dann hat eine Sandkasten-Logik eingesetzt. Das Canceln an sich, also das Abbrechen von Kontakten, sobald eine unangenehme Empfindung auftritt und irgendeine Art von Ambivalenz ausgehalten werden muss, ist so ein kindliches Verhaltensmuster, das im Übermaß zu einer Vermeidungsspirale führt. Und so kommt es, dass das vermeintlich Progressive einen solchen regressiven Charakter innehaben kann. Denn es ist nicht progressiv, also fortschrittlich, wenn es im Wesentlichen um Veränderung als Vermeidungshaltung und als reinen Selbstzweck geht.

Psychologisch spezifisch für eine radikal ausgelegte und gelebte Woke-Ideologie ist vor allem die intellektualisierte Fixierung auf Schuld und Moralismus. Aber bei rigider Moral geht es nicht mehr um echte Empathie (mit den Opfergruppen). Es geht dann zunehmend um das pure Einhalten von Regeln, es geht um Rechthaberei und um Trotz. Ist man einem solchen zwanghaften Modus des Erlebens einmal erlegen, gibt es nur noch starre Ordnungen, von der es keine Abweichungen geben darf. Verbissene Ernsthaftigkeit steht an der Tagesordnung. Da alles für das Gute ist, macht es die zwanghafte Neurose im linken Milieu für den psychologischen Laien schwieriger zu enttarnen als im rechten, wo starre Law and Order offensichtlicher zutage tritt.

Der Tiefenpsychologe Riemann hat bereits 1961 in einem psychologischen Klassiker versucht, zu beschreiben, wie eine festgelegte Ordnung an moralischen Regeln Angst in Schach halten soll: Dann stehe „die Meinung über etwas in unverrückbarer Gültigkeit, ein moralisches Urteil in paraphrenhafter Starre, eine Theorie in unangreifbarer Behauptung, ein Glaube in unerschütterlicher Absolutheit“ (S. 131).

Da jeder Zwang aus sich heraus die Neigung hat, sich auf neue Gebiete auszudehnen, entwickelt sich eine nicht verstandene Rigidität im Erleben und Denken eigendynamisch zu einer immer ausgeprägteren Einengung.



Starke Gruppenkohäsion fördert Entindividualisierung Andersdenkender

Auch ein Blick in die Sozialpsychologie hilft zum Verständnis der Wokeness und ihrer Ablehnung weiter. Menschen haben die Tendenz, sich in Gruppen zu organisieren, sich einer oder mehrerer Gruppen zugehörig zu fühlen. Menschen formen eine positive soziale Identität zum Teil durch Vergleiche der eigenen (*in-group*) mit relevanten *out-groups*. Der Vergleich dient dabei der Stärkung der sozialen Identität, wenn sich die eigene Gruppe positiv von der *out-group* abhebt.

Immer dann aber, wenn die individuelle Bedeutsamkeit der Zugehörigkeit zu einer Gruppe überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist, kann eine deutliche Eigengruppenbevorzugung mit starkem Wir-Gefühl und gleichzeitiger Benachteiligung beziehungsweise Diskriminierung der Fremdgruppe bis hin zur Entindividualisierung von Menschen in der *out-group* entstehen (zum Beispiel weiße Menschen seien grundsätzlich in einer Art Erbschuld). Die Fixierung auf die reine Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Marginalisierte oder Privilegierte) fördert auch auf diesem Weg ausgeprägte Konflikte zwischen den Gruppen und führt dazu, dass individuelle Bedürfnisse und Gefühle nicht mehr zählen, wenn sie in der „falschen“ Gruppe valent werden. Zugunsten des (utopischen) „großen Ganzen“ hat das Individuum zurückzustehen. Dass einzelne Personen, die sich „fehlverhalten“ (weil sie Gefühle von Marginalisierten verletzt haben), sozial an den Pranger gestellt und gecancelt werden, wird zum unvermeidlichen kleinen Übel verklärt. Nur wer Buße tut und reumüdig um Verzeihung bittet, hat überhaupt eine Chance, nicht weiter attackiert zu werden. Es ist gerade die Härte, die man doch eigentlich ablehnte, jetzt aber selbst an den Tag legt und die an Rache und Sadismus erinnert.

Gegen die omnipräsenten und rigidten woken Glaubensmuster entstanden mit der Zeit Gegenkräfte. Wenn Menschen ihre gewohnte Art zu denken und zu sprechen durch ausgeprägte Reglementierungen eingeengt erleben, reagieren sie oftmals mit einem Mechanismus, den wir in der Psychologie „Reaktanz“ nennen und der eine entscheidende Rolle im Verständnis gesellschaftlicher Zerwürfnisse spielt. Es kommt dann zu einer emotional intensiven, ablehnenden Gegenreaktion, die sich auch auf

die ursprünglich konstruktiven Ziele der woken Bewegung ausdehnen kann. Menschen wollen dann möglicherweise von real existierendem Rassismus nichts mehr hören, verleugnen ihn gar. Es kommt zu Polarisierungen und Kämpfen, in der es Zwischenstöße und Differenzierungen schwer haben.

Potenzial der Wokeness und Gegenkräfte können in einer gesunden Mitte münden

Wenn wir uns vor Augen führen, dass eine schwarz-weiße Welt ungesunde Polarisierung zur Folge hat, und wieder aushalten lernten, dass es auch Bedürfnisse gibt, die uns selbst nur auf den ersten Blick fremd erscheinen, könnten wir von innen heraus in einem gesunden Maße ein Stück weit achtsamer sprechen und handeln, ohne dass wir dies durch einen strengen Zensor getrieben tun müssten. Das Gute an einer nicht radikalen Wokeness ist, dass der woke Blick auf zu starre Stereotype den Menschen ein Stück freier macht, nicht nur die Betroffenen, sondern alle Menschen. Wir können auch vom kreativen Potenzial des woken Grenzensprengens inspiriert werden. Und von einem weicheren Blick einer jüngeren Generation auf das eigene Wohlbefinden und die psychische Gesundheit als Gegenentwurf zu einem potenziell schädigenden, überfordernden Leistungsdenken. Ohne das Beständige abzuwerten, dabei auch schmerzhafte Realitäten anzuerkennen, statt sie umzudeuten oder abzuschaffen. Im Ausgleich der entgegengesetzten Kräfte im Sinne eines gesunden Maßes könnte beispielsweise wieder der Gedanke zugelassen werden, dass die Frage „Woher kommst du?“ auch echtes Interesse statt Feindseligkeit ausdrücken kann. Wir könnten das Unterschiedlichkeit im gleichzeitigen Wissen um unser aller gemeinsamer Basis als Menschen wieder positiv besetzen, ohne es in übermäßig abgrenzendem, narzisstischem Motiv zu karikieren.

Esther Bockwydt ist Diplom-Psychologin und Autorin psychologischer Fachbücher. Sie ist Expertin für Persönlichkeitsstörungen und arbeitet als klinische und forensische Gutachterin. 2024 veröffentlichte sie ihr erstes Sachbuch *Woke. Psychologie eines Kulturkampfs*.



Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/die-psychologie-des-postkolonialen-und-woken-weltbilds



Literatur

- D** Duden. In: duden.de, 2023, <https://www.duden.de/rechtschreibung/woke> (zuletzt abgerufen: 27.01.2025).
- R** Riemann, Fritz: Grundformen der Angst: Eine tiefenpsychologische Studie. Reinhardt: München, 2009 (erste Auflage 1961).
- S** Schwarz, Florian: „Wokeness ist letztlich eine anti-wissenschaftliche Weltanschauung“. In: HPD, 29.05.2023, <https://hpd.de/artikel/wokeness-letztlich-anti-wissenschaftliche-weltanschauung-21314> (zuletzt abgerufen: 27.01.2025).
- W** Wulinger, Michael: „Welche Farbe haben Juden?“. In: Jüdische Allgemeine, 05.12.2019, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/welche-farbe-haben-juden/> (zuletzt abgerufen: 27.01.2025).

POSTKOLONIALISMUS, GEISTESWISSENSCHAFTEN UND WISSENSCHAFTSFREIHEIT

Carola

Freiin von Villiez

Über den gefährlichen Charakter
der postkolonialen Theorie und
wie sie Forschung, Fortschritt und
Freiheit bedroht

Das buchstäbliche Schwarz-Weiß-Denken des Postkolonialismus blendet Komplexität aus und betreibt essentialisierende Identitätspolitik. Sein Anspruch auf absolute Deutungsoberhoheit greift auch in den Geisteswissenschaften um sich und attackiert die Fundamente kritisch-autonomer wissenschaftlicher Arbeit und Freiheit, was den gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt gefährdet. Ein Plädoyer für wissenschaftlichen Pluralismus statt ideologischer Agenden.

Der Postkolonialismus beansprucht, alle Facetten westlicher Kulturleistungen auf koloniales Unrecht zurückführen zu können. Begriffe wie Kapitalismus, Eurozentrismus, Rassismus, Kulturrealismus etc. verwebend, entwirft er eine unscharfe, moralgefühl überfrachtete Dichotomie zwischen sogenanntem globalen Süden und sogenanntem globalen Norden, Unterdrückern und Unterdrückten. Die Gesamtdiagnose und Tilgung kolonialen Unrechts erfordere demnach eine politisch-rechtliche, ökonomische, sozio-kulturelle, sprachliche und wissenschaftliche Dekolonialisierung, die nur gelingen kann, wenn das westliche Dasein als Ganzes durch die Linse des Postkolonialismus analysiert und bewertet wird.

Begriffsklärung und normative Relevanz

Der Begriff Kolonialismus bezeichnet deutungsneutral das Phänomen der Fremdherrschaft, das heißt ein Land (oder eines seiner Teile) wird erobert und der eigenen Herrschaftsmacht unterworfen. Letztere kann direkt über die Installation von Beamten der jeweiligen Kolonialmacht ausgeübt werden oder indirekt im Rückgriff auf bestehende Herrschaftsstrukturen. Wenngleich das Phänomen des Kolonialismus vermutlich so alt ist wie die Menschheit selbst, wurde der Begriff in Ausblendung etwa des osmanischen und arabisch-islamischen Expansionismus zunehmend zu einem Synonym für die Fremdherrschaft europäischer Mächte über Teile Afrikas und der neuen Welt. Aus rechtsphilosophischer Sicht relevant ist dabei die normative Annahme, dass Menschen, die sich anhand essentialistischer Merkmale, das heißt Wesensmerkmale, als eine einheitliche Gruppe definieren, ein Anrecht auf kollektive Selbstbestimmung haben, welches seinerseits in ein Anrecht auf Eigenregierung im Sinne des modernen Begriffs staatlicher Souveränität mündet.

Der Begriff des Postkolonialismus bezog sich zunächst auf die politisch-rechtliche Bekräftigung dieser Anrechte. Zur Überwindung des Prinzips der Fremdherrschaft wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Artikel 1 der beiden UN-Menschenrechtspakte von 1966 als ein sogenanntes kollektives Menschenrecht im Völkerrecht verankert. Dieses sollte vormals fremdbeherrschten Völkern die ihnen allein zustehende politisch-rechtliche, sozio-kulturelle und ökonomische Oberhoheit über ihr Staatsgebiet sowie sämtliche sich darauf befindliche Ressourcen zusichern.

Die sozio-kulturelle Wendung

Beginnend mit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die Aufarbeitung des europäischen Kolonialismus in Verbindung von philosophischem Existentialismus und Phänomenologie mit der Psychoanalyse um einen sozio-kulturellen Aspekt angereichert. So arbeitete insbesondere Fanon im Rückgriff auf seine psychiatrische Praxiserfahrung die Verinnerlichung von Stereotypen durch Kolonialisierte und Kolonisatoren und deren mannigfaltige Konsequenzen für das jeweilige Selbstverständnis heraus. Seine Analyse findet eine (frühere) Entsprechung im philosophischen Feminismus Simone de Beauvoirs. Beide lieferten wichtige Erkenntnisse zur Dynamik von Unterdrückungsmechanismen im Zuge von Machtausübung sowie Ansätze zu deren Durchbrechung.

Indem de Beauvoir mit der Unterscheidung zwischen biologischen Fakten und sozialer Zuschreibung den Eigenanteil der Frau an der Aufrechterhaltung der Herrschaftsdynamik thematisierte, nahm sie diese in die Pflicht der aktiven Selbstbefreiung und bekräftigte zugleich eine menschliche Wesensgleichheit. Fanon dagegen ebnete durch seine spätere Hinwendung zur sozialistisch-revolutionären Ideologie und eventuelle Idealisierung der afrikanischen Bauernschaft als allein mögliche Trägerin der Befreiung durch gewaltsamen Aufstand den Weg zu einer Pauschalkategorisierung von Opfern und Tätern. Wo frühe Theorieansätze die Wechsel-dynamik von Macht und Individuum in ihrer universal-menschlichen Komplexität zu erfassen und aktiv zu durchbrechen suchten, baut der Postkolonialismus heute vorwiegend auf eine statische Definition von Opfer- und Tätergruppen anhand essentialistischer Merkmale im Sinne von Identitätspolitik. Ein wortwörtliches Schwarz-Weiß-Denken blendet dabei die grundlegende



Nuanciertheit der Welt und Dynamik des menschlichen Miteinanders in gleichem Maße aus, wie es die Komplexität individueller und kollektiver Identität ignoriert.

Mit der Verschiebung von der handlungsbasierten Verantwortlichkeit autonomer Individuen hin zur strukturellen Verantwortlichkeit heteronomer Kollektive wurde die formale Zugehörigkeit zu Opfer- oder Tätergruppen zum Kriterium für Kollektivschuld oder Schuldausschluss. Zugleich mündete die psychiatrische Pathologisierung individueller Kolonialismuserfahrungen in die Praxis einer Objektivsetzung von subjektiven Befindlichkeiten und eine immer kleinteiligeren Identifikation neuer Opfergruppen. Wer sich benachteiligt oder gekränkt fühlt, ist als Opfer anzuerkennen. Als „weiß“ deklarierten Individuen bleibt der Opferstatus durch die Kollektivierung indessen grundsätzlich verwehrt, sofern sie nicht als zumindest „nicht-binär“ einen Platz am unteren Ende der Opferhierarchie beanspruchen können. Bezeichnend hierfür sind etwa die unverhohlen antisemitische Brandmarkung von Juden als weiße Kolonialbesatzer oder von „traditionellen“ Feministen als Diversitätsfeinden.

Der Postkolonialismus als eigenständige Disziplin

Entscheidenden Einfluss auf die Etablierung der postkolonialen Theorie als akademische Forschungsrichtung hatte E. W. Said. Im Rückgriff auf Foucaults Diskursanalyse identifizierte er in *Orientalism* (1978) eine angeblich im westlichen Wissensbegriff und -system aufgehobene, politischen Grundlagen aufruhende europäisch-koloniale Wissensproduktion. Die als inhärent gewalt eingetrübte behauptete Definitionsmacht einer somit als spezifisch westlich charakterisierten Wissenschaft rückte mit dem Begriff der „epistemischen Ungerechtigkeit“ Philosophie und Geisteswissenschaften in den Fokus einer nochmals weiter gefassten Dekolonialisierungsaufgabe. Diagnose und Tilgung des behaupteten westlichen Wissensmachtmissbrauchs erfordern demnach die Bereinigung der Epistemologie (Erkenntnistheorie), also jener Unterdisziplin der theoretischen Philosophie, die sich mit Erkenntniserlangung und Grundbedingungen des Wissens beschäftigt, mithilfe der normativen Begriffe und Methoden der praktischen Philosophie.

Der westliche Kolonialismus und seine Folgen werden (sonstige Kolonialismen ausblendend) seit Jahrzehnten in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen reflektiert und sind mit jeweils disziplinrelevanten Werken in deren Kanon vertreten. Vergleichende Einbezüge nichtwestlicher Denktraditionen haben in der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte insgesamt eine lange Tradition. Die von genuiner Neugier und Erkenntnisinteresse am Fremden motivierten Dokumentierungs- und Konservierungsleistungen vergangener Jahrhunderte werden heute indessen zu Indizien eines vermeintlichen Überlegenheitsdenkens umgewettet. Die Anerkennung von Andersartigkeit wird dabei einerseits eingefordert, ihre Benennung aber zugleich als imperialistische Selbstüberhöhung des Westlichen zur Norm kritisiert. Abbitte ist nur möglich, indem westliche (Wissens-)Kulturleistungen durch die Linse der zum objektiven moralischen Standpunkt erhobenen Kolonialopferperspektive als unterdrückungsperpetuierend entzaubert werden.

Mit diesem gnadenlosen – zuvor dem Westen als imperialistisches Machtinstrument unterstellten – Anspruch auf absolute Deutungsoberhoheit verwickeln Eigeninteressenlosigkeit behauptende Befreiungsaktivisten den Postkolonialismus in einen performativen Selbstwiderspruch. Epochale Werke der europäischen Geistesgeschichte werden in anachronistischer Überheblichkeit aus dem Rückspiegel der Geschichte seziert, oftmals einzelne Worte und Sätze aus ihrem geschichtlichen und disziplinären Kontext herausgeklaubt und zur Erzählung einer entsetzlichen Weltenverschwörung wieder zusammengesetzt, so als seien sie Steinbrüche, aus denen es sich nur beliebig zu bedienen gelte. Frühere Denker werden mit zeitgeistig erhobenem Zeigefinger gemäß unterschiedlichen -ismen kategorisiert, die von ihren Errungenschaften getragenen Wissenschaften als willige Helfer strukturellen Unrechts angeklagt. Es wird über die „wahren Beweggründe“ eines Denkers wie Kant küchenpsychologisiert oder eine westlich-rassistische Natur der Mathematik entlarvt. Selbstermächtigte Aktivisten fordern in kolonialherrenwürdiger Stellvertretung (*allyship*) die von den *Verdammten dieser Erde* – so der von Frantz Fanon in Anlehnung an die *Internationale* gewählte Titel eines Spätwerkes – erhoffte umfassende Dekolonialisierung des Wissensuniversums.





Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit durch ideologische Agenden

Die Wissenschaftsfreiheit gerät spätestens dann in Gefahr, wenn die Rekonstruktion eines disziplinären Kanons durch den Ausschlussfilter des Postkolonialismus und seiner Begleit-ismen gefordert wird. Die damit verbundene Engführung dienstleistet einer seit Jahrzehnten vorangetriebenen Agenda zur Auflösung insbesondere der verschiedenen geisteswissenschaftlichen Disziplinen in einer Universallehre, die vermeintlich alles – und damit gar nichts – weiß oder lehrt. Wo Dozenten vormals ihre Lehrveranstaltungen in Verschränkung mit der eigenen Forschung gestalten und dabei alternative Traditionen und -ismen thematisieren konnten, fällt der wissenschaftliche Pluralismus – und damit die Wissenschaftsfreiheit selbst – ohnehin bereits zunehmend einem bürokratischen Standardisierungswahn zum Opfer. In der Philosophie etwa führte die – wider jeden wissenschaftlichen Sachverstand politisch aufgezwungene – Bologna-Reform bereits zu einem überaus kurorischen Kanon. Anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen wird es nicht besser ergangen sein. Postkolonialistische Anreicherungen von Curricula drohen über die Dezimierung des jeweiligen disziplinären Kernkanons die Entwissenschaftlichung des Universitätsstudiums fortzuschreiben, welches durch seit Jahren fortschreitende Verschulungsinitiativen bereits viel seiner ehemaligen Seriosität eingebüßt hat. Die Produktion von meinungspolitischen Röhrenverstärkern anstelle der Förderung kritisch-autonomer Wissenseliten aber gefährdet gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt.

Wo Wissenschaft sich über ein unreflektiertes Primat von Bürokratismus und Verwertungsökonomismus hinaus zusätzlich noch identitätspolitischen Gesellschaftsumbauwünschen fügen soll, wird nicht mehr Wissen geschaffen, sondern werden nur noch Interessengruppenaufträge abgearbeitet, und das wissenschaftsunerlässliche Prinzip der Ergebnisoffenheit endgültig zum Abschuss freigegeben. Die Nötigungsabsicht angeblich unverbindlicher Empfehlungen offenbart sich, wenn wissenschaftsexterne Diversitätsaktivisten ohne jedweden disziplinären oder generell wissenschaftlichen Bezug zum Vortrag in für das wissenschaftliche Personal verpflichtende Institutsveranstaltungen eingeladen werden oder deren aktive Beteiligung am Wissenschaftsbetrieb gefordert wird.

Die Wissenschaftsfreiheit wird auch durch eine zunehmend aggressive Forderungspraxis studentischer (oftmals aber tatsächlich universitätsexterner) Ideologieakteure bedroht. Vielfache Ausladungen von nicht genehmten Wissenschaftlern, Absagen ganzer wissenschaftlicher Veranstaltungen infolge aggressiver Agitation und vieles mehr bestätigen regelmäßig eine Etablierung der angeblich eingebildeten Cancel-Culture. Studentische Forderungen ruhen dabei nicht immer gefestigten ideologischen Überzeugungen auf. Oftmals verdanken sie sich Peergruppendruck oder sind Teil von Lifestyle- und Nachahmungsphänomenen. Man betrachte etwa die im Nachgang der Unruhen an amerikanischen Universitäten von Rom bis Oslo im Namen eines geschichtsignoranten postkolonialistischen Befreiungskampfes aufspringenden „Protestcamps“. Nun ist das für den menschlichen Fortschritt unerlässliche Aufbegehren Privilegium einer zwangsläufig noch beschränkten jugendlichen Weltperspektive. Dass den Versuchungen eines populistischen Bandwagons (oder seinem medialen und tätlichen Drohpotenzial) auch Hochschulleitungen und Politiker erliegen, gibt allerdings Anlass zur Sorge. So reiht sich zwar die jüngste Vandalisierung der HU Berlin in eine jahrelange Praxis ein. Mit der Besetzung von Instituten und tätlichen Bedrohung von Universitätsbediensteten sowie der – inzwischen immer häufiger gewalttätigen – Bedrohung von Studenten durch ihre eigenen Kommilitonen ist aber eine neue Eskalationsstufe erreicht. Dass dies immer häufiger seitens der für beider Sicherheit verantwortlichen Universitätsleitungen von Massachusetts bis Berlin geduldet oder sogar beklatscht wird, sollte in Erinnerung an dunkle Zeiten der deutschen Universitätsgeschichte ein unüberhörbarer Weckruf sein. Seit Jahrzehnten periodisch wiederkehrende Forderungen, individuelle und institutionelle Kooperationen mit israelischen Kollegen und Institutionen im Namen eines antiimperialistischen Befreiungskampfes aufzukündigen, sind hierbei mehr als bloßer Gewaltkatalysator, machen sie doch das im Zuge der Europäischen Aufklärung verworfene Prinzip der Kollektivschuld wieder hoffähig.

Die skizzierten Entwicklungen schlagen sich nieder in einer zunehmenden Tabuisierung einzelner Themen und Begriffe sowie eigentlich befreundeten Kollegen, die sich untereinander nur noch vorsichtig herantastend und hinter vorgehaltener Hand äußern. Der vorauselende Gehorsam hat auch bereits in den Schulen Einzug gehalten. So belegt etwa eine neue Studie, dass eine Mehrheit der Schüler in Norwegen sich aus Angst als politisch inkorrekt zu erscheinen nicht mehr frei äußert und im Schulalltag Selbstzensur übt.



Mehr Aufklärung wagen

Den physischen Kolonialismus kritisierte bereits Kant in seiner *Rechtslehre* (1797) als Übergriff auf die kollektive Selbstbestimmung eines Volkes, der nicht einmal gegenüber dem besieгten ungerechten Feind (das heißt Aggressor) zu rechtfertigen ist. Die Kritik eines psychischen sowie intellektuellen Kolonialismus als Verletzung von individueller Autonomie wäre ohne Kants Philosophie der Freiheit nicht schlüssig denkbar, ist aber dennoch implausibel. Erstere entbindet die Opfer von der durch de Beauvoir noch eingeforderten Autonomieassertionspflicht. Letztere impliziert begriffsanalog, die Wissenschaften seien ein gewaltsam eingenommenes Territorium, das es von Fremdherrschaft zu befreien gelte. Die vorgeschlagene epistemische Herrschaftsübernahme durch Postkolonialherren verkennt die Natur der Wissenschaftsgeschichte als gesamtkulturelle Leistung und führt zugleich die seitens des Neukantianismus geforderte Würdigung der Autonomie pluraler Wissenskulturen durch eine weitere Opferhierarchisierung ad absurdum. Wo die einzigartige Definition einer normativen Würde des Menschen an sich sowie des besseren Arguments unabhängig von deren personalen Trägern zugunsten einer ethisch verbrämten, identitätsideologisch motivierten Idee von Ergebnisgerechtigkeit rückabgewickelt werden soll und von einer (selbsternannten) Moralschickeria festgesetzte essentialistische Merkmale zum moralischen Trumpf avancieren sollen, kann man nur noch bei Kant Zuflucht nehmen: *Sapere Aude!*

Carola Freiin von Villiez ist nach Professuren an der Universität Duisburg-Essen und der Universität Oslo derzeit Professorin für Philosophie an der Universität Bergen (Norwegen). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Rechtsphilosophie (insbesondere des Völkerrechts), der Politischen Philosophie sowie Kant, Adam Smith, Radbruch und John Rawls.

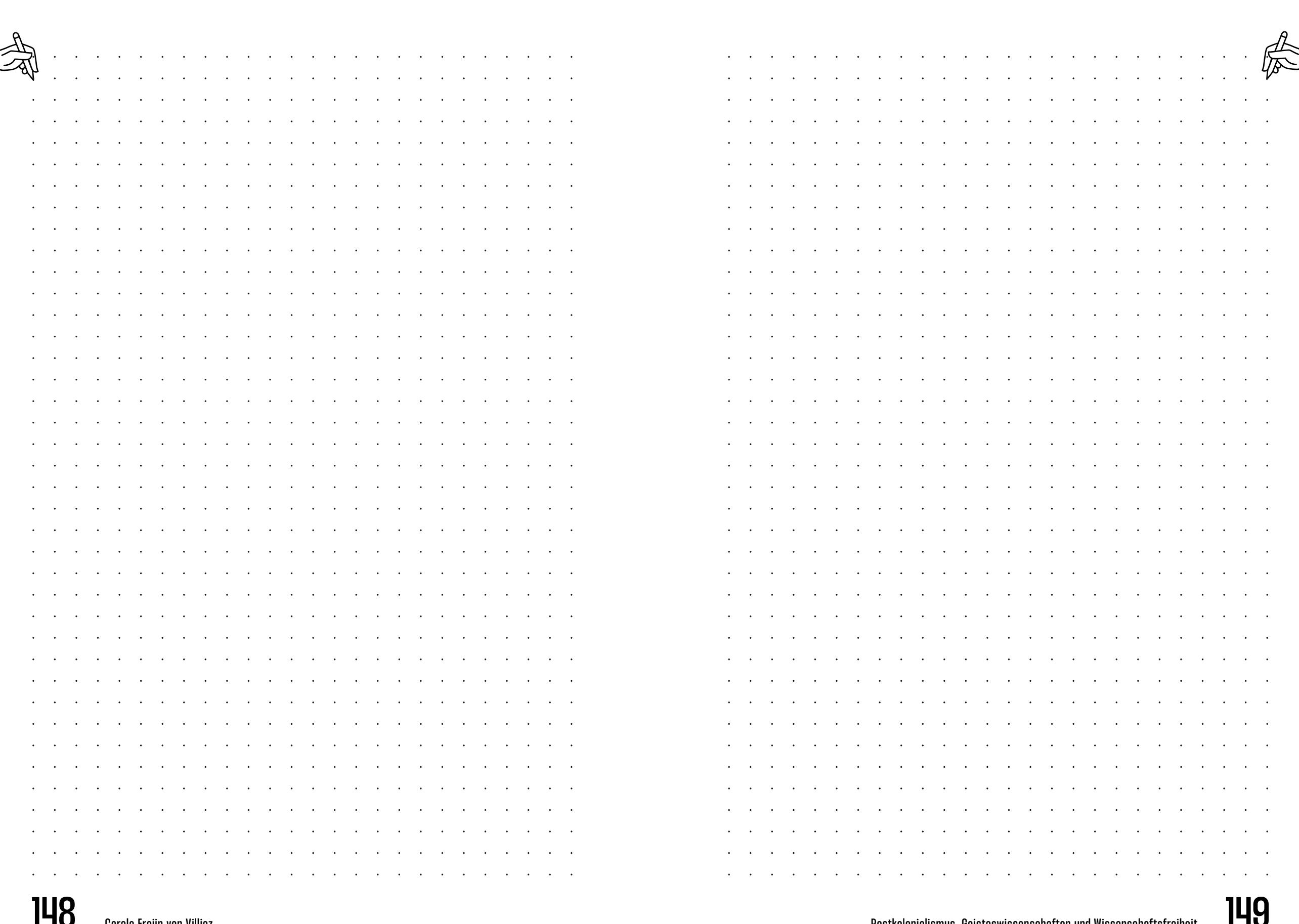
Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/postkolonialismus-geisteswissenschaften-und-wissenschaftsfreiheit



Literatur

- B** de Beauvoir, Simone: *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Hamburg, 2000.
- F** Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt/M., 1981.
- S** Said, Edward W.: *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*. London, 1995.



DEKOLONISIERUNG UND GEWALT: POSTKOLONIALE STUDIEN IN DEN USA

Sarah
Pines

Ursprung, Entwicklung und
Auswirkungen der postkolonialen
Theorie

Ihren Ausgang nahmen die postkolonialen Studien im Algerienkrieg bei dem Psychiater Frantz Omar Fanon. Ihm zufolge kämen koloniale Befreiungskämpfe nicht ohne Gewalt aus. Wie der Postkolonialismus seit den 1960ern an US-amerikanischen Universitäten weiterentwickelt wurde, wie er sich auf Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auswirkt und warum er spätestens seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 verstärkt zur Legitimation von Gewalt und Terror als politische Mittel gegen die vermeintliche Dominanz des westlich-weißen Patriarchats verwendet wird, erläutert Sarah Pines.

Glaubt man den hiesigen Geisteswissenschaften, ist das koloniale Zeitalter in den USA und im Westen nicht vorbei, sondern durchdringt Institutionen und Gesellschaften, Gebräuche und Geschmäcker, Körper und Gesten. Die „Dekolonisierung“ aller Lebensbereiche ist folglich das Gebot der Stunde. Die akademische Suchmaschine Google Scholar weist für das Stichwort „decolonization“ für die Jahre 2020 bis 2024 über 39.000 Einträge auf (und nur 17.000 für „postcolonialism“). TedTalks¹ oder Zeitungen wie die *New York Times* und das Magazin *The New Yorker* besprechen regelmäßig die „Dekolonisierung“ der Mode, des Essens, der Städte.² Indigene Stämme postulieren die Abkehr von kolonialer Ernährung und die Hinwendung zu diversem, traditionellem Essen. Die Klimapolitik gehört „dekolonisiert“³, braucht das Wissen indigener Völker. Museen sind ohnehin koloniale Artefakte, die Kunst an sich, die gesamte Darstellungswelt muss von unterdrückerischen, *White Supremacy* verherrlichenden Strukturen bereinigt werden, die künstliche Intelligenz ebenso, Theaterbühnen, Arztpraxen⁴ und Sportvereine, Make-up, Design, Gesichter, Körper und Gedanken auch. Wütende und viel beachtete Dokumentationen wie Raoul Pecks *Exterminate all the Brutes* (2021) diagnostizieren *White Supremacy* als fortdauernde, die Welt rassifizierende Wurzel allen Übels, die endlich gezogen werden muss. Innerhalb der Geisteswissenschaften verweisen indigene Forscher im Zuge der „indigenen Bewegung“⁵ – die nolens volens die Aggressionen der Gegenwart mitbefördert – auf den in westlichen Gesellschaften fortdauernden *Settler Colonialism* und Akademiker wie die des Plagiats an Minderheiten-Autoren angeklagte (dann reingewaschene) Robin DiAngelo deklarieren die „Zerbrechlichkeit“ des Weißseins, und dass der Satz „ich bin nicht rassistisch“, wenn von einem weißen Menschen ausgesprochen, immer nur rassistisch gemeint sein kann.

Dekonstruktivismus und symbolische „Dekolonisierung“: Von der French Theory zur „Dekolonisierung“ amerikanischen Denkens

Die „Dekolonisierung“ ist an amerikanischen Hochschulen binnen weniger Jahre das Mammutprojekt postkolonialer Studien geworden; inhaltlich bedeutet sie die Entfernung von Strukturen, die dazu beitragen, Menschen, Orte und Landschaften zu unterwerfen, um sie gerecht, im Sinne von gleichberechtigt und divers, wiederzuerstellen. Das ist jedoch leichter gesagt als getan, denn bisher funktionierte der Dekolonisierungs-Diskurs als interelitärer, rein performativer Gestus, der einst unterdrückte und ausgebeutete Völker höchstens auf symbolischer Ebene – als Palaver – entschädigte, nie aber konkret. „Dekolonisierung“ kann Fragen nach Identität und Zugehörigkeit oberflächlich beantworten, während ein woker Progressivismus im unverbindlichen Gewand der Pseudo-Revolution auftreten kann.

Zunächst hatte im Zuge der Befreiungskämpfe der 1960er-Jahre der in den USA als *French Theory* aufgeschlagene Dekonstruktivismus die postkoloniale Theorie und Fächer wie Black Studies, Native American Studies, Chicano, Indigenous und Asian American Studies hervorgebracht. Edward Saids *Orientalism* (1978) und Gayatri Spivaks *Can the Subaltern Speak?* (1988) stellten schließlich Fragen nach der Ambivalenz und Hybridität des unterworfenen Subjektes. Während eine ambivalente Hybridität, ein *Weder-Noch* des Subjekts, eine Form der Entwicklung und des Fortschritts hin zu einem Stadium jenseits der Dichotomie Kolonизатор-kolonisiertes Subjekt suggerieren kann, ist die sich von den traditionellen postkolonialen Studien zunehmend abspaltende „Dekolonisierung“ statisch am vermeintlich immer noch unterworfenen Subjekt ausgerichtet.

So deklariert die Harvard Universität auf ihrer Website, dass ihre Gebäude auf indigenem Land stehen: „located on the traditional and ancestral land of the Massachusetts, the original inhabitants of what is now known as Boston and Cambridge“. Die Universität „pay(s) respect to the people of the Massachusetts Tribe, past and present, and honor(s) the land itself which remains sacred to the Massachusetts People“ – auf den Gedanken, dieses Land den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben, kommt Harvard nicht. Ähnlich und ebenfalls ohne Restitutionsgedanken anerkennt die



Stanford University „that Stanford sits on the ancestral land of the Muwekma Ohlone Tribe. This land was and continues to be of great importance to the Ohlone people“.

Auch in Manhattan dient der Stamm der Lenape als Feigenblatt für gelungene Inklusions- und Diversitätspolitik; die New York University (NYU) sowie die Columbia Universität sponsieren zusammen mit dem Metropolitan Museum über die Stadt verteilt *acknowledgement plates*, die die Lenape als wahre, eigentliche Bewohner Manhattans ausweisen. Die Lenape selbst kämpfen gegen den „Mythos“, die Holländer hätten ihnen für ein paar Dollar *Manhatta* abgekauft. Sie sprechen von Genozid. Auf einer Ansprache im New Yorker Rathaus im *Native American Heritage Month* im November 2024 forderte der Stamm der Lenape die „Dekolonisierung“ amerikanischen Denkens; Bürgermeister Eric Adams antwortete ausweichend.⁶ In Manhattan lebt bis heute der jeweilige Häuptling der Lenape.

Nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023: Terrorpropaganda statt akademischer Worthülsen

Doch „Dekolonialisierung“ – so sah es ihr Wortschöpfer Frantz Fanon – kommt ohne Gewalt nicht aus, von ihm stammt der Satz „Entkolonialisierung ist immer ein gewalttägliches Phänomen“. In *Die Verdammten dieser Erde* (1961) führt er aus, was er mit „Dekolonisierung“ meint – eine Art Tabula rasa alles Gewesenen: „Wo man auch hinsieht: persönliche Begegnungen, Neubeginnungen von Sportclubs, Zusammensetzung der Cocktailpartys, der Polizei, der Aufsichtsräte staatlicher oder privater Banken – die Dekolonisation ersetzt ganz einfach eine bestimmte Art von Menschen. Ohne Übergang findet ein totaler und vollständiger Austausch statt.“ Ziel ist: „Das Auftauchen einer neuen Nation, die Errichtung eines neuen Staates, seine diplomatischen Beziehungen, seine politische und wirtschaftliche Orientierung“.

Dann beendete das Massaker der Terrororganisation Hamas vom 7. Oktober 2023 die Worthülselei amerikanischer Universitäten. In den Monaten nach der Ermordung, Vergewaltigung und Folter israelischer Bürger durch Hamas-Terroristen feierten auf amerikanischen Universitätscampussen protestierende linke Pro-Hamas-Aktivisten (Studierende und Lehrende) die Gewalt gegen den „israelischen Kolonизатор“, zitierten Frantz Fanon, trugen bei zuzeit „I love Hamas T-Shirts“ und fordern bis heute zusammen

mit der „Dekolonisierung“ Palästinas das Ende – den „Tod“ – des einzigen jüdischen Staates.⁷ Währenddessen warteten und zögerten die Universitätsleitungen, die Proteste zu verurteilen und die Demonstrationen aufzulösen. Denn, so dachten sie, war nicht etwas dran an all dem? Waren die Toten, die vergewaltigten, verbrannten, verschleppten israelischen Männer, Frauen und Kinder nicht Kolonisatoren, direkt oder indirekt, der Palästinenser, letztere die eigentlichen Indigenen des Landes, auf dem sie unterdrückt werden?

In einem Artikel im *Compact Magazine* vom 11. Oktober 2023 beschreibt der ehemalige NYU-Professor Geoff Shullenberger nicht nur die Popularität der „Dekolonisierung“ innerhalb der Geisteswissenschaften und der Gesellschaft, sondern konstatiert auch deren explosionsartige Ausbreitung seit dem 7. Oktober 2023, einhergehend mit der Propagierung von Terror als Mittel der Befreiung.⁸

Von #MeToo zu #BlackLivesMatter: Gewalt als politisches Mittel gegen das westlich-weiße Patriarchat

Die Gewalt gegen den „weißen Kolonизатор“fordernden Reaktionen auf den 7. Oktober 2023 offenbaren das Ausmaß und die Irreversibilität westlichen Selbsthasses, zu der die seit Jahren voranschreitende, immer problematischere Verknötung aus übertriebener politischer Korrektheit (die in den 1990er-Jahren begann), auf die Spitze getriebener Identitätspolitik und exzessiver Cancelei sowie die Tyrannie des sogenannten DEI-Gebots an Universitäten und Institutionen⁹ (der bedingungslosen Verpflichtung zu Diversität, Gleichheit und Inklusion) im Namen des Kampfes gegen weiße Vorherrschaft, das Patriarchat, den Phallus geführt haben. Wie kam es dazu?

Im Jahr 2017 war mit #MeToo, so der mediale Tenor, eine Welle der Wut, die sich schon lange angebahnt hatte, zu einer nie dagewesenen „Bewegung“ geworden und damit zur bisher größten Herausforderung an die Sozialordnung des 21. Jahrhunderts: Frauen, *People of Color* und die Transgemeinde prangerten gemeinsam den in westlichen Gesellschaften grassierenden patriarchalen Machtmissbrauch an, die Geschlechterverhältnisse sollten auf immer verändert werden.



2020 lenkte die Covid-Pandemie die Aufmerksamkeit abermals auf strukturell benachteiligte Menschen: Die Armen starben, in den USA waren dies meist *People of Color*, die häusliche Gewaltrate gegen Frauen stieg während des Lockdowns massiv und auch hier handelte es sich meist – aber nicht ausschließlich – um einkommensschwache Frauen und *People of Color*. Ebenfalls 2020 und ausgelöst durch die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizeibeamten fand die bereits seit 2013 existierende #BlackLivesMatter-Bewegung internationale Beachtung. Die BLM-Bewegung fordert ebenso wie die antiisraelischen Proteste Gewalt als politisches Mittel gegen die vermeintliche Dominanz des westlich-weißen Patriarchats und setzt diese auch um.

Zudem verweisen obige Entwicklungen auf eine Spaltung innerhalb der postkolonialen Studien. Einander entgegengesetzt sind der poststrukturalistische Ansatz und die damit zusammenhängenden Themen Hybridität, Repräsentation und Wissen als Macht und die marxistisch beeinflusste Theorie der „Dekolonisierung“ und ihre Themen Revolution und (politische) Identität, die einhergehen mit der Ablehnung des Nationalstaates und der Propagierung einer vor der Geografie nahezu abgelösten „globalen Indigenität“ und dem daraus abgeleiteten Recht zur Gewalt.

Kolonialer Befreiungskrieg in Algerien als Katalysator

Der europäische Kolonialismus als religiös-ideologisch motivierte Landnahme und politischer sowie ökonomischer Herrschaft über fremde Bevölkerungen begann mit den Kreuzzügen, gefolgt von der Erschließung Amerikas durch spanische Siedler im frühen 16. Jahrhundert, der Nordamerikas durch europäische Siedler ab dem Beginn des 17. Jahrhunderts, der Ausbreitung und Konsolidierung des *British Empire* und dem imperialistischen Wettrennen des industriellen Zeitalters, außerdem der alles begleitenden Ausbeutung Schwarzafrikas und dem nordamerikanischen Sklavenhandel. Von Beginn an übten liberale Philosophen und Staats-theoretiker Kritik an der europäischen Vorherrschaft – oder rechtfertigten die koloniale Praxis.

Der Algerienkrieg (1954–1962) ist rückblickend die intellektuelle Geburtsstunde postkolonialer Studien. Diesen Unabhängigkeitskrieg gegen die französischen Kolonialherren, während dem „Rebellen“ Bombenanschläge gegen Zivilisten verübteten, wie den in der *Milk Bar* in Algiers am 30. September 1956, kommentierte der in Algerien geborene, aber in Frankreich lebende Philosoph Albert Camus. Die terroristischen Bomben, so Camus, könnten seine in Algiers lebende Mutter töten. Er selbst glaube zwar an die algerische Sache, nicht aber an den Terror. Am 12. Dezember 1957, zwei Tage nachdem er den Nobelpreis erhalten hatte, beantwortete er die Frage eines Studenten mit dem berühmten Satz: „Den Terror habe ich immer verurteilt. [...] Ich glaube an die Gerechtigkeit, aber vor der Gerechtigkeit werde ich meine Mutter verteidigen.“

Anders Jean-Paul Sartre. In seinem Vorwort zu Frantz Fanons komplexem Essay *Die Verdammten dieser Erde* (1961) schrieb er tumb-provokant, aus der bequemlichen Ferne seines Pariser Appartements die – von der Philosophin Hannah Arendt kritisierte – Anmerkung: „Einen Europäer erschlagen, heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt schaffen. Was übrig bleibt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch.“

Zusammen mit Sartre war der aus Martinique stammende Psychiater Frantz Omar Fanon, Direktor im Bilda-Joinville Krankenhaus nahe Algiers, einer der wenigen französischsprachigen Intellektuellen, der den Kampf der Rebellen guthieß. Für Fanon war jeder in Algerien ansässige Weiße (etwa eine Million Franzosen) gleichzusetzen mit einem feindlichen Soldaten, der getötet werden könne und solle. Die „Gewaltmaschine“ der Kolonialisierung, so Fanon, traumatisiere den Unterdrücker und das unterdrückte Subjekt gleichermaßen (sowohl auf kollektiver als auch auf individueller Ebene), doch ersterer erkenne die Konsequenzen seines Handelns nicht, letzterer bekomme sie zu spüren. Die so erniedrigten und entmenschlichten Unterdrückten hätten in ihrem Kampf um Freiheit keine andere Wahl, als Zivilisten anzugreifen. Nicht nur das: Gegen Kolonisatoren gerichtete tödliche Gewalt und terroristische Angriffe wirkten für Fanon kathartisch und waren nicht bloß taktisch, sondern auch moralisch geboten.¹⁰



Legitimierung von Gewalt und Terror: Fortdauernder Einfluss Frantz Fanons auf die postkoloniale Agitation

Obwohl zwischen 1957 und Algeriens Unabhängigkeit im Jahr 1962 vierundzwanzig afrikanische Kolonien befreit wurden, und nur vier davon mit Gewalt, war für Fanon der friedliche Kampf gegen koloniale Unterdrückung – wie zum Beispiel der in der französischen Karibik – närrisch, geradezu idiotisch. Er bevorzugte die USA, ein Land, über das er ansonsten wenig schrieb, das sich ihm aber aus der Ferne – so schreibt er in *Schwarze Haut, weiße Masken* – als „Schlachtfeld“ darbot, „an allen vier Ecken abgesteckt von ein paar Negern, die an den Hoden aufgehängt worden sind“.

1943 war Fanon aus Martinique geflohen. In Dominica trat er den *Forces françaises libres* unter General de Gaulle bei und wurde von einem Schrapnell verwundet. Er ging nach Europa. In Lyon zeigte ein Mädchen auf ihn und rief: „Mama, schau, ein Negro! Ich habe Angst!“. Die Abschätzigkeit und der Rassismus, die Fanon in Frankreich, aus der Ferne bewundert und verehrt, entgegenschlugen, erschütterten ihn nachhaltig.

Nach dem Anschlag in der *Milk Bar* verließ Fanon seinen Posten im Krankenhaus und schloss sich formal den Rebellen an, kämpfte aber nicht. Obwohl Fanon, dessen erster selbstgeschriebener Satz als Kind in Martinique „je suis français“ war, nur zwei wesentliche Werke publizierte, neben *Die Verdammten dieser Erde* noch das Buch *Schwarze Haut, weiße Masken* (1952), und mit nur sechsunddreißig Jahren zu früh verstarb, ist der Einfluss seines insbesondere heute zu oberflächlich interpretierten Werkes auf antikoloniale Bewegungen und antirassistische Kämpfe tief und fortdauernd.

Die Brutalität, die Fanon für den dekolonialen Befreiungskampf imaginierte, war in Algerien Realität. Die Attentäterin der *Milk Bar* wurde zusammen mit ihren Kameradinnen von französischen Soldaten befragt, gefoltert und vaginal mit Flaschen verletzt. Folter, so Fanon, schaffe die nötige Klarheit, auch auf Seiten der Unterdrückten, und sei so etwas wie ein Realitätscheck: „With his back to the wall, the knife at his throat, or to be more exact the electrode on his genitals, the colonized subject [...] discovers reality.“ Gewalt, Folter und Vergewaltigung waren für Fanon die einzigen möglichen Wege, in dem unterworfenen Subjekt den Willen

zur Befreiung seiner Selbst zu regen, um kolonialer Gewalt mit noch größerer Gewalt zu begegnen, bis hin zum Showdown: dem Sturz der Kolonialmacht, des Imperiums.

Frantz Fanon: Ambivalenzen seines Lebens und seiner Werke

Den Bösewicht wie in einem James-Bond-Film mit lautem Tamtam in einem blutigen Strudel fleischfressender Piranhas untergehen zu sehen und danach atmen alle befreit auf, ist sicherlich verlockend. Aber der Großteil der Fanon jüngst wiederentdeckenden Forschungsaufsätze und journalistischen Arbeiten verkennt den Kolonialismus beziehungsweise Imperialismus als komplexes und widersprüchliches Gewebe aus Handelsräumen und Währungen, aus Landrechten und Kulturen, Hass und Zuneigung, aus Identitäten und Ambivalenzen.

Stattdessen beharren Autoren auf Fanon als Held des „globalen Südens“ und beklagen die gelegentliche Reduktion von Fanons Werk auf Fragen der *Blackness*, „rather than follow the ways in which American empire is inscribed in the long history of Western violence in the Middle East and North Africa [...] to erase the global horizons of emancipation“.¹¹ In dem Vorwort zur Neuauflage der im Jahr 2000 erschienenen Biografie *Frantz Fanon* der algerischen Psychoanalytikerin Alice Cherki wird von der „Notwendigkeit der Gewalt als Mittel zur Wiederherstellung menschlicher Würde“ gesprochen.

In *The Rebels Clinic. The Revolutionary Lives of Frantz Fanon* (2024) beschreibt Adam Shatz, Herausgeber der amerikanischen Edition der London Review of Books, Fanon als Eiferer mit einem Hang zur Ambivalenz, der schwarze Männer kritisierte, die Beziehungen mit weißen Frauen hatten, mit Marie-Josèphe Dublé aber eine Weiße heiratete und mit ihr einen Sohn zeugte. In Algerien richtete Fanons Hass sich auf die Klasse der herrschenden Besitzer, der er auf eine Weise selbst angehörte. Anstatt in den bewaffneten Kampf zu ziehen, blieb er in der Klinik, ging dann nach Tunesien.

Sicherlich ist Frantz Fanon ein Vorläufer des heutigen „Wokismus“, der die bürgerlichen westlichen Gesellschaften mit der materiellen und ideologischen Ausbeutung von indigenen Völkern und *People of Color* gleichsetzt. Doch für die Zeit nach Gewalt und



Freiheitskampf träumte Fanon von einer Gesellschaft universaler Werte, in der Kolonialist und Opfer Vergangenes vergangen sein lassen und „Hand in Hand“ eine bessere Zukunft schaffen. In *Die Verdammten dieser Erde* schreibt er: „Nein, wir wollen niemanden einholen. Aber wir wollen die ganze Zeit, Tag und Nacht, in Gesellschaft des Menschen marschieren, in Gesellschaft aller Menschen. Es kommt darauf an, den Zug nicht auseinanderzuziehen.“ Vom ewigen anklagenden oder selbstkasteienden Blick zurück hielt Fanon nichts, von Identitätspolitik hätte er noch weniger gehalten, und schrieb in *Schwarze Haut, weiße Masken*:

„Ich, ein Farbiger, habe nicht das Recht, zu ergründen, inwiefern meine Rasse einer anderen Rasse überlegen oder unterlegen ist. Ich, ein Farbiger, habe nicht das Recht, mir zu wünschen, dass sich beim Weißen ein Schuldgefühl ob der Vergangenheit meiner Rasse herauskristallisiert. [...] Es gibt keine schwarze Mission. Es gibt keine weiße Bürde. Der Neger ist nicht. Ebenso wenig der Weiße. Beide müssen wir die unmenschlichen Wege unserer Vorfahren verlassen, damit eine wirkliche Kommunikation entstehen kann. Ich bin nicht Sklave der Versklavung, die meine Väter entmenschlicht hat.“

Gegenüber der Idee eines „globalen Südens“, der im Namen vergangenen Unrechts spricht, zeigte er sich misstrauisch und besorgt. Solch ein Süden laufe Gefahr, zu einer elitären, sich antagonistisch weiter am Westen ausrichtenden, chauvinistischen und letztendlich rassistischen „leeren Hülse“ zu werden.

Dr. Sarah Pines ist in Bonn und im Sauerland aufgewachsen, hat in Köln und Stanford Literaturwissenschaften studiert und in Düsseldorf mit einer Arbeit über den Dichter Charles Baudelaire promoviert. Sie lebt in New York und schreibt als freie Autorin für die Gesellschaftsressorts von *Die Welt* und *Die Zeit*. Beim Schöffling Verlag erschien 2022 ihr erster Geschichtenband *Damenbart*, 2024 erschien ihr erster Roman *Der Drahtzieher* im Diogenes Verlag.

Diesen und weitere Debattenbeiträge können Sie auch auf kas.de/postkolonialismus lesen – und von dort aus einfach online teilen:

www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/dekolonisierung-gewalt-postkolonialismus-postkoloniale-studien-usa-frantz-fanon



¹ Vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=amGylqlBzEk> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

² Vgl. <https://www.slowfood.com/campaigns/decolonize-your-food/> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025) und <https://www.womanlymag.com/issue-no-6/decolonizing-food-an-antidote-to-oppression> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

³ Vgl. <https://www.nytimes.com/2024/11/26/climate/climate-policy-indigenous-peoples.html?searchResultPosition=2> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025) und <https://cals.cornell.edu/radical-relationality-writing-against-climate-and-gender-violence> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

⁴ Vgl. <https://info.primarycare.hms.harvard.edu/perspectives/articles/decolonizing-practice-of-clinical-psychology-in-the-global-south> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

⁵ Laut einer Studie von Amnesty International gilt knapp eine halbe Milliarde Menschen als „indigen“. Amnesty International betont, dass es dabei in erster Linie auf die *self-identity* ankomme, vgl. <https://www.amnesty.org/en/what-we-do/indigenous-peoples/> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

⁶ Vgl. <https://www.nyc.gov/office-of-the-mayor/news/851-24/transcript-mayor-adams-hosts-reception-celebrate-native-american-heritage#/0> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

⁷ Vgl. <https://www.nytimes.com/2024/10/09/nyregion/columbia-pro-palestinian-group-hamas.html> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

⁸ Vgl. <https://www.compactmag.com/article/the-crisis-of-therapeutic-decolonization/> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).



- 9** Seit der ersten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im Jahr 2016 und seit #MeToo haben Universitäten der Ivy League und der kalifornischen Westküste eine neue Politik in Gang gesetzt, die Druck auf Lehrende ausübt. Ziel war und ist die bedingungslose Vielfalt, die Reinigung von Campussen und Lehrplänen von Personen, Worten, Ideen und Themen, die die herrschende Klasse (weiß, männlich, heterosexuell) repräsentieren. Das DLE-Gebot bezeichnet in diesem Zusammenhang die Verpflichtung zu Diversität, Gleichheit und Inklusion an Arbeitsplätzen, die in aufwendigen Bewerbungsschreiben und öffentlichen Briefen kundgetan werden muss und die die Fakultäten spaltet, Kollegen gegeneinander aufbringt und eigentlich qualifizierten Akademikern, die im Verfassen solcher Statements schlichtweg nicht versiert sind, weil sie ideologische Bekennerschriften nicht gut formulieren können, und nicht, weil sie rassistisch sind, um Aufstiegschancen bringt.
- 10** Vgl. Sonnleitner, Michael W.: Of Logic and Liberation. Frantz Fanon on Terrorism. In: Journal of Black Studies, Volume 17, Band 3, März 1987, S. 287–304.
- 11** Vgl. <https://lareviewofbooks.org/article/the-us-academy-and-the-provincialization-of-fanon/> (zuletzt abgerufen: 08.01.2025).

Literatur

- C** Cherki, Alice: Frantz Fanon. Ein Porträt. Hamburg: Edition Nautilus, 2024.
- F** Fanon, Frantz: Schwarze Haut, weiße Masken. Wien: Verlag Turia + Kant, 2013.
Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde. Hamburg: Reinbeck, 1969.
- S** Shatz, Adam: The Rebels Clinic. The Revolutionary Lives of Frantz Fanon. Macmillan, 2024.

Impressum

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2025, Berlin

Kontakt in der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Stefan Stahlberg
Zeitgeschichte
Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik
stefan.stahlberg@kas.de
T +49 30 26996-3688

Dr. Richard Ottinger
Grundsatzfragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts
Analyse und Beratung
richard.ottinger@kas.de
T +49 30 26996-3446

Gestaltung und Satz: KALUZA+SCHMID Studio GmbH, Berlin

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Eurozentrismus, Imperialismus und ein kolonialistisch-rassistischer Westen: Schlüsselbegriffe der postkolonialen Theorie haben Eingang in alle Bereiche der Gesellschaft gefunden. Eine radikale Identitätspolitik soll mittels „Dekolonialisierung“ die vermeintlichen kolonialen Kontinuitäten und die angeblich epistemische Gewalt des Westens bekämpfen, gefährdet jedoch das Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Über die Hintergründe und Annahmen des Postkolonialismus, vor allem den hier grassierenden Antisemitismus, informieren in diesem Reader renommierte Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, Publizisten und Journalisten. Sie erläutern den postkolonialen Angriff auf das Wertefundament des Westens, auf Menschenrechte, Universalismus, Aufklärung, Freiheit und Demokratie.